

Kurzschriftlicher Bericht

26. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

XXVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 26. Jänner 2006

Inhalt:

Fragestunde:

L-8102/1-XXVI: Anfrage des Abg. Mag. Steinkellner an Landesrat Dr. Kepplinger (Seite 5)

L-8103/1-XXVI: Anfrage der Abg. Moser an Landesrat Sigl (Seite 7)

L-8104/1-XXVI: Anfrage des Abg. Ing. Aspöck an Landesrat Ackerl (Seite 9)

L-8105/1-XXVI: Anfrage der Abg. Schwarz an Landesrat Anschober (Seite 11)

L-8106/1-XXVI: Anfrage des Abg. Trübswasser an Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider (Seite 16)

Verlesung und Zuweisung des Einganges (Seite 22)

Dringlichkeitsanträge:

Beilage 801/2006: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Finanzierung von Hochbauvorhaben der Landes-Immobilien GmbH in Höhe von 105,5 Mio. Euro sowie die Übernahme einer Landeshaftung dafür.

Redner/in: Abg. Mag. Stelzer (Seite 23)
 Abg. Trübswasser (Seite 24)
 Abg. Mag. Jahn (Seite 25)
 Abg. Mag. Steinkellner (Seite 25)

Beilage 802/2006: Initiativantrag betreffend Resolution über notwendige Rahmenbedingungen und begleitende Maßnahmen für die Postprivatisierung.

Redner: Abg. Mag. Strugl (Seite 27)
 Abg. Trübswasser (Seite 28)
 Abg. Dr. Brunmair (Seite 29)
 Abg. Dr. Frais (Seite 30)

Beilage 803/2006: Initiativantrag betreffend Konzept gegen den Verkauf der Österreichischen Post AG.

Redner: Abg. Dr. Frais (Seite 31)
 Abg. Trübswasser (Seite 33)
 Abg. Mag. Strugl (Seite 34)
 Abg. Mag. Steinkellner (Seite 35)

Beilage 810/2006: Initiativantrag betreffend Lärmvermeidung im Straßen- und Schienenverkehr.

Redner/in: Abg. Makor-Winkelbauer (Seite 37)
 Abg. Lackner-Strauss (Seite 38)
 Abg. Hirz (Seite 39)
 Abg. Dr. Brunmair (Seite 40)

Beilage 805/2006: Initiativantrag betreffend den "Global Marshall Plan".

Redner/innen: Abg. Dr. Frais (Seite 41)
Abg. Brunner (Seite 42)
Abg. Schwarz (Seite 42)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 43)

Beilage 806/2006: Initiativantrag betreffend die Stärkung der regionalen Selbstbestimmungsmöglichkeiten im Sinne des europäischen Subsidiaritätsprinzips.

Redner: Abg. Kapeller (Seite 45)
Abg. Schürrer (Seite 46)
Abg. Ing. Aspöck (Seite 48)

Beilage 807/2006: Initiativantrag betreffend die Sicherung von öffentlichen Interessen in Förderungsrichtlinien.

Redner/in: Abg. Schenner (Seite 49)
Abg. Hingsamer (Seite 49)
Abg. Schwarz (Seite 51)
Abg. Ing. Aspöck (Seite 52)

Beilage 808/2006: Initiativantrag betreffend die Ausstattung von ganztägigen Schulen.

Redner/in: Abg. Eidenberger (Seite 53)
Abg. Hirz (Seite 54)
Abg. Dr. Aichinger (Seite 55)
Abg. Moser (Seite 56)

Beilage 809/2006: Initiativantrag betreffend die unverzügliche Rückkehr des Linzer Polizeidirektors an die Linzer Bundespolizeidirektion.

Redner/in: Abg. Mag. Chansri (Seite 58)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 59)
Abg. Trübswasser (Seite 60)
Abg. Mag. Stelzer (Seite 61)

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 796/2005: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Folgeprüfung "Straßenplanung des Landes Oö."

Berichterstatter: Abg. Hüttmayr (Seite 62)

Redner: Abg. Hüttmayr (Seite 62)
Abg. Prinz (Seite 63)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 63)

Beilage 797/2005: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Folgeprüfung "Förderungssystem des Landes".

Berichterstatter: Abg. Mag. Gumpinger (Seite 65)

Redner: Abg. Mag. Steinkellner (Seite 65)
Abg. Mag. Gumpinger (Seite 66)
Abg. Makor-Winkelbauer (Seite 66)

Beilage 798/2005: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofs betreffend die Krankenfürsorge für die Beamten der Landeshauptstadt Linz, die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz GmbH und das Landestheater Linz.

Berichterstatter: Abg. Frauscher (Seite 68)

Redner: Abg. Frauscher (Seite 68)
Abg. Dr. Brunmair (Seite 69)

Beilage 800/2006: Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend die Erhöhung der Gesamtkosten und damit einhergehend des Gesamtzuschusses des Landes Oberösterreich für das Projekt "A7 Mühlkreis Autobahn; Bindermichl-Untertunnelung".

Berichterstatter: Abg. Weixelbaumer (Seite 70)

Redner: Abg. Ing. Sulzbacher (Seite 70)
Abg. Schillhuber (Seite 70)
Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl (Seite 71)

Beilage 801/2006: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Finanzierung von Hochbauvorhaben der Landes-Immobilien GmbH in Höhe von 105,5 Mio. Euro sowie die Übernahme einer Landeshaftung dafür.

Berichterstatter: Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl (Seite 72)

Redner: Abg. Mayr (Seite 73)

Beilage 802/2006: Initiativantrag betreffend Resolution über notwendige Rahmenbedingungen und begleitende Maßnahmen für die Postprivatisierung.

Berichterstatterin: Abg. Schwarz (Seite 74)

Beilage 803/2006: Initiativantrag betreffend Konzept gegen den Verkauf der Österreichischen Post AG.

Berichterstatter: Abg. Dr. Frais (Seite 74)

Gemeinsame Wechselrede zu den Beilagen 802 und 803/2006:

Rednerin: Abg. Schwarz (Seite 75)

Beilage 810/2006: Initiativantrag betreffend Lärmvermeidung im Straßen- und Schienenverkehr.

Berichterstatter: Abg. Makor-Winkelbauer (Seite 75)

Beilage 805/2006: Initiativantrag betreffend den "Global Marshall Plan".

Berichterstatter: Abg. Dr. Frais (Seite 76)

Rednerin: Abg. Präsidentin Eisenriegler (Seite 76)

Beilage 806/2006: Initiativantrag betreffend die Stärkung der regionalen Selbstbestimmungsmöglichkeiten im Sinne des europäischen Subsidiaritätsprinzips.

Berichterstatter: Abg. Kapeller (Seite 77)

Beilage 807/2006: Initiativantrag betreffend die Sicherung von öffentlichen Interessen in Förderungsrichtlinien.

Berichterstatter: Abg. Schenner (Seite 77)

Geschäftsantrag:

Beilage 811/2006: Geschäftsantrag betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 426/2005 – Initiativantrag betreffend die Senkung des Ausländeranteils in Pflichtschulklassen.

Berichterstatterin: Abg. Moser (Seite 78)

Vorsitz: Erste Präsidentin Orthner
Zweite Präsidentin Weichsler
Dritte Präsidentin Eisenriegler

Schriftführer: Erster Schriftführer Abg. Bernhofer

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Die Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider und Hiesl, die Landesräte Ackerl, Anschöber, Dr. Kepplinger, Sigl, Dr. Stockinger und Dr. Stöger, entschuldigt Landeshauptmann Dr. Pühringer

Die Mitglieder des Landtags

Landesamtsdirektor Dr. Pesendorfer

Landtagsdirektor Dr. Hörtenhuber

Amtsschriftführer: HR Dr. Grabensteiner

(Beginn der Sitzung: 10.07 Uhr)

Erste Präsidentin: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen einen wunderschönen guten Morgen zur ersten Sitzung im neuen Jahr 2006 und zur insgesamt 26. Sitzung in dieser Legislaturperiode. Ich begrüße herzlich die Mitglieder der Oberösterreichischen Landesregierung, die Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses, die Herren und Damen, die auf der Zuhörergalerie heute mit uns ein Stückchen Politik verfolgen, und die Damen und Herren der Presse. Der Herr Landeshauptmann ist von der heutigen Sitzung entschuldigt.

Die amtliche Niederschrift über die letzte Sitzung des Landtags liegt in der Zeit vom 27. Jänner bis 10. Februar in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf. Das Protokoll der 24. Sitzung liegt auf Ihren Plätzen bzw. wurde Ihnen auf elektronischem Weg zur Verfügung gestellt.

Ich darf Ihnen auch noch mitteilen, dass der Klub der FPÖ-Landtagsabgeordneten mir mitgeteilt hat, dass mit Wirkung vom 5. Dezember 2005 die Frau Landtagsabgeordnete Helga Moser anstelle von Landtagsabgeordneten Josef Brunmair zur neuen Klubobmann-Stellvertreterin gewählt wurde.

Wir beginnen diese Sitzung mit einer Fragestunde. Eine Zusammenstellung aller Fragen haben Sie auf Ihren Plätzen vorliegen. Ich beginne mit der Anfrage des Herrn Mag. Steinkellner an den Herrn Landesrat Dr. Kepplinger, bitte.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Guten Morgen Herr Landesrat! Die Oö. Eigenheim-Verordnung 2005 sieht im § 4 Abs. 3 vor, dass die Verzinsung der Hypothekendarlehen höchstens 0,18 % per anno über der Sekundärmarktrendite liegen darf. Eine Auflage, dass die Hypothekendarlehen bei einem bestimmten Bankinstitut aufzunehmen sind, sieht die Oö. Eigenheim-Verordnung 2005 nicht vor. Die Praxis zeigt aber, dass sich die Darlehensaufnahmen auf ein bestimmtes Bankinstitut konzentrieren. Wie stellen Sie sicher, dass die Wohnbauförderungswerber das Hypothekendarlehen bei dem Bankinstitut ihres Vertrauens aufnehmen können?

Erste Präsidentin: Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat Dr. Kepplinger: Guten Morgen sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren, Herr Klubobmann! Ich möchte in Beantwortung dieser aufgeworfenen Frage einen formalen Aspekt und mehrere inhaltliche Aspekte anführen. Zum formalen Aspekt, damit meine ich die Aktenlage: Es gibt eine Aktenlage aus dem Jahr 1989 und aus dem Jahr 1990. In diesen Verordnungen, das ist die Zinsenzuschussverordnung und die Eigenheimverordnung, wird festgelegt, dass diese Zusammenarbeit bei diesem Teil der Wohnbauförderung exklusiv mit der Hypo Landesbank zu erfolgen hat. Die damaligen Regierungsmitglieder waren bzw. die Aktenstücke tragen die Unterschriften des damaligen Wohnungsreferenten Habringer und des Landeshauptmannes Dr. Ratzenböck bzw. einmal in seiner Stellvertretung Landeshauptmann-Stellvertreter Possart. Damals war das der Wille, dass diese Zusammenarbeit so begründet wird, und mir ist keine Äußerung oder keine Wahrnehmung gegenständig, dass die derzeitigen Regierungsmitglieder, mich als zuständiger Wohnbaureferent eingeschlossen, eine Änderung dieser Situation wollen. Das zum formalen Aspekt.

Zum inhaltlichen Aspekt: Diese exklusive Zusammenarbeit mit der Hypo Landesbank macht Sinn. Es ist aus verwaltungsökonomischen Gründen einfach von Vorteil, dieses große und

verwaltungsaufwändige Geschäftsvolumen mit einer Bank abzuwickeln. Es ist so, dass die EDV-Systeme abgestimmt sind zwischen der Wohnbauförderungsabteilung und der Hypo Bank. Das heißt, wir können Informationen direkt übernehmen, zum Beispiel Informationen, Auswertungen können wir fahren. Es werden verschiedenste administrative Aufgaben von der Hypo Landesbank auch für das Land Oberösterreich erledigt, was also beispielsweise den Administrationsaufwand mit dem Grundbuch anbelangt. Es ist sichergestellt, dass es durch diese Zusammenarbeit eine einheitliche Abwicklung gibt. Es werden auch Finanzamtsbestätigungen für die Bürgerinnen und Bürger kostenlos ausgefolgt. Also, es gibt eine Reihe von inhaltlichen verwaltungsökonomischen Gründen, die dafür sprechen.

Und man muss sich vergegenwärtigen, und das wird vielleicht etwas unterschätzt, wir haben bei den Eigenheimen ungefähr 38.000 Fälle. Ich habe diese Zahl etwa vor einem Jahr recherchiert. Es wird sich kaum Wesentliches geändert haben. Wir haben 38.000 Geschäftsfälle, die hier zu administrieren sind. Und hier geht es um ein Volumen von etwa 1,4 Milliarden Euro. Daher kann man sich vorstellen, glaube ich, ohne viel Fantasie, dass hier sehr viele Verwaltungsaufgaben zu erledigen sind.

Ein zweiter Punkt, der inhaltlich anzuführen ist, die Konditionen sind marktkonform. Du hast angeführt, dass die Verzinsung, zu der wir die Zuschüsse leisten, SMR plus 18 Basispunkte beträgt, das ist derzeit, ich habe heute nachgeschaut, die SMR ist 3,16 inklusive dieser 18 Basispunkte, macht das 3,34 Prozent aus, das heißt, die Häuselbauer und Häuselbauerinnen bekommen Kreditkonditionen in der Größe von 3,34 Prozent Verzinsung. Das ist, glaube ich, eine sehr sehr günstige Verzinsung.

Und der dritte Punkt, man muss bitte auch berücksichtigen und sehen, dass die Hypo Bank mehrheitlich ein Landesunternehmen ist, und ich bin dafür, dass das auch in Zukunft so bleibt, und daher macht eine Zusammenarbeit von Mutter und Tochter, jetzt sind wir ja eigentlich die Großmutter, weil ja die Hypo eingebracht wurde in die LAHO, diese Zusammenarbeit macht einen Sinn, ist logisch auch im Sinne einer Stärkung der Hypo Landesbank, was ihre Marktposition betrifft. Da haben wir als Land Oberösterreich, als Eigentümerin, natürlich ein genuines Interesse daran. Und wenn hier im Antrag gesprochen wird und die Vertrauensfrage gestellt wird, dann stelle ich eigentlich die Gegenfrage, was hindert einen Oberösterreicher, eine Oberösterreicherin daran, zur Hypo Landesbank Vertrauen zu haben? Sehen Sie sich die Eigentümerstrukturen an. Wir haben 51 Prozent Landeseigentum. Die Hypo ist noch geraume Zeit mit einer Landeshaftung ausgestattet. Und daher ist das einfach der seriöse Partner auch für einen Häuselbauer.

Daher bin ich der Meinung, dass es sowohl kostengünstig ist für den Häuselbauer, dass das Land Oberösterreich davon profitiert, dass wir verwaltungsökonomische Vorteile haben und dass die Marktposition von Hypo gestärkt wird. Es ist sozusagen eine Win-Win-Win-Situation. Und ich sehe keinen Anlass, hier eine Veränderung zu intendieren.

Erste Präsidentin: Bitte eine Zusatzfrage!

Abg. **Mag. Steinkellner:** Herr Landesrat! Jetzt sei es einmal dahingestellt, zum Beispiel jeder Eisenbahner, der automatisch bei der Sparda ist, ob der auch freiwillig und mit Liebe zur Hypo geht, wenn er ein Haus baut. Das ist eine politische Frage, die vielleicht wer anderer zu klären hat. Zusatzfrage eins: Ist diese Vorgehensweise der Landesregierung EU-wettbewerbskonform?

Landesrat **Dr. Kepplinger**: Ich gehe davon aus, dass die einzelnen Kreditfälle ja hier zu beurteilen sind und diese in einer Größenordnung liegen, dass sie weit unterhalb von Schwellenwerten liegen, die hier vergaberechtlich von Bedeutung wären. Und im Übrigen haben wir die Wohnbauförderung neu jetzt im April 2005 in Kraft gesetzt. Es wurden alle Verordnungen vom Verfassungsdienst des Landes auf ihre Rechtmäßigkeit geprüft. Und es kam dort kein Hinweis und kein Einwand, dass hier irgendwelche Probleme zu gewärtigen wären.

Erste Präsidentin: Zweite Zusatzfrage?

Abg. **Mag. Steinkellner**: Das habe ich nicht gewusst. Das ist für mich neu. Das heißt, der Verfassungsdienst hat im letzten Jahr die Verordnung aus dem Jahr 1989 auf Wettbewerbskonformität des jetzigen EU-Rechts geprüft und bekannt gegeben, dass es EU-konform sei. Dann bitte ich, dieses Gutachten den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Landesrat **Dr. Kepplinger**: Der Verfassungsdienst hat die Verordnungen geprüft, die 2005 durch die Landesregierung in Kraft gesetzt wurden. Und das waren Verordnungsnovellen. Und es gab in dieser Hinsicht keine Veränderung, ich führte das schon aus, zur Beschlusslage des Jahres 1989 und 1990.

Abg. **Mag. Steinkellner**: Danke.

Erste Präsidentin: Danke. Gibt es weitere Zusatzfragen? Das ist nicht der Fall. Danke Herr Landesrat Kepplinger. Die nächste Anfrage richtet die Frau Abgeordnete Moser an den Herrn Landesrat Sigl, bitte.

Abg. **Moser**: Einen schönen guten Morgen Herr Landesrat! (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Guten Morgen!") Meine mündliche Anfrage geht in Hinblick Qualitätsverbesserung der Kinder mit nicht deutscher Muttersprache. Und ich stelle in diesem Zusammenhang folgende Frage: Bei der vorgezogenen Anmeldung der Schüler für die Volksschule mit gleichzeitiger Überprüfung der Sprachkompetenz wurden bei 2.350 Kindern schwere Sprachdefizite festgestellt. Diese Kinder wurden mit einem Sprachticket des Bundes - Wert 80 Euro für 120 Förderstunden - ausgestattet und sollen ab Jänner/Februar 2006 gezielt gefördert werden. Meine Frage in diesem Zusammenhang: Wie viele der 2.350 Kinder, sofern die publizierte Zahl wirklich jetzt auf die letzte Stelle richtig ist, werden in den bzw. außerhalb der Kindergärten gefördert?

Landesrat **Sigl**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete, geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf vielleicht richtig stellen ein bisschen. Nicht 2.365 Feststellungen wurden getroffen, sondern seitens des Bundes wurde für Oberösterreich ein Kontingent von 2.365 Sprachtickets quasi vorgehalten für uns, quasi zur Verfügung gestellt. Tatsächlich wurden von den Direktoren der Volksschulen 1.543 Sprachtickets an Eltern jener Kinder ausgegeben, die nicht ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache aufweisen. Und auf Basis des derzeit von den Gemeinden bekannt gegebenen Förderbedarfs außerhalb der Kindergärten, und Sie wissen, im Bereich der fünfjährigen Kinder haben wir in den Kindergärten mehr als 95 Prozent aller oberösterreichischen Kinder erfasst, also, das ist Gott sei Dank ein sehr geringer Prozentsatz, der diese Einrichtungen nicht benützt, und hier sind uns von den Gemeinden 35 Kinder außerhalb der Kindergärten mit Förderbedarf gemeldet worden. Und wir haben hier bereits auch bei uns im Ressort Vorsorge getroffen. Für diese 35 Kinder stehen zwei Fachkräfte bereits zur Verfügung, und wir können damit auch, andere Bundesländer können es nicht in der Form anbieten, so wie wir vereinbart haben, ab dem

Semester entsprechend hier arbeiten mit den Kindern. Die Ausbildungen enden jetzt mit Monatsende, also sodass die Fachkräfte auch entsprechend professionell in der Lage sind.

Erste Präsidentin: Bitte, eine Zusatzfrage.

Abg. **Moser:** Zusatzfrage: Ja, ich sage jetzt einmal so, welche Varianten werden - in Oberösterreich sind vom Ministerium verschiedene Varianten vorgeschlagen worden der Förderung, der Gruppenförderung eben, auch wie du jetzt gesagt hast, zwei zusätzliche Fachkräfte pendeln von einem Betrieb zum anderen. Ist es so, dass nicht nur im Rahmen des Tagesablaufes Modelle gewählt worden sind. Es gibt ja da verschiedene Varianten, die vorgeschlagen worden sind, welche Varianten werden in Oberösterreich angeboten und durchgeführt?

Landesrat **Sigl:** Frau Abgeordnete, wir haben auf Grund der Meldung auch die Geographie klarerweise zu Rate gezogen und haben uns entschlossen, diese zwei Fachkräfte auf drei Standorten jeweils quasi die Betreuung dieser 35 Kinder abhalten zu lassen, sodass es auch entsprechend organisatorisch machbar ist und sinnvoll ist.

Erste Präsidentin: Eine zweite Frage?

Abg. **Moser:** Ja, eine zweite Frage, nur die Antworten vom Herrn Landesrat würden immer gleich noch eine Zusatzfrage auslösen. Wie viele Lehrer stehen jetzt zur Verfügung zusätzlich, um bei Kindern, die nicht im Kindergarten sind, über die SALE, habe ich gelesen, wird das organisiert, zur Verbesserung der Sprachkompetenz beizutragen?

Landesrat **Sigl:** Noch einmal, wir haben zwei Fachkräfte seitens des Kindergarten- und Horteressorts hier entsprechend bereit gestellt.

Abg. **Moser:** Und Landesschulrat?

Landesrat **Sigl:** Ich bin für den Landesschulrat nicht zuständig. Das ist nicht mein Kompetenzbereich. Da würde ich ersuchen, die Frage dann dort hinzurichten.

Abg. **Moser:** Gut, danke.

Erste Präsidentin: Danke. Weitere Zusatzfragen? Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Brunmair.

Abg. **Dr. Brunmair:** Herr Landesrat! Ich habe eine Zusatzfrage. Es gibt ja Unklarheiten bei den Erhaltern darüber, wie mit den Sprachtickets umzugehen ist. Und ich habe da zwei Aussendungen, eine in einer CLV-Zeitung, wo also von Seiten des Ministeriums darauf hingewiesen wird, dass die Sprachtickets an das Land weiterzuleiten sind, und ich habe hier eine Aussendung der Abteilung Bildung, Jugend und Sport, wo darauf hingewiesen wird, dass also die Tickets an den Integrationsfonds des Bundes zu senden seien. Das heißt, oder meine konkrete Frage lautet, wohin müssen die Sprachtickets tatsächlich geschickt werden um sozusagen zur Auszahlung zu gelangen?

Landesrat **Sigl:** Nun, Sie wissen, dass wir uns ja hier in einem Bundesthema quasi bewegen, wo die Kindergartenerhalter auch nicht das Land darstellt, sondern wir sind hier quasi organisatorisch irgendwo in einer Klammerfunktion. Diese Klammerfunktion haben wir bisher mit dem Gemeinde-, dem Städtebund, vor allem aber auch mit dem Landesschulrat und der Abteilung Kindergarten bisher, glaube ich, sehr gut gelöst, sodass wir als eines der wenigen Bundesländer nicht nur rechtzeitig die Kinder mit nicht deutscher Muttersprache über die

Schülereinschreibung erfasst haben, sondern auch organisatorisch jetzt vorgehalten haben. Ich würde ersuchen, dass Du mir konkret den Fall sagst. Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass mittlerweile die Informationsmöglichkeiten für die Gemeinden, für die Erhalter eigentlich ausgereicht haben. Wenn es aber hier zu Differenzen kommt oder zu Missverständnissen kommt, so bitte ich das mir zu geben und dann erledige ich das selbst.

Abg. **Dr. Brunmair:** Nein, ich kann nur sagen, ich habe die Aussendung mit unterschiedlichen Inhalten oder Zielvorgaben hier und die kann ich zur Verfügung stellen.

Landesrat **Sigl:** Bitte.

Erste Präsidentin: Danke. Weitere Zusatzfragen gibt es nicht. Danke, Herr Landesrat Sigl. Die nächste Anfrage ist die des Herrn Abgeordneten Ing. Aspöck an den Herrn Landesrat Ackerl.

Abg. **Ing. Aspöck:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Die Übergriffe von Punks und deren Belästigung von Bürgern stellen vor allem in der Landeshauptstadt Linz ein immer größer werdendes Problem dar. Das Oö. Polizeistrafgesetz sieht in § 1 die Wahrung des öffentlichen Anstands vor und definiert die Anstandsverletzung als Verhalten in der Öffentlichkeit, das einen groben Verstoß gegen die allgemein anerkannten Grundsätze der guten Sitte bildet. Wer dagegen verstößt, begeht eine Verwaltungsübertretung, die mit einer Geldstrafe bis zu 360 Euro zu bestrafen ist. Wie viele Geldstrafen wurden auf Grund dieser Rechtslage im vergangenen Jahr gegen Punks verhängt?

Erste Präsidentin: Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat **Ackerl:** Herr Kollege Aspöck, Sie werden ein Verständnis dafür haben, dass es keine Rubrik Punks gibt und die Bezirkshauptmannschaften festgestellt haben, dass der Tätertyp Punk nicht filtrierbar ist. Es gibt insgesamt 11 Strafen, die in ganz Oberösterreich ausgesprochen wurden, und es ist ja in öffentlichen Bereichen nicht nur das Oö. Polizeistrafgesetz anzuwenden, sondern zum Beispiel auch das Sicherheitspolizeigesetz. Da sind in Linz zirka 15 Verfahren wegen Ordnungsstörung anhängig.

Erste Präsidentin: Bitte, eine Zusatzfrage?

Abg. **Ing. Aspöck:** Herr Landesrat, wie ist es, wenn jetzt keine Strafen verhängt wurden? Wie viele Anzeigen hat es gegeben?

Landesrat **Ackerl:** Ja, das habe ich Ihnen gesagt und das ist die Berichterstattung der Bezirkshauptmannschaften. Ich bin ja nicht zuständig dafür. Das ist ja der Bereich der Bezirkshauptmannschaften bzw. Magistrate oder der Polizeidirektionen. Ich habe daher auch kein wie immer geartetes Weisungsrecht in diesem Bereich.

Abg. **Ing. Aspöck:** Nächste Zusatzfrage. Wie ist die Situation jetzt am Bahnhof? Die Situation hat sich ja etwas verändert seitdem es kälter geworden. Die Punks sind jetzt in den Bahnhof gezogen. Wie ist die Situation dort?

Landesrat **Ackerl:** Ich kann Ihnen nur sagen, ich bin auch für den Bahnhof nicht zuständig, sondern zuständig ist dort die Bundespolizeidirektion Linz bzw. sind die Österreichischen Bundesbahnen. Wir haben auf jeden Fall über den Verein B 37 dafür Sorge getragen, dass entsprechende begleitende Sozialarbeit angeboten wird. Wir haben mit der Stadt Linz auch

eine Vereinbarung, was diese Leute betrifft hinsichtlich ihrer sozialarbeiterischen Begleitung, der Zurverfügungstellung von geeignetem Wohnraum bzw. der Hilfe durch Arbeit, das heißt, auf der Suche nach Arbeitsplätzen. Es gibt eine Maßnahmenbündelung, die der Magistrat Linz in seiner Verantwortung abwickelt.

Das Problem, das es allgemein mit Obdachlosen gibt, die sich halt etwas schwieriger oft verhalten, ist durch polizeiliche Maßnahmen bekanntlich nicht lösbar. Wir werden halt auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass Auswüchse, die es in unserem Gesellschaftssystem wirtschaftlich mit Sicherheit gibt, durch die Besonderheit dieser Menschen und ihrem Verhalten halt uns auch nahe gebracht wird.

Was ich sagen kann ist, dass es, abgesehen von wirklich problematischen Situationen, die eine größere Anstrengung dann auch der beteiligten Behörden und auch der Sozialarbeit erfordert haben, im Großen und Ganzen kein öffentliches Ärgernis gibt. Ich würde so sagen, öffentliche Ärgernisse wechseln bekanntlich mit der Notwendigkeit, die Zeitungsspalten zu füllen.

Abg. **Ing. Aspöck**: Danke.

Erste Präsidentin: Danke. Weitere Zusatzfragen? Herr Landesrat Ackerl, ich habe es auch gedacht, aber in letzter Sekunde doch noch gesehen die Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Brunmair an Sie.

Abg. **Dr. Brunmair**: Meine Zusatzfrage: Das Punkproblem ist ja doch auch ein soziales Problem oder ist ein sozialpolitisches Problem. Mir ist daher Ihre Antwort bisher doch zu wenig. Sie müssen doch irgend einen Weg oder eine Idee haben, wie man nicht nur einfach sagt, das ist so, und die Leute verhalten sich so. Sie müssen doch irgend eine Idee haben oder eine Möglichkeit, das Punkproblem langfristig sozusagen zu verändern?

Landesrat **Ackerl**: Herr Dr. Brunmair, wollen Sie, dass ich eine an mich gestellte Anfrage beantworte oder ein Referat halte? Ich habe das beantwortet, was ich gefragt wurde.

Abg. **Dr. Brunmair**: Eine Idee kann man in zwei, drei Sätzen ausdrücken, wenn man will.

Landesrat **Ackerl**: Ja, das ist der Unterschied. Dann kriege ich womöglich eine Rüge, weil ich nicht zur Sache selbst spreche, von Ihnen.

Abg. **Dr. Brunmair**: Nein, so streng bin ich wieder nicht.

Erste Präsidentin: Gut, könnten wir dazu kommen, diese Frage zu beantworten.

Landesrat **Ackerl**: Aber, Herr Dr. Brunmair, selbstverständlich machen wir uns Gedanken darüber, wie wir Gruppen, die gesellschaftlich benachteiligt sind und die Probleme haben, helfen. Da geht es aber, wie Sie wissen, nicht um die heute zitierten Punks, wo man ja darüber diskutieren kann, wer und was ist ein Punk, sondern da geht es allgemein halt in der Breite der Aufgabenstellung darum, wie man Menschen helfen kann, deren gesellschaftliche Problemsituation sich aus schwieriger Schulbildung, nicht geschafftem Einstieg ins Berufsleben, Herausfallen aus dem Berufsleben, Verlust der Wohnung, private Schicksale ergibt.

Das heißt, wir haben ja eine breite Palette von Ursachen dafür, dass es Menschen schlecht gehen kann. Das Auffällige zum Beispiel bei der Linzer Problemsituation ist ja gewesen,

dass wir sogar sehr gebildete Menschen wie ausgebildete Lehrer dabei gehabt haben. Also man kann ja nicht davon reden, dass Punk- oder anderes Verhalten unbedingt mit Bildung zusammenhängt, sondern da dürfte eine persönliche Problemsituation vorliegen und selbstverständlich bemühen wir uns im Rahmen der Sozialarbeit, gemeinsam mit dem Magistrat Linz darauf einzugehen. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass der überwiegende Teil der Menschen, die in Linz ein Problem am Taubenmarkt einmal sehr auffällig für andere dargestellt haben, nicht aus Linz kommt, sondern aus Oberösterreich kommt und das auch der Anlass war, dass wir gemeinsam uns mit dem Magistrat Linz darauf verständigt haben, das Problem so anzugehen, dass erstens sozialarbeiterische Betreuung gegeben wird, zweitens Wohnungen gesucht werden und drittens auch versucht wird, ihnen eine Eingliederung in den Arbeitsprozess zu ermöglichen.

Abg. Dr. Brunmair: Danke, da sind wir dem Kern des Problems schon etwas näher gekommen. Danke, Herr Landesrat.

Landesrat Ackerl: Selbstverständlich, Herr Abgeordneter.

Erste Präsidentin: Dankeschön. Jetzt ist er entlassen für diese Fragestunde. Die nächste Anfrage kommt von der Frau Abgeordneten Schwarz und richtet sich an den Herrn Landesrat Anschober.

Abg. Schwarz: Ich habe es schon gewusst, dass diese Zwischenrufe kommen. Ich möchte diese Anfrage an den Herrn Landesrat, den ich sehr herzlich begrüße, Frau Präsidentin, stellen, weil ich glaube, dass die Antwort für alle wahrscheinlich von Interesse ist. Für alle Abgeordneten des hohen Landtags, dass vielleicht doch noch ein Umdenkprozess passiert.

Lieber Herr Landesrat! Auf Bundesebene wird ja derzeit an einer Novellierung des Ökostromgesetzes gearbeitet, die schon sehr weit gediehen ist. Im Dezember 2005 wurde diese bereits im Wirtschaftsausschuss des Nationalrates mit den Stimmen der ÖVP, SPÖ und des BZÖ beschlossen. Wie würden Sie oder wie würdest Du die Umsetzung dieser Novelle auf den Ökostromausbau sehen, wie sich die auswirkt?

Erste Präsidentin: Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat Anschober: Geschätzte Frau Kollegin Schwarz! Vorneweg vielleicht ganz kurz, Oberösterreich ist, und deswegen ist die Frage auch so wichtig und diese Entscheidung so wichtig, in diesem Themenbereich ganz wesentlich von der Bundesmitfinanzierung abhängig. Oberösterreich ist, was die Energiewende betrifft, derzeit die Modellregion in Europa, sowohl was den Ausbau der erneuerbaren Energieträger betrifft, wir sind mittlerweile, nur eine Zahl vorab, bei 65 Prozentanteil erneuerbarer Energie am Gesamtstromverbrauch in Oberösterreich angelangt. Zum Vergleich, Deutschland hat einen entsprechenden Anteil von neun Prozent, Tschechien etwa von zwei Prozent. Das ist der Topwert in ganz Europa. Beim Ökostrom haben wir etwas weiter vorne begonnen, also auf einem viel niedrigeren Niveau begonnen und haben bis Mitte 2006 die Möglichkeit, und ich denke, wir werden es schaffen, mit dem guten bisherigen Ökostromgesetz, auf dessen Basis eine Versechsfachung des Ökostromanteiles auf rund sechs Prozent zu erreichen, 6,2 Prozent werden wir bis Mitte des heurigen Jahres schaffen.

Diese notwendige, wichtige Weiterentwicklung nach oben, unser Ziel ist ja zumindest acht Prozent bis zum Jahr 2010 zu schaffen, würde mit diesem jetzt im Wirtschaftsausschuss des Nationalrates beschlossenen neuen Ökostromgesetz drastisch abgestoppt. Drastisch abge-

stoppt, das wäre für diese Energiewende, die wir wollen in Oberösterreich hin in Richtung Energieeinsparung und hin in Richtung Ökoenergie, umweltfreundliche Energie ein dramatischer Rückschlag. Wir könnten die Ziele, die wir uns gesetzt haben mit den acht Prozent bis 2010 so nicht mehr erreichen.

Vielleicht zwei Zahlen noch ganz kurz als Beweisführung. Wir bauen derzeit ganz stark die Biomasseverstromung aus mit zwei Großprojekten unter anderem. In Kürze wird die Eröffnung des Fernheizkraftwerkes Linz-Mitte sein auf Biomassebasis, im Übrigen mit einem regionalen Holzanteil von 85 Prozent oberösterreichischer Holzanteil. Das ist super, finde ich, dass der Rohstoff aus der Region kommt, und im April werden wir Timelkam eröffnen, ebenfalls ein Biomassegroßkraftwerk. Das werden die beiden größten österreichischen Biomasseverstromungskraftwerke. Das könnte in Zukunft nicht mehr gemacht werden, weil die Biomassemittel, die Verstromungsmittel im Bereich Biomasse um rund 90 Prozent gekürzt werden würden. Das heißt, wir könnten nicht einmal mehr ein Biomasseverstromungskraftwerk pro Jahr errichten. Dafür würden diese Bundesförderungsmittel nicht mehr ausreichen.

Oder ein anderes Beispiel: Wir sind ganz stark, Kollege Stockinger und ich, in einer Kombination von Agrarwirtschaft und Umwelt in den Bereich Biogas hineinmarschiert, weil auch das eine Zukunftstechnologie ist. Wir haben mit dem Ökostromgesetz, mit dem bisherigen, rund 47 Projekte derzeit in Umsetzung. Nach dem neuen Ökostromgesetz könnten wir nur mehr 4 Projekte pro Jahr finanzieren. Das heißt, auch hier eine drastische Reduktion. Nach unseren Hochrechnungen würden die Förderungsmittel um rund 80 Prozent in Summe gekürzt. Mit anderen Worten, es wäre ein fataler Rückschlag für die Bemühungen des Landes Oberösterreich mit großer Energie und großem Engagement in den Ausbau der erneuerbaren Energie hineinzugehen und das angesichts einer Tatsache, dass eigentlich gerade nach dem Gasversorgungsschock Rußland-Ukraine und dem Ölpreisschock aus dem vergangenen Jahr, drastische Preisentwicklung nach oben, ein Grundkonsens besteht, dass wir unsere Eigenerzeugung erhöhen müssen in Oberösterreich und dass wir in Richtung umweltverträglicher und damit klimaschonender Eigenerzeugung gehen müssen.

Erste Präsidentin: Bitte, eine Zusatzfrage?

Abg. **Schwarz:** Erste Zusatzfrage, was heißt das jetzt in dem neuen Gesetzesvorschlag für die Betreiber, Betreiberinnen und für die, die überlegen, ich möchte eine Ökostromanlage bauen konkret an einem Beispiel?

Landesrat **Anschober:** Das Problem ist, dass es im Ökostromgesetzentwurf, so wie er im Wirtschaftsausschuss beschlossen, aber noch nicht durch das Nationalratsplenum gegangen ist, eine Deckelung gibt. Das hört sich jetzt ganz unverdächtig an. Die Deckelung heißt konkret, dass es eben für bestimmte Produktionsbereiche nur mehr eine ganz bestimmte Summe gibt pro Jahr, die zur Verfügung steht und das so genannte Windhundprinzip, First-Come-First-Surf-Prinzip, realisiert wird. Das heißt, wenn jetzt ein Projektbetreiber eine Anlage vorbereitet, plant, und er kann ja nur um eine Genehmigung ansuchen, wenn er sie fertig projiziert hat, das kostet etwa bei einer Biogasanlage rund 30.000 Euro, also ein massives Investitionsbedürfnis, das da gegeben ist, hat er keinerlei Garantie, dass tatsächlich es zur Umsetzung dieser Anlage kommt, weil nur derjenige die Förderungsmittel erhält, der rechtzeitig unter den ersten ist, die am Förderungstopf stehen und die Zuweisung erhält.

Sobald der Förderungstopf, etwa im März, oder bei Fotovoltaik ist es nach dem alten Ökostromgesetz schon so geregelt gewesen, da war dieser Förderungstopf bereits nach zwei Wochen aus, sobald der Förderungstopf verbraucht ist, ist das ganze Jahr keine Bautätigkeit

mehr. Das heißt, wir schaffen für Firmen eine unmögliche Planungsunsicherheit. Die Firmen wissen nicht mehr, ob sie investieren können, und das in einer Situation, wo genau das die Firmen sind, ich verweise auf die Flaggschiffe, die wir in Oberösterreich haben, die Firma Fronius, die Nummer eins am Weltmarkt etwa bei den Wechselrichtern der Solarenergie ist. Denen würde damit der Heimmarkt ganz dramatisch einbrechen. Ich befürchte, dass das auf Kosten der Arbeitsplätze bei uns in einer absoluten Zukunftstechnologie gehen würde, und ich glaube, wir müssen für diese Firmen, so wie das etwa in Deutschland mit dem Einspeisegesetz erneuerbare Energie passiert, Planungssicherheit, Investitionssicherheit und klare Rahmenbedingungen schaffen, die langfristig gesichert sind. In Deutschland weiß man zum Beispiel heute schon, welche Förderungsrahmen im Jahr 2017 zum Beispiel bestehen, weil das Einspeisegesetz erneuerbare Energie mit klar degressivem Charakter, denn wir wollen ja auch, dass die Anlagen effizienter werden und damit die Förderungsmittel mittelfristig runtergehen können, welche Rahmenbedingungen und damit welche Marktbedingungen beherrschen.

Ich fürchte, dass dieses Gesetz, sollte es beschlossen werden, nicht nur für die Umwelt und für die Klimasituation ein schwerer Schaden ist, sondern dass es auch ein schwerer wirtschaftlicher Schaden auf Kosten von vielen Arbeitsplätzen in Oberösterreich sein würde.

Abg. **Schwarz:** Du hast mir ein Stichwort für die zweite Zusatzfrage gegeben. Die Industriellenvereinigung, aber auch die Wirtschaftskammer, größere Betriebe jammern immer, wenn das neue Ökostromgesetz kommt oder argumentieren immer eine befürchtete Kostensteigerung. Wie kann man dem entgegenreten? Ist es so? Was heißt das jetzt für wirklich große stromfressende Betriebe wie die Papierindustrie Laakirchen, wo es ja auch um Arbeitsplätze geht?

Landesrat **Anschober:** Ich habe einen sehr intensiven Dialog mit der Industriellenvereinigung gehabt, weil ich nehme die Befürchtungen, die da sind, absolut ernst. Wir haben einen Wirtschaftsstandort, einen Industriestandort, in dem ganz stark die stromverbrauchende Industrie Zuhause ist, und zwar nicht aus Jux und Tollerei, sondern weil das mit ihrer Produktion zu tun hat. Das geht bei denen nicht anders. Wenn ich Papier erzeuge, wenn ich Zellulose erzeuge, wenn ich Stahl erzeuge, wie etwa in Linz, in Steyrermühl, in Laakirchen oder bei der voest, dann habe ich eine hohe Stromintensität. Und dann muss man auf diese Sorgen eingehen und Lösungen finden. Und die haben wir auch vorgeschlagen.

Aber vielleicht zu den konkreten Zahlen. Wie schaut denn die Belastung derzeit wirklich aus? Und das sind Zahlen, die eigentlich öffentlich, glaube ich, noch völlig unbekannt sind. Nach der jetzigen Situation zahlt ein Haushalt in Österreich, ein ganzer durchschnittlicher Haushalt, pro Monat einen Ökostromzuschlag im Durchschnitt von 1,97 Euro. 1,97 Euro, wir haben gerade ein bisschen diskutiert wie die Bierpreise derzeit sind, es ist das berühmte Seiterl Bier. Und dafür, dass es eine Energiewende hin zu Eigenversorgung und damit zu Sicherheit und Klimaschutz gibt.

Eine andere Zahl: Die Elektrizitätsabgabe, die von dieser Bundesregierung eingeführt wurde, die im Budget verschwindet, die keinerlei Steuerungseffekt hat, bedeutet eine Zusatzbelastung pro Haushalt, nicht von 1,97 Euro wie es der Ökostrom bedeutet, sondern von 4,3 Euro. Das heißt, die Belastung von Wirtschaft und Haushalten kommt nicht aus den Zuschlägen des Ökostromgesetzes, sondern kommt auf Basis des Versuchs Budgetmittel zu lukrieren aus dem Bereich der Energie durch die Elektrizitätsabgabe, und die eigentliche Preissteigerung im Strompreis gibt es aus ganz einem anderen Phänomen, weder durch den Ökostromzuschlag noch durch die Energieabgabe, das sind die internationalen Börsepreise im

Strombereich. Vielleicht eine Vergleichszahl noch: Seit 2003 bis heute ist der Preis auf der internationalen Strombörse, und Strom wird ja mittlerweile auf der Börse gehandelt und kann nur mehr so international lukriert werden, von 2,45 Cent pro Kilowattstunde auf 5,2 Cent pro Kilowattstunde gestiegen. Er hat sich also mehr als verdoppelt. Das ist das eigentliche Problem der europäischen Wirtschaft, dass wir diese Kostenexplosion auf Ebene der internationalen Strombörse haben.

Unser Vorschlag ist deswegen, dass wir die Grundpfeiler, die Eckpfeiler des deutschen erneuerbaren Energiegesetzes übernehmen, und heute ist ja etwa in den Oberösterreichischen Nachrichten die Bilanzierung bereits abgedruckt, die Minister Gabriel vorgelegt hat. Wie hat es sich denn ausgewirkt? Dass wir diese positiven Erfahrungen von Deutschland übernehmen und damit langfristige Planbarkeit übernehmen, klare Förderungskriterien übernehmen und drittens und das ist mir ganz wichtig, auch eine Deckelung der Zuschlagshöhen für die Industrie übernehmen.

Ich würde es sehr, sehr begrüßen und setze mich auch intensiv beim Bund dafür ein, dass die maximale Höchstgrenze der Belastung gedeckelt werden muss, damit es zu keiner Standortgefährdung kommt. Das ist unser Grundprinzip in Oberösterreich. Da vertreten wir unsere Wirtschaft. Das ist eine positive Regelung im deutschen Gesetz, die sich absolut bewährt. Deswegen gibt es ja einen Grundkonsens in Deutschland über die dortige Förderung.

Abg. **Schwarz**: Danke.

Erste Präsidentin: Gibt es eine Zusatzfrage? Bitte Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner**: Na ja, ganz verstehe ich es nicht, nachdem zuerst Oberösterreich gerügt wurde gegenüber Deutschland, 9 Prozent gegenüber 65 Prozent. Das waren genau die Zahlen, die der Umweltlandesrat uns vorgelegt hat. Aber ich möchte es ganz konkret wissen. Wie viel Mehrkosten jedem Haushalt in Österreich entstehen, wenn der grüne Vorschlag angenommen würde, pro Monat, Euro?

Landesrat **Anschober**: Also ich werde jetzt kurz, Kollege Klubobmann Steinkellner, die Rechenmaschine anwerfen und eine präzise Hochrechnung auf den Cent vorlegen. Aber du hast mich trotzdem nicht auf dem falschen Fuß erwischt, ich kann dir eine Antwort geben.

Der Wirtschaftsminister Bartenstein argumentiert, dass er befürchtet, dass, wenn wir das bisherige österreichische Ökostromgesetz fortsetzen, sich die derzeitige Belastung, die wie gesagt bei rund 1,97 Euro pro Haushalt und Monat liegt, sich verdreifachen bis vervierfachen würde, seine Befürchtung. Das deutsche Gesetz, das effizienter ist in vielen Bereichen und vor allem degressiv ausgestattet ist, denn wir wollen es ja, Kollege Fraiss hat ja eine wesentliche Initiative im Landtag gemacht was Forschungsförderung betrifft. Da sollten wir auch rasch zu einem Grundkonsens kommen, damit wir diese Botschaft nach Wien schicken. Wir wollen ja in die Forschung investieren, damit die Preise bei Solaranlagen, Biomasseanlagen und, und gesenkt werden können, damit wir dann weniger Förderungen brauchen.

Und das ist die Grundidee des deutschen Gesetzes, degressive Förderungstarife. Die deutsche Bundesregierung, die jetzige, leider kein Grüner mehr enthalten in dieser Regierung, hat ja vorgerechnet gestern, wie sich am Ende des gesamten Gesetzes, am Höhepunkt der Belastung, die Belastung für die Haushalte auswirken würde. Und dort wird im schlimmsten Fall, Worst-Case-Szenario, mit einer Gesamtbelastung pro Monat, pro Haushalt von maximal 2,5 bis 2,8 Euro gerechnet.

Erste Präsidentin: Danke. Weitere Zusatzfragen? Herr Klubobmann Dr. Frais bitte.

Abg. Dr. Frais: Herr Landesrat! Mich interessiert doch sehr stark die Position der Konsumenten in dieser Frage und ihre Belastung. Ich glaube ich brauche für meine Fraktion nicht erklären, dass wir an sich für den Ausbau des Ökostroms sind als eine wesentliche Alternative. Aber es muss auch Wege geben, dass dieser Strom auch leistbar wird.

Und jetzt habe ich doch zwei große Probleme. Wenn ich davon ausgehe, dass die Ökostromsubventionen vom Jahr 2003 bis zum Jahr 2007 von 210 Millionen auf 353 Millionen Euro ansteigen, dann erscheint mir das doch für jeden Haushalt ein Problem, denn letztendlich bezahlen das die Steuerzahler und Stromkunden. Also die erste Frage, als Konsequenz daraus. Nachdem die Windkraft noch immer mit 42 Prozent subventioniert wird, die Biomasse fest unter 5 Megawatt und Biogas unter 500 Kilowatt mit 70 Prozent subventioniert wird, die Biomasse fest mit 60 Prozent, Biogas mit 64 Prozent, Biomasse flüssig mit 65 Prozent, Photovoltaik mit 93 Prozent subventioniert wird, dann stellt sich für mich die Frage, wie schaut das Effizienzprogramm aus, an dem du ja arbeitest, in welchen konkreten Zahlen, wann sind welche Ziele zu geringerer öffentlicher Subvention überhaupt denkbar und welche Ziele werden von dir zur Reduktion dieses Subventionsanteiles vorgegeben? Meine Frage ist, bis wann oder kannst du heute schon beantworten, wie diese Prozentzahlen gesenkt werden, denn durch geringere Subventionszuschüsse ist auch ein Mehr an Anlagen selbstverständlich förderbar?

Landesrat **Anschober:** Danke Herr Klubobmann. Ich glaube das ist die Schlüsselfrage die gestellt wurde, auch was die Akzeptanz insgesamt betrifft. Ich halte das für eine absolut korrekte Debatte. Und es ist auch gut, dass die Debatte auch in Richtung der Konsumenten geht und nicht nur, auch wenn das sehr wichtig ist, weil es ein Arbeitsplatzeffekt ist, was die Standortfrage betrifft.

Abg. Dr. Frais: Ich habe es nur deshalb gesagt, weil du für die Wirtschaft gesprochen hast. Und ich wollte Partei für die Konsumenten ergreifen.

Landesrat **Anschober:** Na ja, wenn ich sage pro Haushalt, pro Monat, so trifft das einerseits den Generaldirektor aber jeden anderen Konsumenten auch, nehme ich jetzt einmal an.

Abg. Dr. Frais: Aber ohne Deckelung.

Landesrat **Anschober:** Bei einer fix deklarierten Summe. Erster Punkt: Was wir glaube ich einmal ganz ehrlich formulieren müssen in diesem Haus und wir können ja nicht immer trennen zwischen einer Wirtschaftsdebatte und einer Umweltdebatte, den Umweltfolgekosten, die wir in speziellen Ausschüssen thematisieren, im Umweltbeirat und bei Fachsymposien, was den alles an Umweltfolgekosten bei uns da ist. Im vergangenen Jahr, im Jahr 2005, hatten wir weltweit Klimafolgekosten von 200 Milliarden Dollar. 200 Milliarden Dollar rein von der Klimaveränderung verursacht, UNO-Zahlen, keine Zahlen von uns. UNO-Zahlen, präsentiert bei der Weltklimakonferenz am 4. Dezember 2005. 200 Milliarden Dollar, wer zahlt denn diese Gelder? Das zahlt ja selbstverständlich auch der Steuerzahler und die Steuerzahlerin, mit Hochwasserbauprogrammen die wir brauchen, mit Katastrophenrefinanzierungen, wo wir den Betroffenen helfen müssen und, und, und. Das heißt, der Steuerzahler ist eigentlich der Hauptleidtragende mit seinen Finanzierungskosten, für das was im Umweltbereich an Folgekosten eintritt. Und das sollte man auch einmal sagen und nicht nur die 1,97 Euro die pro Haushalt entstehen, die dem gegenüber stehen. Würde ich das ausrechnen auf den einzel-

nen Konsumenten und die einzelne Konsumentin in Oberösterreich, so wäre das ein Vielfaches an Kosten, was für den Steuerzahler und für die Steuerzahlerin durch Umweltfolgekosten, weil wir zu viel reden und zu wenig handeln, entstehen. Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Die konkreten Zahlen, die konkreten Daten. Noch einmal, 1,97 Euro pro Haushalt, pro Monat. Die Elektrizitätsabgabe, auch von euch kritisiert, weiß ich auf Bundesebene, 4,3 Euro. Also ein Vielfaches an Belastung für den einzelnen Konsumenten, ohne jeglichen Steuerungseffekt. Wir sind uns doch einig, dass wir Ökosteuern zum Steuern verwenden wollen. Ich glaube, da haben wir einen Grundkonsens eigentlich. Nicht nur als Beschaffungsinstrument, um Einnahmen zu realisieren, sondern um umzusteuern, um ganz bestimmte politische Folgewirkungen zu erreichen und um Umweltfolgekosten dann reduzieren zu können. Das heißt, hier muss man meiner Ansicht nach ansetzen und das ist auch meine Forderung an die Bundesregierung, runter mit der Elektrizitätsabgabe und Übernahme eines Ökostromgesetzes auf Basis der Eckpfeiler der deutschen Regelung, weil das gekoppelt ist dann mit Forschungsförderungsoffensiven, damit die Preise sinken und damit wir auch mittelfristig mit den Förderungstarifen deutlich hinunter kommen. Das ist das Modell.

Minister Gabriel von der SPD hat gestern die Bilanz des deutschen Ökostromgesetzes nach zwei Jahren vorgelegt, und die ist wirklich hervorragend. Die zeigt, dass die Belastung begrenzt wurde, sowohl für die Wirtschaft, als auch für den einzelnen Konsumenten und für die einzelne Konsumentin, und dass Deutschland aber einen Ausbauboom erreicht. Warum ist aber Deutschland erst bei den 9 Prozent? Weil Deutschland kaum Wasserkraft hat und von einem sehr, sehr niedrigen Niveau ausgegangen ist. Deutschland war am Beginn des Ökostromgesetzes bei rund 3 Prozent erneuerbaren Energieanteil am gesamten Stromverbrauch und ist jetzt bei 9 Prozent, und schafft es bis zum Jahr 2020, dem Auslaufzeitraum des erneuerbaren Energiegesetzes, des deutschen Ökostromgesetzes, diesen Anteil noch einmal von jetzt 9 Prozent auf 20 Prozent zu steigern.

Abg. **Dr. Frais:** Ich will keine Zusatzfrage, aber um die Beantwortung der Frage ersuchen. Welche Prozentsätze der Subventionierung, also in welche Richtung soll die Effizienzsteigerung aus deiner Warte gehen, es gibt ja auch oberösterreichische Förderungen, damit die Subventionierung doch deutlicher reduziert werden kann, um mehr Ökostromanlagen bauen zu können?

Landesrat **Anschober:** Ich versuch es noch einmal. Genau das Modell des deutschen erneuerbaren Energiegesetzes sollte aus meiner Sicht auch für Österreich und für Oberösterreich das Modell sein. Das heißt, einerseits eine Forschungsoffensive und andererseits schrittweise ab 2010, in einem Prozentverhältnis von in Summe 30 Prozent, die Förderungen dann etappenweise reduzieren. Ich glaube, absolute Förderungsfreiheit müsste dann erreichbar sein. Das ist auch das Ziel des deutschen erneuerbaren Energiegesetzes, dass man bis 2020, 2025 die Förderungen dann generell streicht. Genau dieser Prozentschlüssel sollte das Modell für Oberösterreich sein.

Erste Präsidentin: Danke. Eine weitere Zusatzfrage gibt es nicht. Danke Herr Landesrat Anschober. Die letzte Anfrage ist die des Herrn Klubobmann Trübswasser an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl. -Ing. Haider. Bitte.

Abg. **Trübswasser:** Die Verbesserungen von Mobilitätschancen für alle Menschen, einschließlich mobilitätseingeschränkter Personen, auch durch einen barrierefreien öffentlichen Personennahverkehr als bedeutsames gesellschaftspolitisches Ziel ist sowohl auf europäischer als auch auf nationaler und regionaler Ebene - wie in Oberösterreich - erkannt und

anerkannt. Konkretisiert werden auf europäischer Ebene die Regelungen zur Barrierefreiheit, zum Beispiel in der so genannten EU-Busrichtlinie (Richtlinie 2001/85/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2001).

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Werden bei der Förderung des Ankaufs von Bussen durch das Land Oberösterreich die Ziele dieser EU-Busrichtlinie im Hinblick auf die Barrierefreiheit voll berücksichtigt?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider**: Frau Präsidentin, Herr Klubobmann! Das Verkehrsressort des Landes Oberösterreich setzt vielfältige Aktivitäten, um die Zugänglichkeit des öffentlichen Verkehrs für alle Personen zu verbessern. Ich möchte vorweg diese Aktivitäten darstellen und dann auf die gesetzlichen Vorgaben zu sprechen kommen.

Das Land Oberösterreich hat gemeinsam mit der Stadt Linz ein umfangreiches Programm zum Ausbau und zur Modernisierung des Nahverkehrs im städtischen Zentralraum vereinbart und umgesetzt. Ich nenne hier nur die Straßenbahnverlängerung Ebelsberg, die Beschaffung neuer Busse und Straßenbahnen, die Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof, die neuen Triebwagen für die LILO und die Einbindung der LILO in den Hauptbahnhof.

Dieses Programm wurde von der Nahverkehrserrichtungs-Gesellschaft NAVEG betrieben und gleichzeitig mit der Bildung der NAVEG wurde auch ein so genannter Benutzerbeirat eingerichtet. Dieser Beirat hatte die Aufgabe, schon bei der Planung darauf zu achten, dass die Nahverkehrsbauwerke den Interessen verschiedener Fahrgastgruppen gerecht werden. Insbesondere ist es dabei natürlich darum gegangen, für Personen mit eingeschränkter Mobilität oder Personen, die sonst eine Beeinträchtigung erlitten haben, Erleichterungen zu schaffen, damit sie die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen können.

Der Benutzerbeirat hat sich sehr bewährt und er hat sehr viele Vorschläge gemacht, die im Zuge des Baugeschehens umgesetzt werden konnten. Ich beabsichtige diese Einrichtung grundsätzlich weiterzuführen, aber das Aufgabengebiet auf Nahverkehrsprojekte in ganz Oberösterreich zu erweitern.

Es war auch immer klar, dass neben den Maßnahmen im städtischen Zentralraum auch im Regionalverkehr etwas passieren muss. Auch hier hat sich der öffentliche Verkehr mit vielen Zugangshemmnissen präsentiert. Veraltete Fahrzeuge, desolate Haltestellen, schlechte Anschlüsse, wenig Information. Es wurde daher damit begonnen, schrittweise in allen Regionen so genannte regionale Verkehrskonzepte auszuarbeiten und umzusetzen, um das Fahrplanangebot bedarfsgerecht zu gestalten. Gleichzeitig wurden Förderungsrichtlinien ausgearbeitet, mit denen Maßnahmen zum Abbau von Zugangsbarrieren zum öffentlichen Verkehr beschleunigt werden sollten. Die Richtlinien wurden ja sehr ausführlich mit Herrn Klubobmann Trübwasser diskutiert und letztlich im Mai 2002, also vor mehr als drei Jahren, in Kraft gesetzt.

Inhalt dieser Richtlinien war zum einen die Förderung der beschleunigten Beschaffung von modernem Wagenmaterial bei den Busunternehmen, zum anderen die Förderung von Gemeinden bei der Modernisierung von Bushaltestellen.

Bei den Bussen wurde ein Ausstattungskatalog festgelegt, der natürlich auch auf das Einsatzgebiet der Busse Rücksicht nimmt, ob ein Bus im Stadtverkehr oder im Überlandverkehr unterwegs ist. Bei den Stadtbussen war die Anforderung, dass es generell nur mehr Niederflurfahrzeuge geben soll. Im Regionalverkehr ist nicht überall und bei allen Verkehren

der Einsatz von Niederflurfahrzeugen möglich und auch nicht unbedingt nötig. Es hat daher eine differenzierte Regelung gegeben: Niederflurfahrzeuge, die auch die übrigen Ausstattungsanforderungen erfüllen, können eine höhere Förderung in Oberösterreich erhalten. Ein niedrigere Förderung erhalten Fahrzeuge in Normalflurausführung. Sie müssen aber auf jeden Fall einen breiten Einstieg, ohne Griffstange in der Mitte und einen freien Platz für einen Rollstuhl oder einen Kinderwagen gegenüber dem Einstieg haben, sonst bekommen sie keine Förderung.

Die Bus-Unternehmen sowohl in den Städten als auch im Regionalverkehr haben mittlerweile ihren Wagenpark weitgehend modernisiert. So sind z.B. bei den Linz Linien alle 105 Busse in Niederflurtechnik ausgeführt, sie sind mit einer so genannten Kneeling-Funktion ausgestattet. Wir haben auch im Regionalverkehr Niederflurbusse im Einsatz, vor allem auf Strecken, wo wir wissen, dass öfters Personen mit Rollstuhl unterwegs sind. So sind z.B. beim größten Bus-Verkehrsunternehmen im Regionalverkehr – bei der ÖBB-Postbus GesmbH – 46 Busse von insgesamt 310 Bussen in Niederflurtechnik ausgeführt. Sie kommen hauptsächlich auf den Strecken Linz - Perg und Linz – Wels zum Einsatz, sowie auch auf der Strecke Linz – Gallneukirchen und Vöcklabruck – Altenhof. Auch die Stadtverkehre werden in der Regel mit Niederflurbussen bedient.

Auch auf der Schiene wurden intensive Maßnahmen gesetzt. Die neuen Straßenbahngarnituren der Linz Linien sind leicht zugänglich. Wir haben auch dafür gesorgt, dass die Haltestellen in Linz entsprechend angepasst werden. Die neuen LILLO-Fahrzeuge sind in Niederflurausführung. Die ersten modernen Garnituren der Type Desiro fahren auf der Mühlkreisbahn. Jetzt wurden auch auf der Mühlkreisbahn die Bahnsteige angepasst, damit der Zug zu allen Haltestellen fahren kann. Wir sind auch im Gespräch mit den ÖBB über einen Einsatz der Elektro-Triebwagengarnitur der Type Talent im Regionalverkehr auf den übrigen Strecken der ÖBB. Hier gibt es ja auch bereits einen längeren Test- und Diskussionsprozess mit Behindertenvertretern und auch mit Herrn Klubobmann Trübswasser über den Einsatz dieser Garnituren.

Ich habe vorher erwähnt, dass auch Information wichtig ist, um Zugangsbarrieren zu beseitigen. In Zusammenarbeit mit dem Blinden- und Sehbehindertenverband und den Linz Linien wurde ein digitales Sprachausgabesystem entwickelt. Es gibt auf Anforderung den Inhalt der optischen Anzeige bei den Haltestellen als gesprochenen Text aus. So erfahren auch Blinde oder Sehbehinderte, wann die nächste Straßenbahn fährt oder ob es Störungen gibt. Wir sind sehr stolz auf dieses europaweit einzigartige System. Die Linz Linien haben dafür beim Europäischen Personenverkehrs-Kongress den 2. Platz des Innovationspreises bekommen.

Und nun zu den gesetzlichen Vorgaben. Mit 1. Jänner 2006 ist das Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes in Kraft getreten. Ich möchte die Konstruktion dieses Gesetzes hier nicht diskutieren, sondern ich möchte nur auf die wesentlichen Zielsetzungen zu sprechen kommen. Ziel des Gesetzes ist es, die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen zu beseitigen oder zu verhindern und damit die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und ihnen eine selbst bestimmte Lebensführung zu ermöglichen. Ich meine, dass wir alles daran setzen sollten, um die Zielsetzung dieses Gesetzes möglichst rasch in der konkreten Gestaltung von Verkehrsanlagen und Verkehrsmitteln umzusetzen. Ich bin relativ optimistisch, dass es bei den Bussen im Stadt- und Regionalverkehr gelingen müsste, innerhalb der vorgegebenen Übergangsfristen des Gesetzes einen akzeptablen Zustand hinsichtlich der Zugänglichkeit zu erreichen. Natürlich wird es länger dauern und auch kostenintensiv sein, die Barrierefreiheit

bei baulichen Anlagen und bei der Schiene zu erreichen, weswegen das Gesetz hier ja auch längere Übergangsfristen vorsieht.

Es ist auf jeden Fall so, und das ist ja auch aus dem Gesetz zu folgern, dass neu errichtete bzw. umgebaute Anlagen dem Grundsatz der Barrierefreiheit genügen müssen. Ich werde auf jeden Fall darauf drängen, dass die Betreiber von Einrichtungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs den vom Gesetz geforderten Etappenplan zum Abbau von Barrieren erarbeiten und vorlegen.

Wie in der Frage angesprochen wurde, wurde von der Europäischen Union eine Richtlinie beschlossen, die besondere Vorschriften für Fahrzeuge zur Personenbeförderung enthält. Zielsetzung dieser Richtlinie ist natürlich die Beseitigung von Handelshemmnissen, aber die Richtlinie setzt sich auch das Ziel, die Sicherheit der Fahrgäste zu gewährleisten. Die Richtlinie führt weiter aus, dass technische Vorschriften für die Zugänglichkeit für Personen mit eingeschränkter Mobilität erforderlich sind. Es muss alles unternommen werden, um die Zugänglichkeit zu verbessern. Zu diesem Zweck kann entweder eine technische Vorrichtung am Fahrzeug entsprechend den Vorgaben der Richtlinie oder eine Verbindung von derartigen Vorrichtungen mit einer geeigneten örtlichen Gestaltung der Infrastruktur geschaffen werden. Diese so genannte Busrichtlinie wurde im Wesentlichen mit der 48. Novelle der Kraftfahrzeuggesetz-Durchführungsverordnung in österreichisches Recht umgesetzt. Die besonderen Vorgaben im Hinblick auf Personen mit eingeschränkter Mobilität, die im Anhang VII der Richtlinie enthalten sind, wurden jetzt mit der 51. KDV-Novelle umgesetzt. Diese Novelle ist mit 14. Dezember 2005 in Kraft getreten. Laut Auskunft des Verkehrsministeriums ist damit die Busrichtlinie zur Gänze umgesetzt. Ich lasse gerade von meiner Fachabteilung im Detail prüfen, ob unser Ausstattungskatalog, der in der Landesrichtlinie enthalten ist, ergänzt werden muss. Ich bin der Ansicht, dass unsere Landesrichtlinie den Zielsetzungen der EU-Busrichtlinie grundsätzlich entspricht, in Details mögen Ergänzungen oder Anpassungen nötig sein, diese werden dann auch durchgeführt. Im Moment stehen keine Förderungsfälle für die Beschaffung von Bussen für den städtischen Verkehr bei uns heran.

Eine kurzfristige Erhebung bei Verkehrsunternehmen hat ergeben, dass die gegenwärtig eingesetzten Busse die Vorgaben der EU-Richtlinie teilweise erfüllen. Natürlich ist es so, dass der Erfüllungsgrad bei den neueren Bussen höher ist. Bei den Linz Linien z.B. ist bei allen Volvo-Bussen die vorgeschriebene Einstiegshöhe gegeben, die älteren MAN-Busse, Baujahr 1993-1999, erfüllen die Anforderung nicht ganz. Auch bei der Zahl der Rollstuhlplätze, bei den Abmessungen der Behindertensitze und bei den Piktogrammen werden die Vorgaben nicht ganz eingehalten. Bei den Linz Linien ist beabsichtigt, bis 2012 schrittweise den gesamten Fuhrpark zu erneuern. Es wurde mitgeteilt, dass bei der jetzt durchgeführten Ausschreibung natürlich die Vorgaben der EU-Busrichtlinie berücksichtigt werden. Es ist mir auch bekannt, dass sich das Regionalmanagement Oberösterreich der ÖBB Postbus GesmbH mit den Anforderungen der Busrichtlinie befasst und ich gehe auch davon aus, dass bei weiteren Beschaffungen auf die Zielsetzungen der Richtlinie Bedacht genommen wird. Ich hoffe, dass ich Ihnen erläutern konnte, dass die Verantwortlichen im öffentlichen Verkehr in Oberösterreich bestrebt sind, einen möglichst barrierefreien Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln für alle Fahrgäste zu schaffen.

Erste Präsidentin: Danke. Bitte haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Klubobmann?

Abg. **Trübswasser:** Erstens einmal habe ich nicht gefragt, ob die EU-Busrichtlinie von einzelnen Unternehmen umgesetzt wird. Es ist Aufgabe des Landes, Ihre Aufgabe, diese Busrichtlinie mit Leben zu erfüllen und die Förderrichtlinien umzusetzen. Ich möchte nur darauf

hinweisen, dass Österreich im europäischen Vergleich absolut Nachzügler, Entwicklungsland ist was die Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehr betrifft und Oberösterreich wiederum in Österreich im unteren Drittel liegt. Ich darf darauf hinweisen, dass die Firma Dr. Richard, ein privates Unternehmen, bereits 80 Prozent Busse in Niederflurtechnik und mit Rampe ausgestattet hat. Und wenn Sie darauf hinweisen, dass die LILLO jetzt in den Hauptbahnhof einfährt, Niederflur bedeutet bei der LILLO 55 Zentimeter, also doch auch noch eine ziemlich große Stufe zum Erdboden, und dass ich zwar in Linz in die LILLO einsteigen kann und das ist vielleicht für die Zuhörerinnen und Zuhörer interessant, aber an keinem einzigen Punkt der LILLO auf der Strecke bis Peuerbach aussteigen kann. Das heißt, ich kann nach Eferding fahren und dann wieder zurück nach Linz und dann das Fahrzeug verlassen. Das ist die Realität und ich nehme zur Kenntnis, dass Sie die EU-Busrichtlinie nicht wie vorgeschrieben umgesetzt haben.

Meine Frage, meine erste Zusatzfrage ist, wie hoch ist derzeit die Förderung des Landes in Prozenten für die Anschaffung von Bussen in Normalflur, die für den Personenverkehr eingesetzt werden, die also nicht EU-konform sind und nicht der Busrichtlinie entsprechen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider**: Herr Klubobmann! Ich nehme nicht zur Kenntnis, dass wir die EU-Busrichtlinie nicht umgesetzt haben. Die EU-Busrichtlinie ist in Österreich seit 15. Dezember 2005 in Kraft gesetzt, also ungefähr ein Monat, und unsere Richtlinien zur Förderung von behindertengerechten Bussen gibt es seit drei Jahren, seit 21. Mai 2002. Das heißt, wir hinken nicht der EU-Richtlinie nach, sondern wir haben seit drei Jahren Förderungen für die Richtlinie, die seit einem Monat überhaupt erst gilt. Konkret habe ich Ihnen gesagt, dass in Linz alle Busse auf Niederflur umgestellt wurden. (Zwischenruf Abg. Trübwasser: "Nein, stimmt auch nicht!") Wir haben bei den Linz Linien gestern angefragt. (Zwischenruf Abg. Trübwasser: "Ortsteilbusse!") Sie wissen genau, dass die Stadtteilbusse nicht den Linz Linien gehören, sondern dem Postbus gehören, dass der Postbus die drei Stadtteillinien, die ungefähr zwei Prozent des Volumens des städtischen Verkehrs ausmachen, betreibt. Es sind alle 105 Busse der Linz Linien Niederflurbusse. Wenn Sie jetzt wieder sagen, das ist nicht die Wahrheit, dann bitte ich Sie, endlich einmal zu sagen, was die Wahrheit aus Ihrer Sicht ist. Gestern habe ich angefragt, 105 Busse gibt es bei den Linz Linien, alle 105 Busse sind Niederflur. Ihr Verkehrsstadtrat in Linz Jürgen Himmelbauer ist der Aufsichtsratsvorsitzende der Linz Linien, der wird Ihnen die 105 Niederflurbusse bestätigen. Sie haben auch gestern im Volksblatt geschrieben oder schreiben lassen oder es wurde geschrieben, wir wären säumig, seit Jahren würden wir keine Förderung geben. Sie wissen genau, dass wir mit Ihnen gemeinsam die Förderung ausgearbeitet haben und das erste Bundesland in ganz Österreich sind, das überhaupt solche Förderungsrichtlinien ausgearbeitet hat. Wir waren damals die ersten, am 21. Mai 2002, seit mehr als dreieinhalb Jahren.

Noch einmal, wir fördern derzeit völlig behindertengerechte Busse mit 20 Prozent, haben uns damals mit Ihnen darauf verständigt, wenn Normalflurbusse den breiteren Einstieg haben und entsprechende Vorkehrungen getroffen haben, um Plätze für Rollstühle zu haben, fördern wir sie mit 10 Prozent und wenn keine behindertengerechten Maßnahmen getroffen werden, gibt es keine Förderung. Das hat in den letzten drei Jahren zu sehr vielen Konflikten geführt, weil man versucht hat, diese Förderung zu unterwandern und auch für Busse ohne die Behindertenmaßnahmen Förderungen zu bekommen. Wir haben das nicht getan. Jetzt gilt das Gesetz in Österreich seit Dezember, jetzt ist Vorschrift, dass alle Unternehmen bis Ende 2006 dem Antidiskriminierungsbeauftragten Herbert Haupt ihre Maßnahmen und Pläne für die Umsetzung der Barrierefreiheit mitteilen müssen. Bei den Bussen sind Fristen bis 2007, bis 2008 vorgesehen, um diese Umsetzungen durchzuführen. Bei der Eisenbahn wurden im Gesetz Fristen bis 2010, 2012 und 2015 festgelegt. Wie gesagt, das Gesetz ist ein

Monat da und wir werden alles tun, um es auch in Oberösterreich umzusetzen. Sollten bei uns Adaptierungen im Ausstattungskatalog notwendig sein, habe ich Ihnen ja gesagt, werden wir das jetzt sofort machen. Also wir werden die Richtlinie so rasch als möglich in Oberösterreich umsetzen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Sie haben noch eine Zusatzfrage.

Abg. **Trübswasser:** Meine seinerzeitige Zustimmung, es hat sich nicht um Verhandlungen gehandelt, die wir geführt haben, da ich Ihre Entscheidung zur Kenntnis nehmen musste, es hat keine Änderung gegeben. Sie wissen, dass ich damals schon die Förderung der Anschaffung von Normalflurbussen nicht gutgeheißen habe. Aber in der Oppositionsrolle hat mir damals die Möglichkeit gefehlt, mit Ihnen gleichwertig zu verhandeln. Meine Frage ist, es geht mir nicht darum, dass Bestimmungen umgesetzt werden, die in Österreich erst seit Dezember gültig sind. Tatsache ist, dass sowohl nach dem Gleichstellungsgesetz als auch nach der EU-Busrichtlinie keine neuen Busse in Normalflur mehr angeschafft werden dürfen, es geht um die Neuanschaffungen. Wovon Sie gesprochen haben, das ist die Umstellung, die langfristige, aber bei den Neuanschaffungen gibt es keine Übergangsfristen, sondern da müssen sämtliche Fahrzeuge, sämtliches rollendes Material in Niederflurtechnik und mit Rampe oder Lift ausgestattet sein. Ich frage Sie, wann setzen Sie diese EU-Richtlinie um?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Wir setzen diese Richtlinie sofort um. Es werden alle Ausschreibungen entsprechend der EU-Richtlinie durchgeführt. Ich habe Ihnen gesagt, derzeit gibt es eine einzige große Bus-Ausschreibung, die der Linzer ESG, der Linz Linien, und hier ist die gesamte Norm der EU-Richtlinie zu hundert Prozent in der Ausschreibung enthalten und wird auch erfüllt werden. Ich weise aber darauf hin, dass in der EU-Richtlinie drinnen steht, dass diese Normen für Busse im städtischen Raum gelten. Es steht in der EU-Richtlinie nicht drinnen, alle Busse, die neu gekauft werden in Europa, müssen diese Ausstattung haben. Es steht drinnen, für Busse, die im städtischen Raum eingesetzt werden. Wir werden für alle Busse, die ausgeschrieben werden und angekauft werden, diese EU-Richtlinie versuchen auch wirklich umzusetzen. Unsere Förderungsrichtlinie des Landes wird so adaptiert, dass auch diese Voraussetzung erfüllt sein muss.

Erste Präsidentin: Danke sehr. Herr Abgeordneter Hirz bitte.

Abg. **Hirz:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Für mobilitätseingeschränkte Personen ist also der Einsatz von öffentlichen Verkehrsmitteln in Niederflurtechnik eigentlich nur dann zielführend, wenn auch im Fahrplan gekennzeichnet ist, wann diese Busse fahren und wo sie fahren, weil man eben nicht wissen kann, wo mobilitätsbeeinträchtigte Personen zusteigen oder aussteigen und nur so kann also eine volle autonome Benutzbarkeit gewährleistet sein. Ist daran gedacht, in Zukunft auf den Linien des oberösterreichischen Verkehrsverbundes durchgängige Kennzeichnungen in den Fahrplänen und Kennzeichnung der Verkehrsmittel vorzunehmen bzw. wenn ja, bis wann ist zu rechnen, dass also diese Kennzeichnung abgeschlossen sein wird?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Wir beabsichtigen, diese Kennzeichnung durchzuführen. Ein entsprechendes Schreiben Ihres Klubobmannes ist in den letzten Wochen auch in dieser Hinsicht bei mir eingelangt. Wir haben dem Verkehrsverbund bereits den Auftrag gegeben, diese Kennzeichnung in den Fahrplänen auszuweisen und umzusetzen.

Abg. **Hirz:** Beim nächsten Fahrplan?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider**: Ob alle Linien im nächsten Fahrplan drinnen sein können, kann ich noch nicht zusagen. Das Schreiben ist glaube ich eine oder zwei Wochen alt, wir haben es an den Verkehrsverbund weitergegeben mit dem Auftrag, die Kennzeichnung der Linien im Fahrplan entsprechend vorzusehen. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Das hat aber die Bundesbahnen betroffen!") Ich weiß es, ich kenne Ihr Anliegen, das generell im Fahrplan zu machen, und daher werden wir das nicht nur bei der Bundesbahn tun, sondern überall, wo es diese Linien gibt, hier auch im Fahrplan auch entsprechend auszuweisen über die Bundesbahn hinaus.

Erste Präsidentin: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider**: Gerne Frau Präsidentin.

Erste Präsidentin: Die Fragestunde ist geschlossen. Den Herrn Schriftführer bitte ich, den Eingang bekannt zu geben.

Abg. **Bernhofer**: Der Eingang umfasst heute folgende Beilagen: Die Beilage 799/2005, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Hundehaltegesetz 2002 geändert wird (Oö. Hundehaltegesetz-Novelle 2006). Sie wird dem Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 801/2006, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Finanzierung von Hochbauvorhaben der Landes-Immobilien GmbH in Höhe von 105,5 Mio. Euro sowie die Übernahme einer Landeshaftung dafür. Diese Beilage soll gemäß § 26 Abs. 5 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Weiters die Beilage 802/2006, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Resolution über notwendige Rahmenbedingungen und begleitende Maßnahmen für die Postprivatisierung. Diese Beilage soll gemäß § 26 Abs. 5 der Landtagsgeschäftsordnung ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 803/2006, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Konzept gegen den Verkauf der Österreichischen Post AG. Auch diese Beilage soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 810/2006, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Lärmvermeidung im Straßen- und Schienenverkehr soll ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Ebenso die Beilage 805/2006, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend den "Global Marshall Plan", auch sie soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 806/2006, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend die Stärkung der regionalen Selbstbestimmungsmöglichkeiten im Sinne des europäischen Subsidiaritätsprinzips soll ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 807/2006, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend die Sicherung von öffentlichen Interessen in Förderungsrichtlinien soll ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 808/2006, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend die Ausstattung von ganztägigen Schulen soll ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Und die Beilage 809/2006, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend die unverzügliche Rückkehr des Linzer Polizeidirektors an die Linzer Bundespolizeidirektion soll ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Erste Präsidentin: Danke Herr Kollege für die Verlesung des Eingangs. Wir behandeln so wie er es ja auch angekündigt hat zuerst die Dringlichkeiten. Wir beginnen mit der Beilage 801/2006, es handelt sich hier um die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Finanzierung von Hochbauvorhaben der Landes-Immobilien GmbH in Höhe von 105,5 Mio. Euro sowie die Übernahme einer Landeshaftung dafür. Dazu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne darüber die Wechselrede, erteile dem Herrn Abgeordneten Mag. Stelzer das Wort.

Abg. Mag. Stelzer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren, werte Gäste! Wir sprechen in diesem Haus zu Recht oft mit Stolz davon, dass wir ein Land der Beschäftigung sind, immerhin im abgelaufenen Jahr 2005 jenes Bundesland in Österreich, das Gott sei Dank die niedrigste Arbeitslosenrate hatte und zu Jahresende mit mehr als 565.000 Beschäftigten auch einen satten Grad der Beschäftigung erreicht hat. Trotzdem wissen wir, dass es auf dem Weg zu einem großen Ziel, nämlich Vollbeschäftigung, natürlich noch ein Stück zu gehen gibt. Und dass es zusätzlich im Jahresablauf besonders schwierige Phasen für diverse Branchen gibt, wo die Sicherung, die Schaffung von Beschäftigung und von Arbeitsplätzen eine ganz besondere Herausforderung ist. Und daher soll das, um den Unternehmen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hier auch einen entsprechenden Impuls und auch Rahmen zu geben, heute hier im Landtag beschlossen werden, was die vier Landtagsparteien ja schon vor Ablauf des letzten Jahres in einem Parteienübereinkommen festgelegt haben, nämlich ein oberösterreichisches Konjunkturpaket. Daher ist es heute auch dringlich, weil auch die entsprechenden Ausschreibungsfristen und Ausschreibungsmodalitäten noch rechtzeitig einzuarbeiten sind.

Ich möchte das aber auch in Zusammenhang setzen mit diversen anderen Bestrebungen und Bemühungen, die wir im Lande setzen, um gerade für die Beschäftigung auch immer wieder Impulse und Sicherheit zu bieten. Das ist zum einen unsere wirklich hohe Investquote des Budgets, über 20 Prozent, wir haben das beim Budgetlandtag ja ausgiebig diskutiert, es ist zusätzlich die Verlängerung der Unterstützung des Pflichtschulbauprogramms, das eigentlich 2005 in dieser Form ausgelaufen wäre, dass es bis 2009 mit der Zusatzdotation jedes Jahr um 10 Millionen Euro fort geführt werden soll. Es sind die Verhandlungen im laufen bei der Vorfinanzierung der Hochwasserschutzbauten, wo auch Beschleunigung erzielt werden kann, und es sind natürlich, dafür ist auch besonders zu danken, zu erwähnen, die Bestrebung unserer Landesbetriebe, auch ihre Investitionen, Bauten, so weit das geht und sinnvoll ist, vorzuziehen, wo auch ein Volumen von immerhin 179,5 Millionen Euro ausgelöst und damit auch in den Wirtschaftskreislauf geführt werden kann. Das Konjunkturpaket, das wir heute hoffentlich mit Dringlichkeit beschließen können, beinhaltet ein Volumen, wie es schon genannt wurde, von 105,5 Millionen Euro. Es geht um zehn Projekte, die aus dem

Bauprogramm des Landes vorgezogen werden sollen, abgewickelt über unsere Immobilien-gesellschaft, um auch den Maastricht-Kriterien entsprechen zu können. Im Sinne der Festigung unserer Arbeitsmarktsituation und im Sinne der Setzung von Impulsen ersuchen wir sehr, der Dringlichkeit zuzustimmen. Nachdem aber alle Parteien dieses Übereinkommen unterzeichnet haben, gehe ich ja davon aus, dass wir hier eine Einstimmigkeit erreichen können. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Klubobmann Trübswasser.

Abg. **Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren auf der Galerie, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie gesehen haben, gibt es Morgenstau nicht nur auf unseren Straßen im Umland von Linz, sondern auch im oberösterreichischen Landtag.

Ich habe mich zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort gemeldet, obwohl hier weitgehend Übereinstimmung herrscht in diesem Haus, dass wir dieses Konjunkturpaket heute noch beschließen, dass wir ihm die Dringlichkeit geben. Um diese Debatte geht es jetzt. Ich habe mich aus einem Grund zu Wort gemeldet, weil ich noch eine Anmerkung machen will. Natürlich ist uns bewusst, dass wir mit allen, was wir an Finanzierung vorziehen, und in späteren Jahren zurück zahlen müssen, die Zukunft unseres Landes auch belasten. Aber wir machen das in diesem Fall, diese 105 Millionen Euro, die wir jetzt in den nächsten Jahren, kommenden Monaten, in die oberösterreichische Infrastruktur geben wollen, ganz bewusst, weil wir uns erwarten, dass dadurch konjunkturell ein Anreiz erreicht wird und dass es in diesem Land zusätzliche Arbeitsplätze geben wird. Es ist etwas, das in Europa in den letzten Jahren etwas verabsäumt wurde. All zu starr an den Maastricht-Kriterien zu klammern und zu sagen, wir müssen unserer Neuverschuldung so niedrig wie möglich halten. Und das hat bewirkt, dass es zu einem, gewissermaßen europaweit, zu einem Investitionsstau gekommen ist. Wir haben immer gesagt, antizyklisch handeln, das heißt, im Zeitpunkt von geringer Wirtschaftskraft und Wirtschaftssteigerung zusätzlich investieren, um einen Anreiz zu schaffen ist gut, ist nicht nur für die Wirtschaft gut, sondern es schafft vor allem Arbeitsplätze. Wir haben diesem Paket auch deshalb zugestimmt, und das möchte ich betonen, nicht nur weil dadurch ein konjunktureller Impuls zu erwarten ist, sondern weil damit sinnvolle Infrastruktur geschaffen wird, und nicht nur ein Beschäftigungsprogramm per se.

In diesem Paket werden sowohl im Sozialbereich als auch im Bildungsbereich, in drei Berufsschulen, in drei land- und forstwirtschaftlichen Schulen, aber auch im Kulturbereich Investitionen durchgeführt. Wenn ich nur erinnern darf, dass wir uns ja vorgenommen haben auch vom Land Oberösterreich einen wesentlichen Beitrag für das Kulturhauptstadtjahr 2009 zu leisten, und diese Verbindung von Stadt und Land in Oberösterreich vorbildhaft vorzuleben. So wird auch das Land Oberösterreich über die Immobiliengesellschaft des Landes im Bereich der Landesbibliothek zum Beispiel oder des Schlossmuseums ganz wesentliche Investitionen setzen. Wir haben die Argumente abgewogen und haben befunden, dass diese Investitionen, auch wenn sie künftige Budgetjahre belasten werden, Geld, das wir jetzt ausgeben, auch erst in den nächsten Jahren zurück zahlen, es zum richtigen Zeitpunkt machen, weil ich glaube, diesen Impuls brauchen wir jetzt und nicht erst in fünf Jahren. Deshalb haben wir diesem Paket zugestimmt und freuen uns, dass es heute hier beschlossen werden kann. Ich danke Ihnen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Mag. Jahn.

Abg. **Mag. Jahn**: Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der Galerie! Neue Arbeitsplätze zu schaffen ist uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das oberste Ziel. Wir kämpfen für mehr Beschäftigung, weil es entwürdigend ist, längere Zeit arbeitslos zu sein, und weil es für junge Menschen eine Katastrophe ist, keine Aussicht auf eine gesicherte Zukunft zu haben. Und vor allem, es gibt für den Staat nichts, was teurer ist, als Arbeitslosigkeit zu finanzieren, und wir haben deshalb bei den Budgetverhandlungen des Landes ein zusätzliches Konjunkturpaket eingefordert, dieses Konjunkturpaket auch durchgesetzt, und wir hätten sonst dem Landesbudget nicht zugestimmt. Die Arbeitslosigkeit steigt massiv, und es muss daher rasch etwas geschehen. Daher ist es auch dringlich, die Voraussetzungen zur raschen Umsetzung dieses Konjunkturpaketes jetzt zu schaffen, daher ist dieser Antrag für uns dringlich zu behandeln.

Wir haben in Oberösterreich im Dezember 37.000 Arbeitslose gehabt, in Österreich 300.000. Wenn man die Menschen in Schulung dazurechnet sogar 350.000. Und das besonders Schlimme ist, auch in Oberösterreich hatten wir 10.000 junge Menschen, die Arbeit gesucht haben. Und auch wenn wir hier eine niedrigere Arbeitslosenquote haben als das österreichweit der Fall ist, so muss uns die Entwicklung im Besonderen Sorge machen. Und wir wissen seit Antritt der Regierung Schüssel haben wir auch in Oberösterreich, auch unter Schwarz-Grün, eine Zunahme der Arbeitslosen von 30 Prozent. Und im vergangenen Jahr war die Zunahme sogar in Oberösterreich etwas über dem Bundesschnitt, was sehr bedauerlich ist. Aber das Allerschlimmste, wie ich schon gesagt habe, (Unverständliche Zwischenrufe) seit dem Jahr 2000, seit Antritt der Bundesregierung Schüssel. 60 Prozent mehr Jugendliche, junge Menschen sind seither ohne Arbeit, und ich will hier keine Auseinandersetzung, ich glaube, wir haben alle das gleiche Ziel für junge Menschen, für alle Menschen muss Arbeit geschaffen werden. Und eines muss noch dazu gesagt werden, 15 junge Menschen täglich werden arbeitslos seit Antritt dieser Regierung Schüssel, in der EU sinkt Arbeitslosigkeit, in Österreich steigt die Arbeitslosigkeit. Nur mit öffentlichen Investitionen - (Zwischenruf Abg. Bernhofer: "Das stimmt ja überhaupt nicht!", Zwischenruf Abg. Dr. Aichinger: "Sagen Sie Zahlen!") - ich sage Ihnen die Zahlen alle nachher, im Detail, wenn Sie das haben möchten - (Unverständliche Zwischenrufe) nur mit mehr öffentlichen Investitionen können wir rasch zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, und daher haben wir dieser Darlehensaufnahme selbstverständlich auch zugestimmt, und es wäre auch dringend notwendig, dass die österreichische Bundesregierung zusätzliche Beschäftigungsprogramme endlich startet. Leider ist es so, dass wir innerhalb Europas bei den öffentlichen Investitionen an letzter Stelle sind, obwohl eindeutig ist, mit einer Milliarde Euro zusätzlicher öffentlicher Investitionen könnten 16.000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden.

Dann kommen auch neue Steuern herein, ohne dass man Steuern erhöhen muss. Dann braucht man auch weniger Arbeitslosengeld zu bezahlen, das heißt, es ist ein Gewinn auf allen Seiten, wenn man zusätzliche Arbeitsplätze schafft. Jeder Euro, der hier investiert wird, verbessert die Lebenssituation der Menschen, jeder Euro, der hier investiert wird, ist gut für den Wohlstand in Österreich und daher werden wir dieser Dringlichkeit nicht nur zustimmen, sondern alle aufrufen, hier gemeinsam an einem Strang zu ziehen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner**: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte mich zu diesem Thema nicht wirklich zu Wort melden, weil es an und für sich eine klare Sache ist, wie wir mit den Darlehen umzugehen haben, wie wir also die LIG ausgestalten, sodass Investitionen getätigt werden können. Nur wenn so ein Thema auch dazu herangezogen wird, schon wieder politisch so mitten drinnen ein bisschen den politischen Mitbe-

werber zu verunglimpfen, dann muss man sich natürlich wehren. Wenn es darum geht, die Arbeitsmarktdaten in Oberösterreich besonders zu kritisieren, und vielleicht europäisch das besonders heraus zu streichen, was da alles toll läuft, dann frage ich mich wirklich (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Gehören Sie zu den Blauen oder den Orangen?") - Herr Landesrat Ackerl, horchen Sie einmal zu, und Sie wissen, dass Sie hier im Landtag sind, sondern erkundigen Sie sich beim Klubobmann, dass die Exekutive nicht dauernd die Legislative kontrollieren oder unterbrechen sollte. Ich möchte, wissen Sie, mir steht das einfach deswegen zu, ich kann das sehr, sehr objektiv berichten, und wenn man nach Deutschland blickt und die europäischen Arbeitsmarktdaten von 32 Millionen Arbeitslosen ansieht, dann sind wir froh, dass wir in Österreich sind, sind wir froh, dass wir in Oberösterreich sind, und reden wir nicht immer das Land schlecht. (Beifall)

Liebe rote Freunde! Wahrheit kann nicht rot, schwarz, blau, gelb, grün oder sonst was sein, sondern Wahrheit ist Wahrheit. Und ich würde mir wünschen, dass wir bei der Objektivität auch bleiben und nackte Zahlen auch einmal so akzeptieren, wie sie einmal vorgegeben sind. Und die österreichischen Arbeitsmarktdaten sind um Häuser besser, als in etwa die deutschen, wo lange Zeit eine rot-grüne Koalition geherrscht hat. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Nackte Wahrheit ist, dass wir in Österreich die höchste Arbeitslosigkeit seit 1945 haben, das ist die Wahrheit!" Beifall) Ja, lieber Kollege Haider, aber Wahrheit ist auch, dass in Europa auf Grund dieser so genannten europäischen Sozialpolitik, die die linke Politik zu vertreten hat, 32 Millionen Arbeitslose sind, und das sollte man nicht vergessen.

Und wenn man jetzt hier darüber redet, welche Darlehen aufgenommen werden, dann täte ich mich ganz gerne einmal mit Ihnen unterhalten, ob das auch fair ist, dass wir die nächsten Generationen verpflichten. Denn jedes Darlehen wird auch zurückgezahlt werden müssen. Und wir wissen ganz genau, dass mit diesem Budget, dass die SPÖ auch mitgetragen hat, das einstimmig von drei großen Fraktionen oder Regierungsfractionen mitgetragen wurde, nur wir haben einzelne Positionen abgelehnt, dass letztmalig das Tafelsilber veräußert wurde, und wenn wir nicht wieder Wohnbaudarlehen veräußern, dann ist das Budget 2007, 2008, 2009 bei weitem nicht gedeckt. Erst wieder neue Budgettricks erlauben Investitionen für die Zukunft. Wir können also weitermachen und uns gegenseitig loben und sagen, die Schulden wird dann die nächste Generation zurückzahlen. Ich sage nur, jeder Familienvater ist Gott sei Dank in seinem eigenen privaten Haushalt anders, und keiner geht her, die Kinder werden es schon zurück zahlen, sondern man versucht an und für sich den Kindern etwas mitzugeben. Und das ist ein Beispiel dafür, wie die Verantwortung der nächsten Generation übertragen wird. Also, so großartig ist es nicht. Wir müssen investieren, wir müssen Arbeitsplätze schaffen, das ist überhaupt kein Thema, aber dann gegenseitig politisch zu polemisieren, das ist einfach letzklassig, und deshalb bin ich herausgegangen, um das zu kritisieren. Danke Herr Landesrat Ackerl. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich schließe die Wechselrede und lasse über den Antrag abstimmen. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 801/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir behandeln die Dringlichkeit zur Beilage 802/2005. Es handelt sich hier um einen Initiativantrag betreffend eine Resolution über notwendige Rahmenbedingungen und begleitende Maßnahmen für die Postprivatisierung. Auch hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich und ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede und erteile dem Herrn Klubobmann Mag. Strugl das Wort.

Abg. **Mag. Strugl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es liegt ein Antrag vor der ÖVP gemeinsam mit den Grünen, der hier eingebracht wurde zum Thema Postbörsegang. Und ich möchte einiges zur Begründung dieses Antrags sagen, auch deswegen, weil er ja schon im Vorfeld wieder für einige politische Diskussionen gesorgt hat, und weil auch ein Antrag, der in eine ganz andere Richtung geht, der SPÖ hier im Haus und für die heutige Sitzung vorliegt.

Wir sind in der Situation, dass also ein Börsegang beim Unternehmen Post geplant ist. Geplant ist, dass 49 Prozent an die Börse gehen sollen im Sinne von Streubesitz und im Sinn von einer Volksaktie, das heißt also, dass hier eine breite Beteiligung sowohl der Bevölkerung bzw. der Österreicher als auch der Mitarbeiter geplant ist. Und das ist, wie gesagt, ein anderer Weg als wie zum Beispiel, auch darüber hat es ja Diskussionen gegeben, einen strategischen Partner hier beispielsweise einzubinden. Wir glauben, dass das ein guter Weg ist, weil damit auf der einen Seite eine starke Position der öffentlichen Hand gewahrt bleibt, weil ja 51 Prozent im Besitz des Staates bleiben, und zum Zweiten mit einem Börsegang auch entsprechende Chancen eröffnet werden können für das Unternehmen. Ich nenne als besonderen Punkt die Mitarbeiterbeteiligung, die auch bei diesem Börsegang vorgesehen ist. Ein Modell, dass beispielsweise schon 1999 bei der Telekom sehr erfolgreich gewesen ist, und wie wir es auch bei anderen Unternehmen kennen, sich das auch sehr positiv auswirkt, insgesamt, sowohl auf die Stimmung und die Motivation im Unternehmen selbst, als auch für die Entwicklung in einem Unternehmen.

Ich möchte auch nicht verabsäumen zu erwähnen, dass diese grundsätzliche Frage, ob es einen Börsegang dieses Unternehmens geben soll, ja schon zweimal in der Vergangenheit beschlossen wurde. Nämlich im Jahr 1996 und im Jahr 1998. Ich sage es deswegen, weil heute in diesem Haus die SPÖ einen Antrag auch vorstellt, der in die Richtung zielt, dass man gegen diesen Börsegang ist. Und deswegen ist es mir wichtig, an dieser Stelle zu sagen, unter SPÖ-geführter Bundesregierung und unter SPÖ-Ministern, die für diesen Bereich verantwortlich waren, wurde das schon auf Bundesebene zweimal festgelegt, und ich darf dazu - (Unverständliche Zwischenrufe) ja, es ist nicht mehr dazugekommen, und ich darf dazu, den damaligen Finanzminister, den Sie ja kennen, heute in anderer Funktion, zitieren, es war Rudolf Edlinger, der gesagt hat, die Post soll bis Ende 1999 mit all ihren Sparten, also Brief und Paket, Bus und Telekom, an die Börse gebracht werden. Es war die Aussage aus dem Jahr 1997, ganz konkret vom 21. Juni 1997. Mein Verdacht ist halt ganz einfach, dass bei der SPÖ das häufig eben so ist, dass der Standpunkt bestimmt wird vom Standort. Also in einer Situation, wo man selber in dieser Bundesregierung federführend gewesen ist, hat man diese Frage offensichtlich anders gesehen als heute, wo man dagegen ist. Das ist interessant. (Unverständliche Zwischenrufe) Wie meinen Sie, Herr Abgeordneter? (Unverständlicher Zwischenruf) Aha, ja das kann ich zwar jetzt nicht ganz in einen logischen Zusammenhang bringen, aber Faktum ist, offensichtlich hat es hier eine Meinungsänderung gegeben.

Die Entscheidung des Börseanges ist vom Unternehmen entsprechend, meiner Meinung nach, auch gut vorbereitet worden. Und wir haben diesbezüglich auch deswegen einen Antrag hier eingebracht, weil es uns auch darum geht, dass entsprechende Rahmenbedingungen für diesen Börsegang, den wir grundsätzlich begrüßen, hier auch gesetzt werden sollen.

Worin sehen wir den Vorteil dieses Börseanges? Ich habe es schon gesagt, die Eigenständigkeit wird gewahrt, weil es eben nicht um die Beteiligung eines strategischen Partners geht, sondern um eine breite Streuung von Eigentum. Und das Unternehmen bekommt auf diese Weise die Chance, auch durch zusätzliches Kapital Investitionen in die Zukunft des

Unternehmens vorzunehmen. Und das ist Teil einer Wachstumsstrategie, die sich letztlich auch positiv auf die Arbeitsplatzsituation oder auf die Arbeitsplätze im Unternehmen Post auswirken soll. Hier ist schon ein Zusammenhang, sage ich auch noch einmal auf diesen Zwischenruf hin. Wir wissen ja, dass es eine Liberalisierung des Postmarktes gibt und daher ist es für uns auch wichtig, dass jetzt die richtigen Rahmenbedingungen hier gesetzt werden, daher unser Antrag, daher auch die Bitte an die Abgeordneten dieses Hauses. Es geht uns im Zuge dieses Börseganges darum, vor allem auch darum, dass sowohl die Versorgungssicherheit aufrecht erhalten werden kann als auch die Mehrheit der Republik gesichert wird, in dem die Republik bei künftigen Kapitalerhöhungen, so ist es im Antrag auch drinnen, mitzieht und so die Mehrheit gewahrt bleibt. Übrigens gibt es auch dazu einen Antrag der ÖVP im Nationalrat, der genau in dieselbe Richtung zielt und ich bitte um die Zuerkennung der Dringlichkeit und die Unterstützung dieses Antrages. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Klubobmann Trübswasser.

Abg. Trübswasser: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Wir stehen ja heute nicht am Anfang einer Geschichte, sondern wir stehen am Ende oder im Verlauf einer schon seit mindestens acht Jahren existierenden Geschichte, die Privatisierung der Post, zuerst die Ausgliederung dann die Teilung in verschiedene Geschäftsbereiche und wir stehen vor vollendeten Tatsachen. Wir haben heute über zwei Anträge zu entscheiden. Der eine Antrag wurde eingebracht von der sozialdemokratischen Fraktion. Ein Dringlichkeitsantrag wurde von den Grünen gemeinsam mit der ÖVP erarbeitet und eingebracht.

Wir haben uns diesen Antrag sehr genau überlegt, was seine Zielrichtung betrifft. Und wir haben uns natürlich gleichzeitig auch mit den Gegebenheiten auseinandergesetzt, die wir vorfinden. Wie schon gesagt wurde, die Postprivatisierung liegt ja lange zurück. Die Zerteilung in Geschäftsbereiche ist ein Akt gewesen, der 1998 gemacht wurde und Finanzminister Edlinger zur Aussage gebracht hat, er schreibt hier am 20. August 1998 oder er sagt zur APA: "Ein gedrängter Börseingang von Telekom und Briefpost wird immer wahrscheinlicher, oberste Priorität hat ein maximaler Erlös." Das war 1998. Wir sind heute weiter, weil wir glauben, dass wir diese Privatisierung unter Bedingungen stellen müssen. Und wir müssen alle Kraft daran setzen, dass diese Liberalisierung in Europa gesteuert wird, und wir befinden uns ja nicht auf einer Insel, sondern bis 2009 werden noch weitere Liberalisierungsschritte im gelben Postverkehr getätigt werden. Und wir müssen fordern, dass wir einerseits die Versorgungssicherheit gewährleisten und zweitens unser Postunternehmen so fit machen, dass es auch im internationalen Wettbewerb bestehen kann.

Deshalb werden wir uns, und das sage ich jetzt schon und ich werde das anschließend noch näher begründen, uns gegen die Vorgangsweise der SPÖ-Fraktion stellen, die ein absolutes Nein zu diesem Schritt des Börseganges macht, sondern machen konkrete Vorschläge. In fünf Punkten möchte ich sie kurz zusammenfassen: Erstens, die Versorgungssicherheit muss gewährleistet bleiben. Zweitens, wir wollen weiter eine Evaluierung der derzeitigen Versorgung, das heißt noch eine Verbesserung. Es dürfen keine weiteren Postämter geschlossen werden und es muss, und das ist der wesentlichste Punkt, es muss der Verkaufserlös in das eigene Unternehmen fließen, dass diese 51 Prozent in öffentlicher Hand gewährleistet bleiben. Das ist ein Punkt, der uns übrigens eint mit Gewerkschaftspräsident Verzetnitsch, der zum Unterschied von Ihrem Antrag gemeint hat, 51 Prozent zu garantieren, ist unbedingt notwendig. Und diese 51 Prozent, zu dem stehen wir und deswegen haben wir diesen Antrag, diese Initiative ergriffen, weil wir nicht wollen abseits zu stehen und nur Njet zu sagen, sondern weil wir in die Diskussion positive Elemente einbringen wollen.

Und wir sind überzeugt davon, dass dieser Weg, wird er so beschritten wie dieser Antrag es will, ein guter Weg ist. Und wir werden alles daran setzen, dass wir auch dieses Signal nach Wien geben. Und ich glaube, es ist nicht unwesentlich, dass hier zwei Parteien zu einem gemeinsamen Text gekommen sind und eine klare Botschaft an diejenigen, die für den Börsengang verantwortlich sind, richten, weil es zwei Parteien sind, die eine im Bund in der Opposition und die andere in der Regierung.

Landeshauptmann-Stellvertreter Haider hat schon einen ersten Versuch gemacht, eine gewisse Anerkennung dieses Antrags der Presse gegenüber. Ich nehme das zur Kenntnis, dass doch ein gewisser Sickerprozess stattfindet. Wir werden ganz sicher die Früchte eines gut vorbereiteten und auch abgesicherten, ganz wichtig, einen nicht völlig liberalisierten Börsengang der Post AG gehen. Ich bin überzeugt davon, dass dieser Antrag der richtige ist, er suche ihm zunächst einmal die Dringlichkeit zu geben. Wir werden ja dann im Anschluss an die Debatte am Ende des heutigen Tages noch einmal darüber diskutieren. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? Bitte Herr Dr. Brunmair.

Abg. Dr. Brunmair: Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir verstehen den Sinn dieses Antrages nicht oder können ihn nicht verstehen, (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Das ist ja das Problem!") weil das hat ganz klare Gründe, weil wir ja schon gehört haben, dass dieser Prozess der Postprivatisierung zehn Jahre alt ist. Bereits 1996, 1998 wurden auf Bundesebene entsprechende Beschlüsse gefasst. Wir haben die Aussagen des damaligen Finanzministers Edlinger bereits zweimal gehört. Und ich erinnere auch noch, das wurde noch nicht gesagt, dass damals nicht nur die SPÖ in der Bundesregierung war, sondern auch die ÖVP. Und wenn da jetzt ein Antrag, ein gemeinsamer Antrag von Grün und ÖVP oder drehen wir es halt einmal um, ÖVP und Grün oder noch einmal Grün oder ÖVP kommt, wir wissen ja nicht genau, wer sozusagen dann der Initiator tatsächlich war, aber es geht doch ganz klar hervor, dass dieser Antrag ein Wille der Grünen war und da geht die ÖVP als Regierungspartner mit.

So kann man das vielleicht als eines bezeichnen, als eine Beruhigungspille an den Partner, die er zu Beginn dieses Jahres offensichtlich, um das politische Jahr wieder ein weiteres Jahr sozusagen oder für ein Jahr zu retten, um hier sozusagen ein bisschen beruhigend einzuwirken. Und diese Pille, wenn man sie sich genau anschaut, auch inhaltlich, ist eigentlich was man in der medizinischen Fachsprache ein Placebo nennt. Es ist im Prinzip in dieser Pille überhaupt nichts drinnen. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Pille oder Zapferl?")

Aber die Wirkungsweise des Placebos in der medizinischen Sprache oder im medizinischen Umgang hat ja auch eines gut, dass der, der es bekommt, meint, es ist was Gutes und er wird dadurch wieder gesund. Und in diesem Fall, er schöpft wieder politische Kraft und kann sozusagen die Partnerschaft weiterführen. Das ist also meiner Meinung nach und unserer Meinung nach der Sinn, der wahre Sinn oder Nichtsinn dieses Antrages.

Und wir sagen, das was auf Bundesebene zur Postprivatisierung gemacht wurde und wird und jetzt umgesetzt wird, es sind ja an sich im Prinzip noch Umsetzungen von beinahe zehn Jahre alten Beschlüssen, das ist für die Zukunft gesehen der richtige Weg. Es geht darum, nachhaltig in die Zukunft des Postwesens zu denken, und hier muss man den europäischen Gesetzen und der europäischen Liberalisierung Rechnung tragen. Es ist der richtige Weg, und so ein Placebo ein bisschen sozusagen ein Misstrauen der eigenen Partei, ich meine hier der ÖVP Richtung Bundesregierung oder Bundeskanzler nach dem Wunsch der Grü-

nen, mit dieser Vorgehensweise können wir nicht mittun. Und wir werden diesem Antrag sowohl in der Dringlichkeit als auch inhaltlich nicht zustimmen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Herr Klubobmann Dr. Fraiss bitte.

Abg. **Dr. Fraiss:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Diese Resolution, wie sie heute vorliegt, spiegelt mehreres in Oberösterreich wider. Nicht von mir vorgesehen, aber es wurden viele Zeugen davon, wie dieses Triangelspiel zweier Koalitionen funktioniert. Einmal ist man leicht gekränkt, weil man nicht eingebunden ist, weil es die Bundesebene ist, Gunther Trübswasser für die Grünen versucht im Grund die ÖVP-Linie zu erklären, obwohl gestern bereits ein ähnlicher Antrag der ÖVP gegen die Grünen letztendlich im Nationalrat eingereicht worden ist.

Zur kurzen Erklärung wie das läuft in Österreich, meine Damen und Herren: Im Wiener Gemeinderat wurde mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und Grünen klar festgehalten, dass die Post AG in öffentlicher Hand bleiben soll. Ich versuche anderen das zum Denken mitzugeben, ob sie sich vielleicht doch nicht ein bisschen verlaufen haben. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Öffentliche Hand, wie viele Prozent sind das?")

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier wurden heute einige Dinge in den Raum gestellt, die so auch nicht ganz richtig sind, um das ganz klar zu sagen. Dieser ÖVP-Antrag und die Privatisierung der Post AG ist ein ideologisch motivierter Vorgang, um Budgetlöcher zu stopfen. (Beifall. Zwischenruf Landesrat Anschober: "Wird der von der Bundes-SPÖ abgelehnt?") Tatsache ist, dass alle Zitate, meine sehr verehrten Damen und Herren, letztendlich (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Wird der von der Bundes-SPÖ abgelehnt?") zeitlich hinken, (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Wird der von der Bundes-SPÖ abgelehnt?") denn die Post AG wurde erst am 3.3.1999 gegründet, vorher war es ein gemeinsames Unternehmen. Eine kleine Nachhilfe für die, die hier Unrichtiges behaupten, mit der Telekom, mit Mobilkom und so weiter wurden (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Es ist nur der falsche Zeitpunkt, sagt Gusenbauer!") gewisse Gesellschaften im Wesentlichen bereits privatisiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Antrag hat aber auch etwas Gutes für sich, dass wir inhaltlich auch noch diskutieren können. Wenn beispielsweise bei den Grünen nicht durchgesickert sein sollte, dass wir das erste Mal über einen Daseinsvorsorgekernbetrieb bei der Post diskutieren, dass es hier um einen Betrieb, (Zwischenruf mitte: "Post!") Entschuldigung, bei der Post AG diskutieren. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Das ist euer Versuch, das Gleiche daraus zu machen!") Kollege Anschober, ich wiederhole es bei all den Zwischenrufen, dass es sich hier bei der Post AG erstmals um einen Daseinsvorsorgekernbetrieb handelt. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Wieso sagt Gusenbauer, es geht nur um den Zeitpunkt?") Wir stoßen das erste Mal an die Grenzen dafür, deine Unruhe, du mögest mich wenigstens ausreden lassen, verstehe ich ja. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Sei nicht so unruhig Rudolf!")

Meine Damen und Herren! Tatsache ist, die Nervosität schlägt durch, denn ich hätte auch ein schlechtes Gewissen bei so einem Antrag. Da wurde in den letzten zwei Jahren permanent gegen die SPÖ gewettert, Panikmache, klarerweise Populismus und ähnliche Sager. Jetzt finde ich alles in diesem Antrag wieder herinnen. Und ich zitiere es sogar: "Schließungen von Postämtern verschlechtern in machen Bereichen die Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen. (Zwischenruf Abg. Prinz: "Jetzt auf einmal!") Dadurch wurde vor allem der ländliche Raum stark benachteiligt." Solange es wir gesagt haben, war es Popu-

lismus, jetzt ist es sogar ein Antrag von ÖVP und Grünen, wo das drinnen steht, meine Damen und Herren. (Beifall. Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Spät aber doch!")

Was die Befürchtungen betrifft, meine Damen und Herren, teile ich die Meinungen. Alles was da herinnen steht, ist wirklich zu befürchten und wird auch eintreten. Die Frage ist nur, welche Konsequenz ziehe ich aus diesem Ansatz? Und das, Kollege Trübswasser, ist halt das wirklich so Liebenswürdige: Und da gebe ich Kollegen Brunmair Recht, das ist ein Placeboantrag, rückgratlos, inkonsequent und im Grunde nicht bereit zu einer neuen oder anderen Positionierung der Wirtschaftspolitik in Oberösterreich ein klares Ja - vergleichsweise mit den Wiener Grünen, vergleichsweise mit anderen Positionen - zu sagen. Inkonsequent ist er auf jeden Fall, denn eines ist zu wenig im Gegensatz zu unserem Antrag. Wir sagen, das wird kommen. Ein Versorgungsauftrag ist mit der Börse nicht vereinbar, infolgedessen wird es auch so nicht funktionieren. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Wieso?") Und deshalb sagen wir auch, wascht euch bitte nicht wie Pilatus die Hände in Unschuld, in dem ihr einen Alibiantrag da herinnen stellt, sondern schließt euch unserem Antrag an, seid dagegen, dass diese Privatisierung durchgezogen wird. (Beifall. Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Nicht einmal der Gusenbauer vertritt das!")

Und Kollege Anschöber, ich lese dir etwas vor, denn wahrscheinlich hast du keine Zeit gehabt, den ÖVP-Antrag von gestern im Nationalrat zu lesen. Da heißt es wunderbar, und das ist ja das was ich heute gehört habe. Es deckt sich ja mit dem, der Kollege Strugl hat ja gesagt, es deckt sich ja mit dem Ganzen: Ihr hofft auf das, es ist eure Hoffnung in diese Richtung, und ich zitiere es euch. "Aufgrund des konsequenten Restrukturierungskurses" - ist gleich schließen und Personalabbau - "hat sich die Österreichische Post AG zu einem national erfolgreichen Unternehmen entwickelt. Im internationalen Qualitätsvergleich, Stichwort Zustellgeschwindigkeit, liegt das Unternehmen an der Spitze."

Und jetzt kommt der Satz als Antwort auf euren Antrag: "Durch Fortsetzung des Restrukturierungskurses" - das sind genau die Befürchtungen - "soll die Wettbewerbsfähigkeit weiter gestärkt werden". Dieser Antrag, meine Damen und Herren, ist eine Illusion. Im Nationalrat wurde etwas völlig anderes beschlossen. Bei den 51 Prozent wird der Bundesminister für Finanzen nur ersucht, so etwas vorzusehen. Wenn euch das genug Sicherheit ist, uns ist es zu wenig, wir wollen eine Klarstellung haben. Aber wir laden euch gerne ein beim zweiten Antrag bei uns mitzugehen, eine richtige Entscheidung zu treffen. Ich glaube, dass es für Österreich, für die Bevölkerung und nicht für Spekulanten und für Anleger in Österreich gedacht ist. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich schließe die Wechselrede, lasse über den Antrag abstimmen und bitte Sie, wenn Sie der Dringlichkeit zur Beilage 802/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

Wir behandeln die Beilage 803/2006 beziehungsweise den Antrag zur Beilage 803/2006, es handelt sich hier um den Initiativantrag betreffend ein Konzept gegen den Verkauf der Österreichischen Post AG. Auch hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile dem Herrn Klubobmann Dr. Fraiss das Wort.

Abg. **Dr. Fraiss:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten haben eine klare Konsequenz daraus gezogen, wenn, was wir bisher

gesehen haben, die Versorgungssicherheit nicht aufrecht erhalten wird, ein Börsengang den Versorgungsauftrag nicht sicherstellen kann, das Personal reduziert werden wird, der Wettbewerb damit für die Post immer schlechter wird. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist für uns ein Grund, warum wir sagen: So einen Börsegang, der so schlecht vorbereitet ist, der überhaupt keine Ansätze hat, was das Wachstum im Osten betrifft usw., kann ja doch niemand ernst nehmen.

Wir sind ja grundsätzlich dagegen, weil wir diese Lügen, meine Damen und Herren, satt haben. Es ist ja doch nicht so, wenn sich ein Finanzminister hinstellt und erklärt, wer beim Verbund ein Monatsgehalt investiert hat, bekommt heute ein Jahresgehalt. Ja ist denn genau das auch die Zielvorstellung bei der Post? Darum sage ich eine Verschleuderung. Denn wer sich das genauer angeschaut hat, meine Damen und Herren: Die Post verfügt über Immobilien, deren Wert sich im Buchwert mit 490 Millionen Euro niederschlägt, deren Verkehrswert bestimmt fast rund das Doppelte davon ist. Sie hat frei verfügbare Barmittel, die sich zwischen 300 und 400 Millionen niederschlagen. Was erwartet sich der Herr Finanzminister? 400 bis 500 Millionen Börsenerlöse.

Meine Damen und Herren! Er hat eines vergessen, das gesamte Unternehmen ist nicht bewertet worden bei dem Ganzen. Es scheint nicht einmal auf dabei, was an Maschinen, Logistik usw. vorhanden ist. Ich würde ihn einladen, er soll vom Herrn Wlaschek erklären lassen, wieviel er Billa und wie er das bewertet hat im Vergleich mit der Post. Weil die Post hat 1.300 Filialen, ein aufgebautes Logistiknetz. Und das sollte nichts wert sein?

Das ist genau der Trick, der da dahinter steckt. Man versucht so niedrig als möglich zu bewerten, damit diejenigen, die Geld haben, die Postaktien kaufen können und dann - nach dem Trick der Privatisierung - diejenigen, die im Bereich des Shareholdings angesiedelt sind, die der Papst gestern sogar, meines Erachtens sehr treffend, als die Räuberbanden unserer Generation bezeichnet hat, dann nachher zu erklären - (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Der Papst!") der Papst, der Papst - dann nachher zu erklären, wenn der wahre Wert der Aktien festgestellt wird, super die Privatisierung. Plötzlich ist alles viel besser geworden. Österreich hat gewonnen.

Ja, meine Damen und Herren! Haben Sie schon einmal definiert, wer Österreich ist? Doch nicht der österreichische Staatsbürger, sondern es sind ganz wenige, die das Geld, und darum habe ich es gesagt, ein Monatsgehalt dort investieren können, damit sie ein Jahresgehalt herauskriegen. Ich kenne aber sehr wenige Österreicherinnen und Österreicher, die ein Monatsgehalt für die Spekulation erübrigen können. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Wenn es heißt Rot-Weiß-Rot, jeder Österreicher kann sich eine solche Aktie kaufen, dann halte ich es für eine Volksverhöhnung. Wir diskutieren da herinnen, wie wir Kaufkraft, wie wir den Menschen sozial helfen können. Wir wissen, dass wir knapp an einer Million Menschen sind, die an der Armutsgrenze oder überhaupt in Armut leben. Und das dagegen zu stellen, das zeigt mir, wie dichotom diese Gesellschaft im Denken geworden ist und wieviel Neoliberalismus bereits durchgeschlagen hat und wirklich diese Bewertung verdient, die ich mit dem Papst tatsächlich gemeinsam teile.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Antrag kennt keine Kompromisse. Wir sind klar in unserer Richtung. Wir sagen, die Post AG darf nicht verkauft werden. Es ist ein Kernbereich der Daseinsvorsorge, ein Versorgungsbetrieb, der für die Sicherheit, für die flächendeckende Sicherheit in Österreich und vor allem natürlich auch in Oberösterreich Vorsorge zu treffen hat und alles sicherzustellen hat.

Wir laden Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren ein, darüber nachzudenken, ob Sie einem Alibiantrag nachlaufen und ob Sie es anschließend, wenn Ihre Befürchtungen so eintreten, auch der Bevölkerung entsprechend darlegen werden oder ob Sie nicht auch unserer Meinung sind und wie bereits bei vielen anderen Anträgen doch zumindest Ansätze erkennen lassen, dass die Daseinsvorsorge etwas ist, das für die Bevölkerung im öffentlichen Eigentum sich zu befinden hat.

Ich lade Sie noch einmal ein, Vernunft walten zu lassen im Interesse der Post und im Interesse der oberösterreichischen Bevölkerung, aber auch aller Menschen, die hier in Zukunft ihre Standorte, ihr Wohnen, ihre Beschäftigung haben werden. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Trübswasser.

Abg. Trübswasser: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Kollege Frais, wir diskutieren heute in Oberösterreich, im Oberösterreichischen Landtag, und ich gestehe, dass es zu dieser Postprivatisierung verwirrende Meinungen auch innerhalb der Gewerkschaften gibt, da gibt es ja auch eine Meinungsvielfalt. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Der Grünen! Frag deine grünen Freunde in Wien!") Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Gusenbauer ist kein Grüner!") Gusenbauer, glaube ich, hat relativ wenig noch mit uns zu tun. Aber eines, wir diskutieren im Oberösterreichischen Landtag und ich bewerte den Antrag, so wie er hier liegt, wie du ihn, wie ihr ihn eingebracht habt, und ich sage klipp und klar, wir sind in der heutigen Zeit. Wie schon gesagt, Edlinger Finanzminister, die große Koalition, hat alles vorbereitet, wie auch die Teilung in die Gelbe und in die Telekom Post. Alles wurde ja vorbereitet. Wir stehen ja nicht am Anfang einer Entwicklung. Und unter den derzeitigen Umständen sagen wir Ja unter bestimmten Bedingungen. Da unterscheiden wir uns nur marginal von eurem Bundesvorsitzenden, vom Herrn Verzetnitsch usw.

Vielleicht ist es untergegangen, der Kollege Brunmair hat nicht die Zeit gehabt, ich verstehe das natürlich. Wir sind auch eine kleine Fraktion und da ist natürlich vor einer Landtagssitzung immer sehr viel zu tun. Ich gestehe, dass ich nicht alle Anträge nachrecherchieren konnte. Aber vielleicht, dass wir jetzt diese Zeit nutzen, Kollege Brunmair, dass ich kurz sage, worum es darin geht. Es geht ja nicht nur darum, was unsere Post betrifft. Ich gehe noch weiter. Wir sind bei den 51 %, eine Forderung von Herrn Gewerkschaftspräsidenten Verzetnitsch, diese 51 % festzuschreiben. Das ist ein wichtiger Punkt, was die Versorgungssicherheit betrifft. Aber wenn man unseren Antrag umblättert, dann steht hinten, was ganz wichtig ist, dass auch die Universaldienstverordnung entsprechend den Bedürfnissen geändert werden soll. Wenn man weiter liest, kommt man darauf, dass auch die EU-Ebene viel, viel Raum bietet, um europaweit hier die Vollliberalisierung der Post zu verhindern. Das steht auch im Antrag drinnen. (Unverständlicher Zwischenruf)

Jetzt kann man natürlich sagen, dass das natürlich nicht kommen wird und dass das womöglich umsonst ist. Kollege Frais, wir hier im Landtag haben viele Meinungsbekundungen schon gehabt, wo wir wussten, es wird schwierig sein, sie umzusetzen, wo wir wussten, dass sie nicht zu 100 % erfüllt wird. Aber wir haben diese Meinung geäußert und wir äußern sie auch heute und wir werden daran arbeiten, dass sie zu 100 % umgesetzt wird. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir mit dem heutigen Tag sicherlich diese Diskussion nicht beenden werden. Wir werden weiter an diesen Zielen, die in dieser Resolution stehen, arbeiten und wir werden sicherlich nicht unseren Regierungspartner aus der Pflicht nehmen, auch in seinen Reihen dafür zu arbeiten. Placebo ist es keineswegs.

Abschließend darf ich sagen, was mich an dem SPÖ-Antrag so gestört hat. Wir werden ihm die Dringlichkeit geben, weil es nur fair ist, dass man beide Anträge gegeneinander gewichtet. Er stört mich vor allem deswegen, weil er so jede Diskussion von vornherein ausschließt und weil er den Eindruck der absoluten Nichtverantwortlichkeit für die derzeitige Situation in der Post in Österreich darstellt. Wie jetzt die Post in ihrer Aufgliederung in die Telekom und in die einzelnen Bereiche heute hier steht, ist ein Produkt der großen Koalition, an der, wie ich gehört habe, Finanzminister Edlinger in hervorragender Position tätig war. Ich danke Ihnen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Mag. Strugl.

Abg. Mag. Strugl: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin Klubobmann Frais sehr dankbar für eine klare Aussage an diesem Rednerpult. Er hat nämlich gesagt, wir sind grundsätzlich dagegen, dass dieser Privatisierungsvorgang stattfindet und dieser Börsegang gemacht wird. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Damit hast du auch eigentlich dokumentiert, für wen es eine ideologisch motivierte Vorgangsweise ist, auch in diesem Haus, wie man mit dieser Frage umgeht, nämlich für die SPÖ. Es ist eine ideologische Frage für die SPÖ, zu sagen, nein wir sind grundsätzlich gegen jede Privatisierung in diesem Bereich und das haben Sie ja auch schon ein paar Mal unter Beweis gestellt. Und es ist mir auch wichtig, das hier festzuhalten, denn genau der Vorwurf wurde zuerst uns gemacht. Eigentlich hast du das Gegenteil selbst hier bewiesen. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Daseinsvorsorge!" Beifall)

Es ist halt so, die SPÖ hat ganz offensichtlich eines nicht verstanden. Auch die Post AG befindet sich in einem Wettbewerb und wird in einem noch intensiveren Wettbewerb stehen nach der Liberalisierung des Briefverkehrs im Jahr 2009. Jetzt geht es darum, das Unternehmen so gut wie möglich aufzustellen für diesen Wettbewerb. Und das ist für die SPÖ ganz offensichtlich etwas, was man nicht verstehen will. (Unverständlicher Zwischenruf) Naja 51 % Staat. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Wenn das Unternehmen neu aufgestellt werden soll, warum entzieht man ihm 49 %?") Weil man damit Wachstumschancen generiert für das Unternehmen, sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Wenn Sie das nach der voest-Privatisierung immer noch nicht verstanden haben, dann ist das halt sehr bedauerlich. (Beifall) Aber ich weiß schon, dass gerade bei der SPÖ eine sehr selektive - (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Man stärkt Unternehmen, indem man ihnen Geld entzieht! Eine sehr klare ökonomische!") Nein, es wird ja nicht Geld entzogen, ganz im Gegenteil, es wird ja nicht Geld entzogen. Ich muss mich jetzt ein bisschen beeilen, weil Sie ja meine Rednerzeit beschränken. Man hat ja auch der voest kein Geld entzogen, sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Aber Sie sehen das halt immer durch Ihre Brille. Es hat die Abgeordnete Jahn zuerst zum Konjunkturpaket gesagt, ja das war eine Bedingung für uns zur Zustimmung zum Landesbudget. Es ist halt nur eigenartig, dass das im September entwickelt wurde, dass das am 10. Oktober vom Landeshauptmann den Fraktionen dieses Hauses und auch den Parteiobmännern vorgeschlagen wurde, Sie sind dabei gewesen, Sie haben nur früher weggehen müssen. Ich bin da selber auch dabei gewesen. Und anschließend hat es die SPÖ zur Forderung erhoben. Das ist ja wirklich witzig. Aber es ist ganz offensichtlich etwas, wie die SPÖ - (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Sie haben da ein paar Gespräche mit dem Landeshauptmann übersehen!") Nein, überhaupt nicht. Glauben Sie mir, der informiert mich genauso. Das ist eine ganz eigenartige Vorgangsweise.

Und jetzt sage ich Ihnen, der Karl Fraiss hat es ja selber durch einen Versprecher allerdings, aber als Vergleich aufgedrängt, das ist die voest. Was haben Sie auch in diesem Haus nicht gewettert gegen die voest-Privatisierung. Nicht einmal Sie können heute bestreiten, dass dieser Börsegang erfolgreich gewesen ist. Die Zahlen dazu kennen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und erst jüngst hat der Herr Generaldirektor Eder angekündigt, angekündigt, er wird Gewinne dieses Unternehmens, die jetzt auf Rekordhöhe sind, investieren am Standort Oberösterreich, meine Damen und Herren, bis 2012 2.500 Arbeitsplätze schaffen. Also, wenn das kein Erfolg ist. Ich würde Ihnen wirklich empfehlen, so wie andere in Ihrer Partei diese grundsätzliche Linie einmal zu überdenken. (Unverständlicher Zwischenruf)

Ich zitiere Hannes Androsch, ein prominenter Sozialdemokrat, dem man auch Wirtschaftskompetenz zuschreibt. Er sagt: Grundsätzlich ist das nichts, wo man eine Drohkulisse aufbauen muss. Die Post hat eine erfolgreiche Restrukturierung hinter sich und ich teile die Ansicht des Postgenerals Wais, dass ein Börsegang diesen Weg unterstützt.

Führen Sie auch mit diesen Leuten einmal ein Gespräch, denn ich glaube, man muss die Sache nicht parteipolitisch anschauen, sondern in der Sache. Das was Sie bei der voest gemacht haben, das ist parteipolitisch motivierter Aktionismus gewesen damals.

Soll ich Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen, was Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter damals gesagt haben. Sie haben gesagt bei der voest: Diesen Wahnsinn müssen wir verhindern. Zehntausende Arbeitsplätze sind in Gefahr. Tausende Arbeitsplätze werden geschaffen. Das ist heute die Wahrheit. Das haben Sie noch gesagt im August 2003. (Beifall) Sie haben gesagt, eine russische Lösung bahnt sich an bei der voest, haben Sie im August 2003 als Schreckgespenst in den Raum gestellt. Überhaupt nichts davon wahr gewesen und das erinnert mich so frappant an diese Debatte von damals. (Unverständlicher Zwischenruf) Wissen Sie, was Sie noch gesagt haben? (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Ich weiß es sehr genau!") Sie haben gesagt, der voest-Verkauf an der Börse ist ein Wirtschaftsdebakel. Also da lachen ja ... (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Für die Republik Österreich war es auch eines!") Ganz und gar nicht. Das war einer der größten Erfolge, die wir in diesem Bereich jemals gehabt haben. (Beifall) Die voest-Aktie war noch nie so viel wert. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Wem gehören diese wertvollen Aktien?") Und es ist uns gegangen um die Zukunft des Unternehmens. Es ist um die Entwicklung des Unternehmens gegangen. Reden Sie mit der Geschäftsführung, die wird Ihnen bestätigen, das war die Grundlage für diesen Erfolg, den wir jetzt auch haben können. Wissen Sie, wem es zugute kommt? Denen, die zum Beispiel im Zuge der Mitarbeiterbeteiligung - (Unverständlicher Zwischenruf) auch wenn Sie immer dazwischen rufen, werden Ihre Argumente nicht besser (Beifall) - die Mitarbeiter, die beteiligt worden sind, die haben heute etwas davon. Der Standort Oberösterreich, wo tausende Arbeitsplätze geschaffen werden, der hat heute etwas davon.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Sozialdemokratie, auf diesem Auge sind Sie blind und da könnten Sie noch etwas aufholen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich erteile Herrn Klubobmann Steinkellner das Wort, bitte.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Also man müsste ja den Eindruck haben, wir entscheiden heute hier und jetzt ob der Privati-

sierung der Post, nachdem wir uns intensiv mit dem Eigentümer, mit dem Vorstand, mit der Belegschaftsvertretung, dem EU-Recht und Experten auseinandergesetzt haben, wie wir die Post für die nächsten Jahrzehnte ordentlich aufstellen. Es sind nur Experten hier. Ich war offensichtlich bei den Vorstandsgesprächen, Eigentümergesprächen und Belegschaftsvertretergesprächen nicht dabei, aber alle anderen, die das jetzt beurteilen können.

Ich verstehe es nicht ganz. Wir wissen doch alle miteinander, was in der Europäischen Union passiert. Und wir können es ja nachvollziehen. Schauen wir uns den Paketdienst an. Es kommt die Liberalisierung des Briefverkehrs. Also ist zu handeln. Jetzt sage ich, alle miteinander wissen wir in Österreich, dass weder die SPÖ der großen Koalition anno dazumal, noch die FPÖ, das BZÖ, die Grünen oder ÖVP eine Verantwortung für die Postliberalisierung auf europäischer Ebene hat. Sie kommt.

Wenn wir jetzt nicht aufpassen und das Unternehmen nicht ordentlich darauf vorbereiten, dann wird die Post ein Schicksal erleiden, dass sie Übernahmekandidat von irgendeinem Nachbarn sein wird. Das wollen wir verhindern. Wie verhindern wir das? Was wollen wir bewirken? Wir wollen ein starkes, tüchtiges, ordentliches Unternehmen. Wir wollen ordentliche gute Arbeitsplätze. Wir wollen eine gute Versorgung für unsere Kunden in allen Bereichen, nicht nur in den zentralen Lagen, sondern auch im Gebirge

Wie erreichen wir das? Indem, dass wir sagen, es muss alles verstaatlicht bleiben und dann machen wir ein Insidergeschäft? Wir verhandeln miteinander, anstelle dass Private vielleicht sehr wohl mit dem Besteller des Auftrages verhandeln, aber das kostet entsprechend.

Also wenn ich Belegschaftsvertreter beispielsweise der Post wäre, hätte ich ein großes Interesse, dass ein so genannter Raubritter beteiligt wäre, wie ihn Karl Frais bezeichnet hat als Beteiligter, damit der gegenüber dem Besteller, (Unverständlicher Zwischenruf) der eine Leistung verlangt auch diese Leistung ordentlich abgeltet. Weil es ist eine Grundvoraussetzung, dass ich überhaupt diese Leistung erbringen kann. Denn wenn ich verpflichtet werde, wirklich flächendeckend auch dort, wo also das Land nicht so dicht besiedelt ist, im Gebirge eine flächendeckende Zustellung sicherzustellen, dann muss das derjenige, der mir das vorschreibt, auch bezahlen. Und da ist es mir sehr recht, wenn ich einen starken Verhandlungspartner an meiner Seite habe. Wie war denn das früher? Früher ist quasi der Eigentümer, der gleichzeitig der Zahler war, auf dem Tisch gesessen und hat sich in den Spiegel geschaut und gesagt, wer bin ich denn heute? Zahle ich jetzt mehr oder zahle ich weniger? Das ist keine richtige Vorgangsweise und das würde dazu führen, dass irgendwann die Post wirklich Probleme bekommen würde.

Ich weiß, wir befinden uns bereits jetzt in einer Vorwahlkampfphase und man positioniert sich. Man glaube also das voest-Thema von 2003 mit der Post vielleicht für 2006 wiederum hochzuziehen und überlegt nicht sachlich, was dient dem Unternehmen, was dient der Belegschaft (Unverständliche Zwischenrufe Abg. Dr. Frais) und was dient dem Kunden? Weil um das geht es auch! Und jetzt weil die Entwicklung, die SPÖ hat ja gescheite wirtschaftspolitische Ansätze gehabt, und Gott sei Dank haben wir jetzt bei den Aktienkursen eine Situation, dass Böhler-Uddeholm ihren Wert vervierfacht hat, dass die Flughafenwerte verdreifacht wurden, dass die voest-Werte fast verdreifacht wurden. (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Dr. Frais) Alles wiederum - Moment einmal - alles wiederum eingeleitet bereits, eingeleitet bereits auch in der großen Koalition zuvor, wo genau festgelegt wurde zwischen Klima und Vranitzky, was alles privatisiert werden soll und warum es privatisiert werden sollte und Teilprivatisierungen vorgenommen werden sollten. (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Dr. Frais) Jetzt verstehe ich eines nicht mehr, jetzt wurde wirtschaftspolitisch von den Entschei-

dungsträgern auch der SPÖ, genau diese Maßnahmen sind, (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Wer sind die Nutznießer?") sind die Experten der SPÖ, sind die Experten Vranitzky und Klima, sind die alle falsch gelegen, weil sie gesagt haben, wir müssen uns vorbereiten. Sogar noch viel früher als jetzt diese Regierung! Und jetzt wird plötzlich so getan, wir sind nicht vorbereitet, es ist alles falsch, was gemacht wird.

Erich Haider, du weißt ganz genau, wenn jetzt bei der Post nicht gehandelt wird, wenn nicht dort ein faires Bestellersystem, (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Wenn wir nicht 49 Prozent des Kapitals entziehen!") Erich Haider, wenn dort nicht ordentlich verhandelt wird, dass derjenige, der einen Versorgungsauftrag bestellt, diesen auch ordentlich zu bezahlen hat, und das wird er nur dann machen, wenn er nicht mit sich selbst verhandeln muss, sondern mit jemanden anderen als Eigentümerversorger, dann gefährdest du das Unternehmen und gefährdest die Jobs, die damit verbunden sind. Deswegen ist die Vorbereitung notwendig, und jeder, der sich in diese Vorbereitung ohne wirtschaftliche Kompetenz, ohne Rücksprache mit den Entscheidungsträgern und Experten hier einmischt, tut der Gesellschaft wirklich nichts Gutes. Da kann ich wirklich nur sagen, Finger raus! Finger weg von der Post! Die sind gut aufgestellt, die sind gut vorbereitet und machen wir nicht ein politisches Spektakel wie im Jahr 2003 bei der voest jetzt mit der Post. Und dann irgendwann ist wieder die SPÖ in der Regierung und macht genau das, was Vranitzky bereits vor zehn Jahren eigentlich angekündigt hat. Gehen wir doch ein bisschen seriöser mit so wichtigen Gesellschaften um. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zur Beilage 803/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

Weiters wurde vom Herrn Schriftführer angekündigt, dass die Unterzeichner der Beilage 810/2006 im Rahmen ihres Antrags vorschlagen, diesen keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Es handelt sich in dieser Beilage um einen Initiativantrag betreffend Lärmvermeidung im Straßen- und Schienenverkehr. Es ist ebenfalls ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Und ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 810/2006 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Kollege Makor-Winkelbauer.

Abg. **Makor-Winkelbauer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der jetzt vorliegende dringliche Antrag betreffend der Lärmvermeidung im Straßen- und Schienenverkehr hat eine etwas längere Vorgeschichte. Und vielleicht auch aufgrund dieser längeren Vorgeschichte kann er in etwas weniger emotionalem Umfeld abgehandelt werden. Der jetzt vorliegende Antrag, der auf einen Antrag, den die SPÖ-Fraktion bei der letzten oder vorletzten Sitzung des Landtags eingebracht hat, dieser Antrag fußt auf diesen von uns eingebrachten Antrag, ist aber mittlerweile ergänzt worden um die jeweiligen Schwerpunkte und Anliegen der einzelnen Fraktionen, womit nunmehr ein Vierparteien-, ein gemeinsamer Antrag, vorliegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Straßenverkehr, der in Österreich die größte Lärmquelle darstellt, hat sich in den letzten zwanzig Jahren mehr als verdoppelt. Durch den Ausbau der Infrastruktur zur Befriedigung des steigenden Mobilitätsbedürfnisses der Menschen, hält der Lärm auch in bisher ruhigere Gebiete Einzug. Es wird geschätzt, dass in Ös-

terreich alleine durch den Straßenverkehr mehr als sechzig Prozent der Bevölkerung Lärmpegeln über den von der WHO festgesetzten und empfohlenen Grenzwerten für den vorbeugenden Gesundheitsschutz leben. Die Wirkung von Lärm ist vielfältig, jedenfalls aber bedrohlich und darf keinesfalls unterschätzt werden. Lärm verursacht Stress. Er stört den Schlaf, beeinträchtigt die Konzentration und Kommunikation und kann bei Kindern ein verringertes Lernvermögen oder zu einem geringeren Lernvermögen führen. Die Wirkung hängt unter anderem auch davon ab, wie die jeweilige Art des Lärms ganz persönlich wahrgenommen wird. Interessant vielleicht jene Tatsache, dass Personen befragt bei einem gleichen physikalisch gemessenen Lärmpegel, einen Fluglärm wesentlich bedrohlicher und einschränkender empfinden als etwa Schienenlärm, obwohl er physikalisch gleich laut ist, fühlen sie sich persönlich psychologisch vom Fluglärm wesentlich mehr beeinträchtigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Gesundheitsfolgen von zu hohem und dauerhaftem Lärm und Lärmpegeln sind sehr weitläufig. Es führt - und da gibt es eine Reihe von internationalen Untersuchungen und Gutachten - zu Schädigungen des Organismus, von Einschränkungen und Beeinträchtigungen des Herz-Kreislauf-Systems. Nur eine Zahl, es ist festgestellt worden, dass bei einer Dauerschallbelastung von etwa sechzig Dezibel das Risiko an einem Herzinfarkt zu sterben um zwanzig bis dreißig Prozent erhöht wird. Und eine Studie aus Berlin besagt, wenn der Lärmpegel noch etwas höher ist, dieses Risiko auf bis zu achtzig Prozent an einem Herzinfarkt zu sterben reichen kann. Aber auch die rein psychische Gefährdung der Gesundheit sollte angeführt werden. Das Fehlen der Konzentrationsmöglichkeiten und die Schlafstörungen mit all den negativen Konsequenzen, die sich daraus ergeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie hat sich denn der Lärm in den letzten Jahren entwickelt? Es ist eins der bestuntersuchten Gebiete, was den Lärm betrifft. Wir haben da eine Zeitreihe 1970: Das Ausmaß der Lärmstörung hat in den letzten Jahrzehnten zwar stark abgenommen, das lässt sich auf den technischen Fortschritt bei den Fahrzeugen und auch bei den Fahrbahnen zurückführen, aber aufgrund des zusätzlichen vermehrten Verkehrs ist der Rückgang des Lärms nicht in dem selben Ausmaß erfolgt, wie etwa der technische Fortschritt. Die Lärmquellen, und auch das ist eindeutig, werden von den Bürgern klar festgeschrieben. 75 Prozent der Lärmstörung geht vom Verkehr aus, und daher auch unser Antrag, jetzt gemeinsamer Antrag, weitere Schritte zur Lärmvermeidung und Lärmreduktion zu setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Antrag kommt auch jener Tatsache nach, dass es in Wirklichkeit EU-weit einheitliche Regelungen bezüglich der Lärmpegel geben sollte und auch dass die österreichische EU-Präsidentschaft in diesen Tagen, Wochen und Monaten auch für eine Offensive in dieser Richtung, dass es einheitliche europäische Grenzwerte, was den Fahrbahnlärm, den Schienenlärm betrifft, geben sollte. Danke sehr. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Lackner-Strauss.

Abg. **Lackner-Strauss:** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mich natürlich in diesem Dringlichkeitsantrag meinem Vorredner nur anschließen. Lärmvermeidung im Straßen- und Schienenverkehr ist die oberste Priorität in der oberösterreichischen Nachhaltigkeit, in der Strategie. Es geht um Lebensqualität und um die Gesundheit der oberösterreichischen Bevölkerung. Durch das Bundesumgebungslärmschutzgesetz wurde natürlich schon in den Jahren 1970 sehr viel zur Eindämmung und zur Minimierung des Verkehrslärms beigetragen, aber bei der Verringerung des Verkehrslärms gibt es aber noch ein hohes Forschungspotenzial. Und das ist mit Sicherheit noch nicht ausgeschöpft.

Und da gibt es noch viele Einsparungsmöglichkeiten auf der Straße und auf der Schiene. Eine österreichische Lösung würde aber sehr wenig oder beziehungsweise keine Eindämmung des Verkehrslärms bedeuten, da es kein regionales Problem ist, sondern ein europäisches - wie auch schon angesprochen. Und daher unsere Forderung, die Bundesregierung sollte im Rahmen der EU-Präsidentschaft den Forschungsauftrag als eine der zentralsten Themen raschest umsetzen. Und daher erkennen auch wir von der ÖVP die Dringlichkeit an. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich erteile Herrn Kollegen Hirz das Wort.

Abg. Hirz: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe schon in der vergangenen Landtagssitzung erklärt, dass ich die Initiative in Richtung Lärmvermeidung auf Oberösterreichs Straßen von Seiten des Landes für sehr wichtig halte. Verkehr ist der größte Lärmereger und Verkehrslärm kann krank machen, auch dann, wenn der Verkehrslärm selbst nicht als störend empfunden wird. Und mein Vorredner hat es schon aufgezählt. Wir haben Bluthochdruckrisiko, es gibt Stressfaktoren, wir haben Schädigungen des Gehörs. Wir haben vermehrte Krankenstände, wir haben ein zwanzig Prozent höheres Herzinfarktrisiko. Der VCÖ hat berechnet, dass volkswirtschaftlich die Schäden durch Verkehrslärm in Österreich pro Jahr in Folge von Krankheit sich auf 420 Millionen Euro belaufen. Das heißt, den Belastungen durch Verkehrslärm müssen wir deutlich etwas entgegensetzen. Derzeit wird sehr viel in Lärmschutzwände und Lärmschutzfenster investiert. Ich halte das auch für gut so, allerdings muss man dazu sagen, dass diese Maßnahmen sicherlich nur die zweitbeste Lösung sind. Denn die beste Lösung ist, den Lärm an der Quelle zu bekämpfen. Es geht erstens einmal - und das sage ich immer wieder und ich werde nicht müde, es zu tun - durch die Reduktion der Geschwindigkeit. Bei einem LKW zwanzig km/h weniger ist eine Lärmreduktion um drei Dezibel. Das bedeutet ein subjektives Empfinden der Halbierung des LKW-Verkehrs. Es geht natürlich in zweiter Folge um lärmarme Fahrbahnbeläge und natürlich auch um lärmarme Reifen. Das Reifengeräusch ist ja im Durchschnitt höher als das Motorengeräusch. Und es gibt diesbezüglich eine EU-Richtlinie, die Fahrzeuggrenzwerte für den PKW von 74 Dezibel und für Busse und LKW von 80 Dezibel festlegt. Die Reifen, die auf dem Markt sind und die unterhalb der von der EU geforderten Werte sind, sind bereits Stand der Technik. Es kann daher nur logisch sein, dass wir die Forderung erheben, dass die EU die Fahrgeräuschwerte der technischen Realität anpasst und dies möglichst rasch tut. Und dass wir die Bundesregierung auffordern von Seiten Österreichs hier aktiv zu werden und entsprechend diese EU-Richtlinien nachzubessern.

Ich bin sehr froh, dass auch noch hineingekommen sind die Bereiche der Eisenbahn. Denn diese Fahrgeräuschgrenzwerte betreffen die LKWs und den motorisierten Verkehr aber natürlich auch die Eisenbahn. Wobei man dazusagen muss, dass es hier nur EU-Richtlinien für den ICE und den DJW gibt. Das heißt, für den Güterverkehr haben wir gar keine Richtlinien. Und ich möchte darauf aufmerksam machen, dass das eigentlich das Hauptproblem ist. Also, nicht die schnellen Personenzüge sind die, die den Lärm machen, sondern eigentlich die schlechten und alten Güterwaggons. Und ich halte es für wichtig, dass man in diesem Bereich entsprechend aktiv wird. Sinnvoll wird es auch nur sein, wenn man die Möglichkeit hat, rechtliche Vorschriften - sei es jetzt von der EU, sei es vom Land, sei es vom Bund - auch entsprechend zu kontrollieren. Das heißt, man braucht auch entsprechende Kontrollmöglichkeiten. Was die Straße betrifft, liegt der Strafrahmen momentan bei 21 Euro. Das ist mit Sicherheit für einen großen Frächter nicht wirklich eine Abschreckmaßnahme, höchstens für die Fahrer und die können in diesem Fall eigentlich nichts dafür, weil die Reifen sie nicht einkaufen.

Ich denke, dass wir der Dringlichkeit letztes Mal nicht zugestimmt haben, damit wir jetzt einen Vier-Parteien-Antrag haben, der meiner Meinung nach mehr Gewicht hat. Und ich halte es für völlig richtig, dass wir von Seiten Österreichs und auch im Hinblick auf die EU-Präsidentschaft hier entsprechend europaweit aktiv werden. Wir werden der Dringlichkeit und natürlich auch inhaltlich dem Antrag zustimmen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Brunmair.

Abg. **Dr. Brunmair:** Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben diesem Antrag ja bereits unsere Zustimmung kundgetan und wir werden also diesem Antrag, so wie er vorliegt, mittragen, sowohl in der Dringlichkeit als auch inhaltlich. Ich möchte vielleicht schon darauf hinweisen, dass der Inhalt dieses Antrags oder die Diskussion, die zu diesem Antrag geführt hat, sehr wohl auch ein Ergebnis unserer mehrjährigen Forderung ist, über ein Gesamtverkehrskonzept in Oberösterreich zu diskutieren und er liegt ja jetzt vor und wird im Unterausschuss behandelt, dass also auch dieser Antrag und die vorgehenden Anträge, die wir ja bereits diskutiert haben, ein Teil dieser Grundsatzdiskussion sind. Und wir haben auch heute bereits, glaube ich, Konsens erzielt oder herausgehört, dass es also eine verkehrspolitische Grundsätzlichkeit sein muss, den Lärm primär zu vermeiden, und wo er nicht vermeidbar ist, an zweiter Stelle dann den notwendigen Lärmschutz, der ja auch viel Geld kostet, anzuwenden.

Wichtig für uns war auch also, dass Schienenverkehr - also geräuschreduzierte Eisenbahnwaggons und geräuschreduzierte oder lärmarme Züge, dass das also in diese Resolution hineingebracht wurde oder in dieser Resolution vertreten ist. Weil man schon auch ganz einfach erkennen kann, dass der Zug und Zugverkehr nachts in einem Viertelstunden-Takt oder Halbstunden-Takt, ich denke da an die Vororte von Linz, wo also die Westbahnstrecke durchgeht, dass das sehr wohl schlafstörend und auf lange Sicht gesundheitsstörend und gesundheitsschädigend sein kann, dass das vielleicht doch eine wesentlichere Rolle spielt, wie ein etwa niedrigerer Dauerlärmpegel, wenn sozusagen im gewissen Zeittakt eben Lärm durch einen vorbeifahrenden Zug auftritt und das also die Nachtruhe empfindlich stört. Daher sehr wichtig, dass also auch der Schienenverkehr in unsere Resolution bezüglich Lärmvermeidung im Straßen- und Schienenverkehr hineingekommen ist.

Eines vielleicht auch noch über die Diskussion oder die Problematik lärmarmen Straßenbeläge, da möchte ich ein bisschen in die Vergangenheit blicken, und ich war selber ein Betroffener auf der Innkreisautobahn. Als damals die Innkreisautobahn gebaut wurde, hat man auf Versuchsstrecken versucht, also streckenweise verkehrsarmen oder verkehrsreduzierenden Asphalt aufzuziehen. Das hat wieder eine ganz gravierende Nebenwirkung gehabt, dass das im Winter zu Problemen geführt hat. Da war es sozusagen zwischen Ried und Wels so, dass man zehn Kilometer freie Straße, zehn Kilometer Glatteis, zehn Kilometer Unsicherheit gehabt hat, ob es glatt ist oder nicht, also dass das in der Verkehrssicherheit wieder eine große Rolle gespielt hat, weil offensichtlich die damalige Form eines lärmarmen Asphaltes wieder das Problem mit sich gebracht hat, dass man sozusagen hier im Winter und bei Schnee und Eis ein riesen Problem hatte und das nicht beseitigen konnte.

Und in diesem Sinne werden wir also diesem Antrag, der darauf abzielt, den Lärm durch Straßen- und Schienenverkehr zu reduzieren, werden wir diesem Antrag zustimmen. Es ist eine Notwendigkeit für unsere Bürger, nachdem Österreich im Herzen Europas, im Kreuzungsbereich Europas liegt, dass wir uns dieses Themas heute und in Zukunft sehr genau annehmen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zur Beilage 810/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Weiters wurde angekündigt, dass die Unterzeichner der Beilage 805/2006 im Rahmen ihres Antrags vorschlagen, diesem keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Es handelt sich dabei um den Initiativantrag betreffen den "Global Marshall Plan", es ist ebenfalls ein Geschäftsbeschluss notwendig. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 805/2006 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Dr. Frais.

Abg. Dr. Frais: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Nach dem vor 14 Tagen, glaube ich, in der Landesregierung für den "Global Marshall Plan", von Oberösterreich als erstem Bundesland ausgehend, die Unterstützung beschlossen worden war, war es für uns auch sehr, sehr klar, wenn man sich die Zielsetzungen, die Aufgaben anschaut, dass das "nur" eine bewusstseinsbildende Aufgabe des Landes Oberösterreich im Hinblick auf die gesamte Zielerfüllung sein kann, dass es aber unwahrscheinlich wichtig ist, möglichst auf allen Ebenen, auf allen oberen Ebenen die richtigen Entscheidungen herbeizuführen. Wenn man sich vorstellt, wie groß die Ziele sind. Ich mache es kurz: Die Millenniumsziele bei der Halbierung der Anzahl der Personen, deren Einkommen weniger als einen Dollar pro Tag beträgt, beträgt zur Zeit noch mehr als eine Milliarde, Förderung von Gleichstellung unter größerem Einfluss der Frauen, Senkung der Kindersterblichkeit, substantielle Verbesserung bei Gesundheit, die sozialen und ökologischen Standards weltweit zu erreichen. Gleichzeitig ist dafür ein Finanzierungsinstrument vorgesehen, über das man noch diskutieren kann. Wenn ich nur daran denke, eine Tobin-Tax ist nichts Neues, aber wer weiß, was das jetzt bislang für Schwierigkeiten verursacht hat und auch nicht gelungen ist, weil die USA immer erklärt haben, man weiß nicht, wie man das Geld dann verteilen sollte. Daran ist auch die Tobin-Tax weitgehend gescheitert. Deshalb ist es notwendig, diese Frage auf europäischer Ebene anzugehen. 150 führende Staaten haben sich zu den Millenniumszielen bekannt, wir bekennen uns ebenfalls zu einer ökosozialen Marktwirtschaft.

Ich habe es heute auch bereits gesagt, es ist auch eine Auseinandersetzung mit dem neoliberalen System damit verbunden. Das ist eine klare Aussage und auch eine klare Ansage, deshalb habe ich heute auch den Papst zitiert, weil mir an sich seine Bezeichnung aus seiner Enzyklika heraus sehr gut gefallen hat und auch ein klares Bekenntnis war. Weil wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt nicht nur so quasi gute Miene machen können, sondern wir haben derzeit die Chance, durch die EU-Ratspräsidentschaft alle Möglichkeiten auf diesem Sektor anzugehen und zu intensivieren. Deshalb lautet auch unser Vorschlag, diesen "Global Marshall Plan" im Rahmen der EU-Präsidentschaft so gut als möglich zu initiieren, klare Umsetzungspläne, Strategien usw. anzugehen und nach Ende dieser Präsidentschaft auch einen Bericht darüber dem Landtag zu geben, wo sind Schwierigkeiten zu erwarten, wo ist man weiter gekommen, wo gibt es unter Umständen größere Probleme. Aber ich denke, dass es notwendig ist, diese führende Chance in dieser Präsidentschaft für diese Maßnahmen zu nutzen. Ich bedanke mich bei der ÖVP und den Grünen, dass Sie diesem Antrag auch sehr rasch zugestimmt haben und ihn mitzutragen. Ich glaube, dass es zumindest der richtige Schritt ist zu einer Veränderung in dieser Gesellschaft. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Brunner.

Abg. **Brunner:** Sehr geschätzte Frau Präsidentin, sehr geschätzte Kollegen und Kolleginnen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir leben heute in einer sehr schnelllebigen Zeit, es ist jeder Mensch in unserem Land davon betroffen, jedes Dorf, jede Stadt, jede Gemeinde, und Globalisierung ist das Schlagwort schlechthin, das uns alle beschäftigt, und für viele Menschen ist dieser Begriff negativ besetzt. Wir wissen alle, Globalisierung heißt noch mehr Marktöffnung Europas zu Gunsten der neuen Märkte. Ich denke da ganz speziell an China, die neuen Superwirtschaftskräfte Indien, Südamerika. Viele Menschen in unserem Land fürchten sich vor diesen Märkten und fürchten sich vor dem Arbeitsplatzverlust oder vor dem, dass Unternehmen gefährdet werden. Viele glauben heute noch, man könne den internationalen Trend stoppen, indem man Schutzzölle und Handelsbeschränkungen einführt. Tatsache ist aber, wir können uns von den weltweiten Entwicklungen nicht abkoppeln, das würde vielmehr bedeuten, dass wir unsere Wirtschaftsstärke verlieren und am weltweiten Handel nur mehr begrenzt teilnehmen können. Wir brauchen daher Konzeptionen und Vorschläge, um diese Herausforderung annehmen zu können, wenn wir es richtig machen, dann haben wir große Chancen, wir müssen das Thema richtig besetzen, und wir müssen Lösungen offen aussprechen. Da ist der "Global Marshall Plan" eine Maßnahme in den vielen Chancen, die notwendig sind, daher sind wir auch dafür, dass von Seiten der Fraktion der ÖVP, dass wir diesen Antrag unterstützen, und wir stimmen von Seiten der ÖVP der Dringlichkeit zu. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich kann meinen beiden Vorrednerinnen nur Recht geben, Globalisierung braucht einen Rahmen, Globalisierung ist für uns in Oberösterreich eine neue Chance. Wie eben zum Beispiel für unsere Wirtschaftsbetriebe, der Zugang für internationale Märkte wird ja auch schon genützt, gerade von sehr innovativen und engagierten Betrieben. Aber sie ist auch eine große, große Herausforderung, weil in einem ungezügelter Wettbewerb drohen einfach ganz klar ökologische und soziale Standards unter Druck zu geraten, genau hier müssen wir ansetzen. Die Initiative "Global Marshall Plan" für eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft zielt genau auf diesen Ordnungsrahmen im Bereich ökosozialer Themen ab. Ich glaube, hier haben wir die Möglichkeit, diesen nicht zu unterstützen, sondern Globalisierung auch zu gestalten. Es geht nicht darum, etwas zu verhindern, sondern zu gestalten, dass es für uns alle zum Wohle ist, Friedenssicherung, marktwirtschaftliche Sicherung für alle Bereiche in der Welt.

Wir Grüne stehen daher voll hinter den Zielen des "Global Marshall Plans". Wir wollen aber nicht nur reden. So wie es der Klubobmann Frais schon angekündigt hat, es geht nicht nur ums Reden, sondern wir müssen auch handeln. So war es auch auf Betreiben der Grünen in der Landesregierungssitzung am 16. 1. 2006, dass es die einstimmige Unterstützung, das freut uns ganz besonders, die einstimmige Unterstützung beschlossen wurde, hier diesen "Global Marshall Plan" von Oberösterreich aus mitzutragen und zu unterstützen. Schon am 23. Jänner 2006, also diesen Montag, hat es ein Aktionsprogramm gegeben, was auch wieder einstimmig beschlossen worden ist. In diesem Aktionsprogramm, das sich einerseits einmal auf eine ganz klare lokale regionale Ebene stützt. Wir können nicht immer nur delegieren und sagen, die anderen sollen es machen. Eine klare Stärkung der Region, Stärkung der Mitbestimmung der Region, ist zum Beispiel die Initiative, die Methode "Lokale Agenda 21". Hier gibt es spannende Projekte, die in den 70 "Lokale Agenda 21"-Gemeinden und auch drei Regionen genau diese Nachhaltigkeit im Bereich des Sozialen und der Ökologie hier bearbeitet werden. Bei einem Treffen in dieser Woche konnten sich einige Abgeordnete auch überzeugen, welche innovativen Projekte hier genau auf dieser regionalen, kommunalen

len Ebene gemacht werden. Professorin Dyk hat auch klar unterstrichen, welche Möglichkeiten, welche Kompetenzen die Gemeinden auch in diesem Bereich haben, um hier gerade diese sozialen Netzwerke zu stärken und die Verbindung mit den Menschen zu suchen. Es wird Netzwerke geben, Unterstützung für Netzwerke, für Weiterbildung, klar ist es auch immer wichtig, die Menschen zu sensibilisieren, zu mobilisieren. Es ist schwer zu vermitteln, was ist der "Global Marshall Plan", was wollen wir damit, was können wir damit? Aber auch die regionalen Strukturen zu stärken, in dem wir sagen, Wirtschaftskreisläufe bleiben in der Region, regionale Produkte zu kaufen ist eine Maßnahme, genau um diese Regionen zu stärken und nicht immer nur in den Wettbewerb hinauszuschicken, ohne eine wirklich klare Vor-Ort-Stärkung zu haben.

Natürlich sind auch auf einer zweiten Ebene nicht nur der regionale Bereich und lokale Bereich in Oberösterreich zu sehen, sondern gerade auch die Initiative zu ergreifen, andere europäische Regionen noch mit einzubinden. Oberösterreich kann wieder führend sein, hier genau am Beispiel auch der Regionen, die sich zur Gentechnikfreiheit verpflichtet haben, hier wieder ein Motor zu sein, um diese regionalen, überregionalen Initiativen zu ergreifen.

Die dritte Ebene ist, und darum stimmen wir auch natürlich der Dringlichkeit dieses Antrages und der inhaltlichen Position zu, ist es, eine Initiative für die Bundesregierung zu setzen. Hier ist die Dringlichkeit gegeben, dass das auch der Landtag beschließt. Von der Landesregierung wird heute die Initiative auf Bundesebene ergriffen, dass diese gerade in der EU-Präsidentschaft diesen Rahmen nutzen, hier den "Global Marshall Plan" vermehrt zu unterstützen, also Dringlichkeit und inhaltliche Zustimmung, Ja. Ich danke, dass alle Fraktionen hier im Oberösterreichischen Landtag diesen Initiativen mitstimmen, diesen Aktivitäten, die wir in Oberösterreich planen und auch auf Bundesebene mittragen werden. Hier bin ich zuversichtlich, dass wir eine gute Struktur schaffen, einen guten Ordnungsrahmen, damit die Globalisierung bei uns gezähmt ist und wir dem was entgegensetzen können. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Letzter Redner zur Dringlichkeit ist Herr Klubobmann Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das Papier zum "Global Marshall Plan" sieht unter anderem vor, der "Global Marshall Plan" inkludiert in seinem Konzept implizit die 0,7 Prozent-Verpflichtung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und ausdrücklich das Programm der Millennium Development Goals. Was heißt das? Wir haben schon einmal und mehrfach darüber diskutiert, grundsätzlich bin ich wirklich bereit, das zu unterstützen. Ich halte es einfach für nicht korrekt bei der ersten Sitzung nach dem oberösterreichischen Budget, wo es an und für sich um 200 Millionen Euro, ich habe es bereits im Jahr 2005 vorgerechnet, wie man auf die 200 Millionen Euro für Oberösterreich kommt, wenn wir bundesweit die 0,7 BIP einführen, bezahlen. Wir fassen jetzt einen Beschluss, weil wir es nicht bedecken müssen und sagen, wir unterstützen genau das alles implizit 0,7 Prozent, eigentlich 200 Millionen Euro aus unserem Landesbudget. (Zwischenruf Abg. Präsidentin Eisenriegler: "Da sind wir noch weit davon entfernt!") Da sind wir noch weit davon entfernt, aber ich möchte auch hier eine ehrliche Vorgehensweise, das ist nicht korrekt, zuerst Budget, da ist nichts vorgesehen, nächste Sitzung, da machen wir wieder eine Resolution, geben wir 200 Millionen Euro für etwas aus, das nicht bedeckt ist. Punkt Eins.

Punkt Zwei. Frau Kollegin Brunner, Schutzzölle sind sicher kein Allheilmittel, weil natürlich das europäische Wirtschaftswachstum heute zu 50 Prozent vom chinesischen Wirtschafts-

wachstum abhängig ist. Wenn es darauf ankommen sollte, ist mir die europäische Volkswirtschaft und der Arbeitsplatz in Europa wohl wichtiger als der Arbeitsplatz irgendwo in der Ferne, der möglicher Weise zu Bedingungen noch überhaupt stattfindet, die wir nicht wollen. Amerika hat mit Schutzzollpolitik bedauerlicher Weise auf Kosten Europas lange Zeit gut verdient und Arbeitsplätze geschützt. Europa ist aufgrund der unterschiedlichen Interessenslage zwischen Frankreich, Großbritannien, Deutschland und anderen Ländern bis jetzt nie in der Lage gewesen, ihre Wirtschaftskraft auch hinsichtlich Schutzzölle auszureizen. Ich sage nur, 32 Millionen Arbeitslose könnten sehr wohl eine Warnung sein, dass man überhaupt einmal darüber nachdenkt, vielleicht auch einmal einen Schutzzoll gegenüber gewissen Produkten, gegenüber gewissen Ländern auf europäischer Ebene einzuführen, um auch hier Maßnahmen zum Schutz unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu überdenken. Also grundsätzlich abzulehnen halte ich einfach für falsch.

In der gesamten Entwicklungszusammenarbeit, das ist deswegen für mich ein besonderes Anliegen, weil ich mich fast 20 Jahre damit auseinandersetze, finde ich einfach die Vergleichszahlen nicht fair. Es wäre so wünschenswert, dass Partnerregionen wirklich partnerschaftlich mit anderen Regionen zusammenarbeiten würden, ohne dass man gleich quasi imperialistische Zielsetzungen des Wirtschaftserfolges mit hinein rechnet. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Wie denn durchsetzen?") So lange genau das der Fall ist, dass die Vergleichszahlen, wo einzelne Länder aufgrund von Wirtschaftsentwicklungen für ihr eigenes Land Entwicklungshilfe da hineinrechnen, bis hin zu Gütern, die wir gar nicht ausführen dürfen aufgrund des Neutralitätsgesetzes, die so genannte Zusammenarbeitshilfe in Entwicklungsbereichen hineinrechnet, ist auch die Darstellung und die Vergleichbarkeit nicht in Ordnung. Wir sollten das nicht dringlich, sondern intensivst beraten.

Jetzt noch etwas zur EU-Ratspräsidentschaft. Jeder, der hier herinnen über das Thema redet, weiß, dass die Tagesordnung der jeweiligen Ministerratssitzungen vor ein bis drei Jahren für die jetzige Zeit aufgestellt wurden. Viel Glück, ich freue mich, wenn die Frau Außenministerin oder wer auch immer darüber berichtet, welche Initiativen hier gesetzt wurden. Möglicherweise gibt es einen Bericht, dass im Jahr 2008 bei einer EU-Präsidentschaft, die ich jetzt nicht nachvollziehen kann, wer dran ist, möglicherweise dieses Thema tatsächlich auf der Tagesordnung ist. Ich sage nur, auch hier sollten wir einen Umgang miteinander pflegen, der so weit seriös ist, dass man es weiß, dass die Tagesordnung für die jeweiligen Ministerratssitzungen schon jeweils lange abgeschlossen ist, schon längststens der Tagesordnungsort feststeht, genau das war die Einflussosphäre jetzt für Österreich, alles andere bitte jetzt gar nicht mehr verändert werden kann. Deswegen sehe ich mit Spannung dem Bericht der Bundesregierung entgegen, weil ich aber der Ansicht bin, dass wir das intensiver diskutieren sollten, bin ich gegen die Dringlichkeit. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich schließe die Wechselrede und komme zur Abstimmung. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zur Beilage 805/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, diese ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

Wir kommen zu Beilage 806/2006. Hier wurde ebenfalls vorgeschlagen, dass diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen ist. Es handelt sich dabei um einen Initiativantrag betreffend die Stärkung der regionalen Selbstbestimmungsmöglichkeiten im Sinne des europäischen Subsidiaritätsprinzips. Es ist ein Geschäftsbeschluss notwendig, und ich eröffne

über den Antrag, dass der Beilage 806/2006 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Kapeller.

Abg. Kapeller: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem heutigen Initiativantrag versuchen wir noch einmal auf die Wichtigkeit und Dringlichkeit für die Stärkung der regionalen Selbstbestimmungsmöglichkeiten innerhalb der EU hinzuweisen und laden Sie ein, dass Sie unserem Antrag die Dringlichkeit und die Zustimmung geben. Wir machen diesen neuerlichen Versuch noch einmal, obwohl wir bereits in einem Unterausschuss darüber beraten haben und zur Kenntnis nehmen mussten, dass die Mitglieder der Oberösterreichischen Volkspartei und die Grünen damals die Auffassung vertraten, dass die damalige Vorlage nicht aktuell und bereits alle Möglichkeiten ausgeschöpft seien. Natürlich freut es uns, dass es aufgrund unserer bisherigen Aktivitäten und Anträgen zu eine Enquete des Oberösterreichischen Landtags im heurigen Jahr kommen wird, trotzdem haben wir heute wieder diesen Initiativantrag gestellt, weil wir diese Thematik als sehr dringend ansehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erst vor wenigen Tagen veröffentlichte der Kurier das EU-Euro-Barometer für Österreich, welches im Auftrag der EU-Kommission in Auftrag gegeben wurde, in den Bundesländern höchst unterschiedliche Teilergebnisse auswies. So halten 59 Prozent der Salzburger die EU-Mitgliedschaft für eine gute Sache und stehen damit bei dieser Frage an der Spitze aller Bundesländer. In Oberösterreich sind es nur noch 25 Prozent der Bevölkerung, die die EU-Mitgliedschaft für eine gute Sache halten, Oberösterreich steht damit nach dem Burgenland und der Steiermark am traurigen Schluss der Bundesländer. Geht man vor allem bei wirtschaftlichen Themen ins Detail, zeigt sich gerade in Oberösterreich eine große EU-Skepsis. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Obwohl wir die großen Nutznießer sind!") Meine sehr verehrten Damen und Herren, es sind daher, Kollege Trübswasser, dringende Maßnahmen notwendig, so wird im EU-Weißbuch der österreichischen EU-Präsidentschaft 2006 als eine der Zielsetzungen festgehalten, dass das Vertrauen der Bürger in das Europäische Projekt neu zu festigen ist, und man kann in diesem Papier immer wieder von der notwendigen Bürgernähe lesen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bereits in den Gründungsverträgen der Europäischen Gemeinschaft und der Union wurde das Prinzip der Subsidiarität verankert, gerade damit soll gewährleistet werden, dass möglichst viele Entscheidungen auf der untersten politischen Ebene und dadurch bürgernah getroffen werden. Ich glaube, dass es gerade diese notwendige Bürgernähe aber derzeit nicht gibt. Am 29.11.2005 fand in London die zweite Konferenz des Ausschusses der Regionen statt. Sie alle haben das Protokoll ja bekommen und konnten nachlesen, dass dort auf Grund der Diskussion der Vorsitzende Dr. Franz Schausberger zu folgenden Schlussfolgerungen kam, welche auch in diesem Protokoll festgehalten wurden. Und ich möchte daraus drei Punkte zitieren.

Erstens: Die Teilnehmer unterstreichen, wie wichtig es in der derzeitigen Phase des Nachdenkens und mit Blick auf die Fortsetzung des Verfassungsprozesses ist, in Europa auf allen Ebenen eine echte Subsidiaritätskultur zu schaffen und auf diese Weise zu verdeutlichen, dass die Legitimität des gemeinschaftlichen Handels auf Bürgernähe beruht.

Zweitens: Die Teilnehmer plädieren dafür, das Regieren auf mehreren Ebenen in Europa durch kräftige Impulse zu fördern, und fordern sämtliche Gemeinschaftsinstitutionen auf, stärker dezentral zu arbeiten und dabei das Subsidiaritäts- und das Verhältnismäßigkeitsprinzip, die für alle subnationalen Ebenen gelten müssen zu achten, sowie zu achten, dass die in den Regionen und kommunalen Gebietskörperschaften verkörperte Bürgernähe zu mehr Akzeptanz von Politikern und Rechtsakten beitragen wird.

Und der dritte Punkt aus dem Protokoll, das ich zitieren möchte, lautet: Es wird die Initiative der bevorstehenden österreichischen Ratspräsidentschaft begrüßt, dass am 18. und 19. April 2006 in St. Pölten eine Konferenz über die Subsidiarität einberufen wird, die die drei Segmente der nationalen und regionalen Parlamente, die Rechtsanwendungen und die Rolle der Kommunen behandeln wird. Und es wird auch die Einbeziehung des Ausschusses der Regionen in die Vorbereitungen und die Durchführung der Konferenz begrüßt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Hinblick auf diese Konferenz soll sich Oberösterreich besonders dieses Themas annehmen und dafür eintreten, dass es in den Regionen gestattet wird, in bestimmten Bereichen Marktregulative einzuziehen, welche natürlich weder benachteiligend gegenüber EU-Ausländern noch unverhältnismäßig in der Marktbeschränkung sein dürften. Uns geht es darum, dass politisch gewollte und von einer großen Mehrheit der Bevölkerung getragene Standards abgesichert werden können. Daher sind wir der Meinung, dass die Oberösterreichische Landesregierung ein Konzept erarbeiten soll, welches zur Stärkung der regionalen Selbstbestimmungsmöglichkeiten innerhalb der EU führt und einen Katalog erarbeitet, welcher neben Themen wie Gentechnikfreiheit und Atomstromverzicht jene Aufgaben anführt, die der Daseinsvorsorge zuzuzählen sind.

Nachdem die Konferenz bereits im April in St. Pölten stattfindet, ist es besonders dringend, die oberösterreichischen Position zu erarbeiten, oder wie es in der Sitzung vom 16. November der Ausschuss der Regionen formulierte und betonte, dass gerade die Vertreter der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, die den Bürgern besonders nahe sind, hier einen entscheidenden Beitrag auch in Form von Vorschlägen und Initiativen leisten können. Ich ersuche Sie daher, unserem Antrag die Zustimmung zu geben. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich bedanke mich. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Schürrer.

Abg. **Schürrer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem Dringlichkeits- bzw. Initiativantrag folgende Stellungnahme dazu. Wir werden dieser Dringlichkeit zustimmen, aber inhaltlich aus bekannten Gründen, und ich werde es noch einmal wiederholen, inhaltlich nicht zustimmen können, weil wir ja diesen Antrag schon, wie Helmut Kapeller es auch erwähnt hat, zum dritten Mal vorliegen haben.

Wir haben den ersten Antrag 2004 gehabt. Dort war die Frage, wie weit die Verhandlung über die neue Verfassung der EU fortgeschritten ist. Damals war der Prozess mitten im Gange. Und dann war der Prozess an sich abgeschlossen, und es kam dann zu diesen Referenden in den einzelnen Ländern. Wir haben dann diesen Unterausschuss abgehalten, wie von der SPÖ auch gewünscht. Wir haben auch auf den Wunsch hin, und ich habe das auch für sehr gut befunden, und wir haben ja alle vier Parteien unterstützt, diese Enquete zu machen, um zu wirklich brennenden Themen in der EU auch aus rechtlicher Sicht, soweit wir als Landtag auch gewisse Rechte haben, uns mit diesem Thema auseinander zu setzen. Ich habe das für sehr gut befunden. Ich glaube, dass das ein sehr guter Weg ist, mit den Parlamentariern aus unserem Bundesland oder aus Österreich über diese Themen zu diskutieren. Weil die haben ja schließlich und endlich auch die Aufgabe, unsere Interessen, in Brüssel oder wo auch immer, im Europäischen Parlament zu vertreten.

Und der zweite gleichlautende Antrag von der SPÖ war dann bei der letzten Ausschusssrunde eine Debatte. Wir haben das dort debattiert. Wir sind inhaltlich natürlich wieder nicht zu einer Einigung gekommen, weil uns auch der Verfassungsdienst dementsprechend erklärt

hat und auch festgestellt hat, dass wir dem Wunsch oder diese Arbeit so nicht durchführen können. Wir haben dann vorgeschlagen, dass wir die nächste Enquete im heurigen Jahr, die wir ja festgelegt haben gemeinsam, zu diesem Thema Subsidiarität ausrichten, um Selbstbestimmung, wie immer man das sieht, ich halt das auch für sehr sehr sinnvoll, um uns darauf vorzubereiten. Ich habe zu einem Arbeitskreis eingeladen, der natürlich, jetzt kann man sagen, wie du Karl Fraiss im Ausschuss gesagt hast, der ist nicht rechtskonform, er widerspricht aber auch nicht unseren Gepflogenheiten, sodass es sehr sinnvoll gewesen wäre und ist, eine politische Runde mit Experten aus dem Verfassungsdienst, und die Frau Präsidentin hat auch zugesagt selbstverständlich, weil sie für die EU-Enquete als Präsidentin hauptverantwortlich ist, einzuladen. Es haben alle jetzt zu diesem Arbeitskreis am 31. Jänner zwischen 9 Uhr und 10.30 Uhr zugestimmt. Vielleicht kann man, Karl Fraiss, doch auch noch zu deinem Mitarbeiter aus dem Landtagsklub einen Abgeordneten dazu tun. Es ist aus allen anderen Fraktionen ein Vertreter dabei. Ich würde dich ersuchen, und ich lade noch einmal herzlich ein.

Und abschließend vielleicht noch ein paar Worte, wie es heute auch schon angesprochen worden ist. Das ist die Frage der Zustimmung zur Europäischen Gemeinschaft, dass die in Oberösterreich gerade schlecht ist und Österreich überhaupt ein Schlusslicht ist. Womit hängt das zusammen? Ich habe mir schon gedacht, Karl Fraiss, dass man bei aller Diskussion, die wir in politischen Gremien führen, auch die Verantwortung übernehmen sollte und nicht dem Bürger quasi Verunsicherung vermitteln sollte. Weil es ist schon sehr spannend, wenn Oberösterreich als Schlusslicht bei der Akzeptanz bei der Bevölkerung da steht, was ich gar nicht wirklich glaube, aber den größten Nutzen aus der Europäischen Gemeinschaft zieht, dann widerspricht das einfach.

Ich glaube, wir haben Handlungsbedarf, dass wir nach außen hin klar machen, dass wir als politische Vertreter diese Aufgabe zu übernehmen haben. Der Bürger, Karl, ist überfordert. Weil wir selber, und du weißt es ganz genau, Karl, dass wir (Zwischenruf Abg. Dr. Fraiss: "Um das geht es ja bitte!") eh, aber das ist ja auch öffentlich. Und die medialen Berichte zeugen ja auch nicht gerade davon, dass man sagt, was alles schlecht ist in der EU, dass der Bürger dann verunsichert wird. Ich glaube, dass wir es dem Bürger schuldig sind. (Zwischenruf Abg. Dr. Fraiss: "Dann zitiere einen Satz von mir, wo ich gegen die EU was gesagt habe!") Karl, ich sage da jetzt nichts dazu. (Zwischenruf Abg. Dr. Fraiss: "Dann nimm das bitte zurück!") Nein, das kann ich so nicht zurücknehmen. Es geht um die Frage der Verunsicherung, dass man nach außen hin dort oder da und über Medien die Menschen verunsichert. (Zwischenruf Abg. Dr. Fraiss: "Mit der Subsidiarität wird verunsichert!") Ja, mit der Dienstleistungsrichtlinie, da sind doch alle überfordert draußen. (Zwischenruf Abg. Dr. Fraiss: "Die sind ja nicht betroffen davon!") Eh, das stimmt schon. Aber wir haben die Aufgabe als Politik mitzuhelfen, dass der Bürger versteht, was darunter gemeint ist, und nicht, dass man Ängste schürt um die Daseinsvorsorge und lauter solcher Sachen. (Zwischenruf Abg. Dr. Fraiss: "Das sind EU-Begriffe!") Ich bin dafür, dass wir uns mit dem Thema auseinandersetzen. Und ich glaube, wenn wir sie dementsprechend da machen, wo sie hingehört, und dem Bürger vermitteln, dass dieses Friedenswerk Europa ein enorm wichtiges ist mit all seinen Problemen, mit all seinen Schwierigkeiten, aber wir trotzdem auch eine Gemeinschaft haben, in der wir zusammen arbeiten müssen, wo halt manches auch gemeinschaftlich geregelt wird, weil sonst funktioniert es nicht, dann glaube ich, dass die EU nicht mehr so skeptisch gesehen wird. Vor allem nicht von der Jugend, weil die Jugend große Chancen in der Europäischen Union sieht. Und ich glaube, auf diesen Weg sollen wir uns machen. Und ich lade noch einmal ein, an diesem Arbeitskreis teilzunehmen, um eine gute Enquete vielleicht noch im ersten Halbjahr durchführen zu können. Und ich weise noch einmal drauf hin, dass wir zwar der Dringlichkeit zustimmen, aber dem Antrag selbst nicht zustimmen können. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Aspöck.

Abg. Ing. Aspöck: Sehr geehrte Frau Präsidentin, hoher Landtag! Wenn man sich diesen Antrag der SPÖ näher betrachtet, dann ist der Schluss nicht reif, dass man sagen muss, im Herbst haben wir wieder Wahlen. Und die Sozialdemokraten entdecken wieder die Österreicherinnen und Österreicher. Das war schon öfter so bei der SPÖ. (Zwischenruf Abg. Prinz: "Das habt Ihr vergessen!") Denkt man zurück an 1995, da war die SPÖ glühender Propagandist für den EU-Beitritt, und viele von hier, und viele aus dem Oberösterreichischen Landtag können sich erinnern auf den Ederer-Tausender, auf Versprechungen, dass alles billiger wird, (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Das ist das Gemeinschaftsrecht, das ist Subsidiarität!") anstatt dessen ist der Euro ein Teuro geworden. Die Osterweiterung, die Kriminalität, das Asylproblem, wir haben natürlich massive Verschlechterungen auf Grund dieser Situation, (Zwischenruf Abg. Prinz: "Nein, das ist Schwarz-Blau!") dass wir jetzt zehn Jahre oder elf Jahre jetzt schon der EU beigetreten sind.

Kaum sinkt die Sympathie in der Bevölkerung in Sachen EU, der Herr Kollege Kapeller hat es schon gesagt, das EU-Barometer ist im Sinken begriffen, nur mehr ganz wenige in der Bevölkerung sind positiv gestimmt in Sachen EU, und kaum sinkt dieser Anteil, macht die SPÖ schon eine Hundertachtziggradwendung. Aber ich sage dazu, es ist nie zu spät, gescheiter zu werden. Zu dem Thema möchte ich schon sagen, einzig und allein war die Freiheitliche Partei diejenige Partei, die die Fehlentwicklungen in der EU ganz klar immer aufgezeigt hat. Und erinnern Sie sich doch an letztes Jahr. Letztes Jahr war die Abstimmung im Nationalrat, im Parlament, wo es um die Ratifizierung der Europäischen Verfassung gegangen ist. Einzig und allein die freiheitliche Abgeordnete Barbara Rosenkranz hat sich dagegen gestellt und hat gesagt, (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Wir wollen aus der EU austreten!") wir lassen das Volk entscheiden. Aber, so ist es halt einmal, man macht da Bocksprünge bei der SPÖ. Grundsätzlich möchte ich sagen, wir werden uns diesem Antrag der Dringlichkeit und dem Inhalt des Antrages natürlich anschließen, weil es wirklich wichtig ist, dass wir hier etwas machen und nicht nur bei Sonntagsreden den Menschen Sand in die Augen zu streuen und dann in den Gremien, in den vier Wänden hinter verschlossenen Türen dann wieder irgendwo packeln. Das ist für uns der falsche Ansatz.

Deshalb mache ich auch den Sozialdemokraten einen Vorschlag. Wir unterstützen euch bei diesem Antrag in der Dringlichkeit und im Inhalt, und Ihr unterstützt uns bei unserem Volksbegehren "Österreich bleib frei". Ist das nicht ein guter Vorschlag von mir? (Zwischenruf Abg. Schürer: "Kuhhandel!") Bei diesem Volksbegehren "Österreich bleib frei" geht es nämlich auch um diese Dinge, wie zum Beispiel unsere gute, bewährte Neutralität, und zum anderen um die EU-Verfassung und den Beitritt der Türkei, den wir unbedingt einer Volksabstimmung unterziehen wollen. Eintragungsfrist 6. bis 13. März 2006. (Beifall. Zwischenruf Abg. Prinz: "Da ist der Fasching schon vorbei!")

Zweite Präsidentin: Ich frage den Klub der Grünen, ob es eine Wortmeldung gibt oder ich hier jemanden übersehen habe? Wenn es nicht der Fall ist, dann schließe ich die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zur Beilage 806/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir behandeln die Beilage 807/2006. Für diese Beilage wurde ebenfalls vorgeschlagen, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Es handelt sich um den Initiativantrag

betreffend die Sicherung von öffentlichen Interessen in Förderungsrichtlinien. Es ist ebenfalls ein Geschäftsbeschluss erforderlich und ich eröffne über diesen Antrag die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist der Kollege Schenner.

Abg. **Schenner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wanderer, die plötzlich vor abgesperrten Wegen stehen oder lange Umwege in Kauf nehmen müssen, Langläufer, denen auf einmal die Benützung einzelner Abschnitte der Loipe verweigert oder nur gegen Bezahlung gestattet wird, Tourenger, denen Aufstiege gesperrt werden oder die dafür auf einmal bezahlen müssen, Radfahrer und Mountainbiker, denen die Benützung von Wegen und Forststraßen verweigert wird, noch vereinzelt aber immer öfter entnehmen wir solche Vorfälle und die daraus entstehenden Diskussionen den Medien. Wenn sich Wanderwege, Loipen, Mountainbikestrecken, Radwege in der Regel über größere Gebiete erstrecken, genügen dabei einzelne Grundeigentümer oder Straßenerhalter, um ganze Routen zu sperren. Solche Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Wanderern, Tourengern und Radfahrern sind dann unverständlich, wenn einerseits die Errichtung oder die Erhaltung dieser Wege, Pisten, Forststraßen oder der Flächen selbst mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, und gleichzeitig durch die Benützung weder größere Erhaltungskosten noch wirtschaftliche Belastungen eintreten.

In unserem Antrag wird daher die Landesregierung aufgefordert, im Sinne der Sicherung öffentlicher Interessen die Förderrichtlinien derart zu ändern, dass Förderungen für land- und forstwirtschaftliche oder infrastrukturelle Flächen an freie Zugangsmöglichkeiten für die Allgemeinheit für Sport- und Erholungszwecke in der freien Natur gebunden werden. Und damit ich gleich sicherstelle, den Grundeigentümern soll natürlich dann für die Fremdnutzung ihrer Grundstücke eine Entschädigung zustehen, wenn dadurch zusätzliche Erhaltungskosten auftreten oder wirtschaftliche Einschränkungen anfallen. Aber, dass Eigentum soziale Verantwortung bedeutet und vor allem dann, wenn es mit öffentlichen Mitteln gefördert wird, das war früher in Österreich weitgehend Konsens, und ich hoffe, dass die öffentlichen Interessen nicht mittlerweile schon soweit in den Hintergrund getreten sind, dass es auch diesen Grundkonsens der sozialen Verantwortung von Eigentum nicht mehr gibt.

Ich erinnere an die Diskussion über die Mountainbikestreckenförderung im Ausschuss. Der Herr Landesrat Sigl hat damals begründet, dass die Bundesforste für die Benützung von Forststraßen durch Mountainbiker eine Abgeltung erhalten und private Forststraßeneigentümer nicht, sei deshalb gerechtfertigt, weil die Bundesforste für die Errichtung dieser Straßen keine öffentlichen Gelder erhalten hätten, Private jedoch großzügig gefördert worden seien und sozusagen deshalb ohnehin verpflichtet wären, diese Strecken auch den Mountainbikern zur Verfügung zu stellen. Er hat damit ein sehr gutes Argument geliefert, warum es dringend notwendig ist, diesem Antrag zuzustimmen, denn wenn das in den Förderungsrichtlinien nirgends drinnen steht, dann kann man sich auch nicht darauf berufen. Damit es rasch zu einer Änderung kommt und die öffentlichen Interessen durchgesetzt werden können, bitte ich Sie um Zustimmung zur Dringlichkeit und zum Antrag. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster zur Wort gemeldet ist Herr Kollege Hingsamer.

Abg. **Hingsamer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Dieser Antrag der SPÖ-Fraktion, wo es darum geht, Förderung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen oder auch Infrastruktur derart zu beeinträchtigen, dass Zugangsmöglichkeiten für Sport- und Freizeitanlagen und für Sport- und Freizeitausübung automatisch ermöglicht werden müssen, geht für uns sehr, sehr weit. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bitte zur Kenntnis zu nehmen, dass wir bei Förderung für land- und forstwirtschaftliche Flächen nicht

von Förderungen reden, sondern von Ausgleichszahlungen letztendlich für Bewirtschaftungsnachteile auf Grund geografischer und klimatischer Nachteile (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Aber die öffentliche Hand fördert!") als auch als Ausgleich dafür, dass die Landwirtschaft zu liberalen Weltmarktbedingungen zu produzieren hat und der Markt anders nicht bestehen könnte und zum Zweiten, Herr Kollege Frais, diese Leistungen im Wesentlichen auch als Abgeltung für erbrachte Umweltleistungen für die Allgemeinheit und auch als Ausgleich für diesen Produktionsverzicht zu Gunsten Umwelt und Natur gegeben werden und zum Nächsten für Grünlandflächen in erster Linie wir von Umweltprämien reden, die durch Auflagen gegeben werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dort wo dauerhaft Loipen für den Schilanglauf oder für andere Aktivitäten wie auch Reitwege und ähnliches genutzt werden, ist die Inanspruchnahme von privatem Gut ordentlich geregelt, dies meist auf der Basis privatrechtlicher Vereinbarungen und Verträge, dies meistens auch mit symbolischen Beiträgen. (Zwischenruf Abg. Schenner: "Also hat der Kollege Hiesl Unrecht gehabt!") So wie die Frage auch von Regelungen im Haftungsfall zu klären ist und auch Vereinbarungen in der Frage einer eventuellen Verjährung.

Der Antrag der SPÖ-Fraktion geht tief in die Frage des Eigentumsrechts hinein. Dieser Antrag müsste eigentlich nicht unter dem Titel Initiativantrag oder unter dem Titel Dringlichkeitsantrag behandelt werden, sondern müsste eigentlich Enteignungsantrag der SPÖ heißen. (Beifall. Unverständliche Zwischenrufe links) Herr Kollege, Sie wollen automatisch mit der Hingabe von Förderungen auch abverlangen, was geleistet wird. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Was bis jetzt funktioniert hat!") Herr Kollege Frais, der Umgang mit privatem Eigentum ist für uns eine Grundsatzfrage. Der Umgang, wie man mit Privateigentum umgeht, ist eine Grundsatzfrage. Warum anerkennen wir nicht, dass erst durch die Bewirtschaftung und Pflege der Kulturlandschaft durch die Bauern Tourismus und Freizeit, Erlebnis in der Natur möglich wird?

Wenn wir über die Auflagen in der Förderung für das Nutzen von privatem Eigentum reden, dann will vielleicht die SPÖ dann auch darüber reden, ob wir Wohnbauförderungsrichtlinien ändern und damit private Hausgärten öffnen für Freizeiterlebnis für die Allgemeinheit. Redet die SPÖ dann auch darüber, ob Sportplätze, von mir aus des ASKÖ, die als Vereinsplätze geführt werden, auch für Nichtmitglieder nutzbar werden, Herr Kollege Frais? Oder reden wir auch davon, dass durch eine Wirtschaftsförderung für Unternehmer Parkplätze der Unternehmer für Skateranlagen oder andere Nutzungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen sind? Herr Kollege Schenner, wenn du von sozialer Verantwortung gesprochen hast, von Eigentum, von sozialer Verantwortung, dann frage ich mich auch, reden wir dann auch von sozialer Verantwortung und öffnen unsere eigenen Häuser, um Wohnungslosen und Wohnungssuchenden Platz zu geben? Dann geht das auch weiter.

Anerkennen wir privates Eigentum, anerkennen wir das. Und das Problem der Nutzungen von landwirtschaftlichem Eigentum ist lösbar, meine Kolleginnen und Kollegen, lösbar mit Hausverstand und gemeinsamen Gesprächen, nicht aber mit Methoden kalter Enteignungen wie sie hier vorgesehen sind (Beifall) und schon gar nicht mit Mitteln des Klassenkampfes alter Prägung.

Wir werden deshalb als ÖVP-Fraktion jetzt der Dringlichkeit zustimmen, wobei die Dringlichkeit ja gar nicht erkennbar ist, werden aber den Antrag dann inhaltlich sehr wohl ablehnen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Frau Präsidentin! Sie können mir glauben, als aktive Nutzerin der Natur und der Umwelt für Erholungszwecke stehe ich als Grüne und wir Grüne für einen freien Zugang aller Menschen. Ich betone, aller Menschen zur Natur und zur Umwelt. (Zwischenruf Abg. Makor-Winkelbauer: "Aber?") Etwas kurios finde ich es einfach in eurem Antrag, in dem Antrag der SPÖ, diese Sicherstellung, die ja einerseits schon teilweise im Forstgesetz, und ich glaube, das brauche ich da nicht sagen, gegeben ist, dass der freie Zugang zum Wald erhalten werden muss, (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Wald!") zum Wald, davon reden wir einmal, genau, also das ist einmal da geregelt, (Unverständlicher Zwischenruf Dr. Frais) aber in diesen Förderungsrichtlinien zu verankern, alle Grundeigentümer eigentlich mehr oder minder auch zu zwingen ein Stückchen, eine generelle Verpflichtung, alle Sportbetätigungen zuzulassen.

Ich denke jetzt nur, und ich glaube, das ist auch schon vielen von der SPÖ-Abgeordneten so gegangen, dass plötzlich diese Motorschlitten ganz aktuell werden. (Zwischenruf Abg. Schenner: "Das steht ja gar nicht drinnen!") Das ist aber eine Sportbetätigung, das kannst du mir doch nicht abstreiten, und die dürfen auch überall fahren. Darum geht es mir jetzt zum Beispiel, dass man solche Sachen ins Auge fasst. Warum geht es denn? Das ist eine Sportbetätigung, die neu ist. (Zwischenruf Abg. Schenner: "Aber wenn man etwas finden will, findet man immer etwas!") Ich kann ein paar andere Beispiele auch bringen. Ich gehe schon noch weiter. (Unverständlicher Zwischenrufe links)

Alle Sportbetätigungen, die bei uns gemacht werden, lassen wir zu, das sind auch die Motorschlitten. In diesen Tagen habe ich mir wirklich gedacht, okay, der Bauer, die Spur, die da herunter geht, also das ist nicht so ohne, muss das zulassen, weil es ja in den Förderrichtlinien so drinnen steht. Also ich glaube, das meinen wir alle nicht. Ich gebe dir schon Recht, Herr Kollege Schenner, dass das auch nicht da drinnen steht. Aber wenn man es so liest, wenn man sagt, freie Verfügbarkeit für Erholungs- und Sportzwecke, dann ist das auch für sehr viele ein Sport, auch wenn es für mich keiner ist.

Ich sehe, und das ist auch der Kern, was wir eigentlich auch in den Tourismusverbänden oder in den Regionen draußen auf der kommunalen Seite wieder machen, es geht darum, und ich glaube, das ist auch angesprochen worden, um privatrechtliche, verbindliche Verträge oder Vereinbarungen, dass ein Landwirt, ein Grundeigentümer - es sind ja nicht nur Landwirte, es sind ja andere auch, und ich habe beim Wegemarkieren mit den Hausbesitzern, die einen größeren Grund haben, viel mehr Probleme wie mit den Landwirten, muss ich auch dazusagen - da herauszufinden und zu sagen, wie soll die Vereinbarung ausschauen? Zahlt der Tourismusverband eine Entschädigung dafür, dass man da drüberfahren darf? Wird das vorher abgeredet? Wie eben das Beispiel, das vorher schon angesprochen worden ist, ein Weidezaun vereinbart, dass der Bauer den wegtun muss, auch wenn er ihn im Frühjahr wieder braucht? Gibt es da eine Vereinbarung? Gibt es da Gespräche?

Uns ist es so gegangen, dass wir auch vergessen haben bei einer Loipenführung, mit einem Bauer zu reden, und der war dann relativ sauer, er hat gesagt, genau da habe ich etwas Neues ausprobiert, und da wollte ich nicht, dass ihr fährt, können wir nicht die Loipe verschieben? - kein Problem. Ich glaube, darum geht es, um privatrechtliche Vereinbarungen, genauso wie wir es auch mit dem Stift Schlägl, mit dem Tourismusverband abgewickelt haben, wo es darum geht, manche Forststraßen, die vom Land gefördert sind, freizugeben für Mountainbikestrecken.

Ich will nicht aus Umweltschutzgründen und Naturschutzgründen, dass überall gefahren wird. Ich glaube, da wird mir der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haider zustimmen, es kann nicht Sinn sein, dass Mountainbiker überall fahren. (Zwischenruf Abg. Schenner: "Was ist mit dem Kollegen Sigl?") Aber bei diesen Wegen, wo ganz klare Markierungen sind, gibt es eine Vereinbarung zwischen dem Stift Schlägl zum Beispiel und dem Tourismusverband und auch eine gewisse Entschädigungszahlung. Ich glaube, das ist gemeint, und so kann ich das machen, aber nicht über generelle Förderrichtlinien, sobald er ein Geld kriegt für irgend etwas, muss er das auch frei geben. Also ich glaube, da sind wir uns relativ einig.

Was wir brauchen ist, dass wir miteinander reden. Der Kollege Sigl hat das das letzte Mal so erklärt, aber vielleicht darf ich da kurz eine Nachhilfe geben, so habe ich es verstanden, vielleicht habe ich da etwas falsch verstanden, dass es darum geht, bei den Bundesforsten brauchen wir eine andere Regelung, weil da das Land nichts zahlt, und bei den anderen Straßen, wie bei den Wegen, die eben das Stift Schlierbach zum Beispiel gemacht haben, hat das Land sehr wohl etwas bezahlt, und somit kann der Tourismusverband einen Vertrag abschließen. Der Tourismusverband, und ich glaube, der hat auch genug Geld, dass er dort mit den Pächtern etwas ausmacht, und die Haftung, und ich glaube, um die geht es in erster Linie, auch die Haftung, da ist sehr wohl das Land Oberösterreich bzw. der Tourismusverband Oberösterreich bereit das zu machen.

Ich glaube, dass es aber für die Zugänglichkeit von uns Sportlerinnen und Sportlern, die freie Zugänglichkeit schon auch angebracht ist, wenn ich eine Loipe zum Beispiel habe, die immer wieder gepflegt wird, die betreut wird, dass es da einfach auch möglich sein muss für den Erhalter, sprich Tourismusverband oder Gemeinde, wie es bei uns ist, auch eine Entschädigung zu verlangen von den Benutzerinnen und Benutzern. Weil ja die laufend auch Maßnahmen braucht und ich mich damit auch irgendwie sicher fühle, okay, die wird gespurt, und da gibt es einen kleinen Eintritt. Ich glaube, das ist das, was zum Beispiel auch in Spital am Phyrn gelöst worden ist, die für mich das sehr raffiniert gemacht haben, die einerseits eine Gebühr für die Loipe verlangen und andererseits den Leuten eine kleine Anerkennung in der Region vermitteln und somit auch noch nach dem Langlaufen die Linzerinnen und Linzer vielleicht in der Region halten.

Nachdem sich die grüne Position bis zum Ausschuss nicht ändern wird, und ich das damals schon erklärt habe und ich jetzt das wieder erklärt habe, werden wir der Dringlichkeit zustimmen, aber inhaltlich können wir dem nicht nahetreten, weil ich glaube, das ist jetzt hinlänglich geklärt, was ich und was wir Grüne damit fordern. Somit werden wir diesen Inhalt ablehnen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Kollege Aspöck.

Abg. **Ing. Aspöck:** Sehr geehrte Präsidentin, hoher Landtag! Stellen wir uns einmal das Beispiel vor, ein Bauer bestellt sein Feld im Frühling mit Liebe und freut sich, wenn die ersten Pflänzchen gedeihen, und dann kommt ein egoistischer Reitsportler daher, reitet quer feld-ein, und der Bauer schlägt die Hände vor das Gesicht und sagt, bis jetzt hat er sich privatrechtlich darum streiten müssen, dass er eine Entschädigung bekommt und jetzt sagt aber der Reitsportler noch, lieber Bauer, was willst du denn überhaupt? Du hast eh genug Förderungen bekommen für das Feld. (Zwischenrufe links) Das wäre etwas überzogen, aber ganz, ganz praktisch ein Beispiel.

Grundsätzlich, wir Freiheitliche sind dafür, dass wir dieses Sachthema im Unterausschuss diskutieren und beschließen und dass wir hier eine vernünftige Lösung finden, denn es gibt

hier sehr viele Unschärfen in diesem Antrag der SPÖ und daher lehnen wir die Dringlichkeit ab und empfehlen, dass dieser Antrag in einen Unterausschuss geht.

Oder bei einem Forstbauern ist es auch dasselbe. Der macht eine Aufpflanzung und möchte, dass das einmal für eine Zeit gesperrt ist dieser Bereich, denn wenn man das Wild auch irgendwo immer wieder in Aufruhr versetzt, dann geht das in diese Richtung, dass man wieder mehr Schälschäden hat, also wirtschaftlich im Prinzip alles ein Problem. (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: "Geh zum Frais!" Unverständlicher Zwischenruf Dr. Frais) Dann geht es darum, wir haben im Ausschuss ja eh schon einmal diskutiert über diese Mountainbikestrecke, und da muss es sicher einer Lösung geben. Aber das gehört in einen Unterausschuss, und da müssen wir uns alle wirklich anstrengen, dass wir eine Lösung finden. Deswegen haben wir gesagt, die Dringlichkeit lehnen wir ab, und den Inhalt in einen Unterausschuss. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zur Beilage 807/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass diese mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Für die Beilage 808/2006 wurde ebenfalls vorgeschlagen, dass sie keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen ist. Es handelt sich dabei um einen Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend die Ausstattung von ganztägigen Schulen. Laut unserer Geschäftsordnung ist ein Geschäftsbeschluss dazu notwendig. Ich eröffne über die Dringlichkeit, die diesem Antrag zuerkannt werden soll, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Eidenberger.

Abg. **Eidenberger:** Meine sehr geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im laufenden Schulbauprogramm des Landes Oberösterreich bis 2011 befinden sich derzeit bereits über 300 Projekte mit einem Gesamtvolumen von knapp 400 Millionen Euro. Bedenkt man, dass das Land Oberösterreich den Schulerhaltern jährlich knapp über 23 Millionen Euro zuschießt, plus bis 2009 weitere 10 Millionen Euro pro Jahr Sondertranche, dann kann man sich ausrechnen, bis wann dieser Bedarf abgedeckt ist. Diese Misere kann aber auch eine große Chance bedeuten.

Diese vor 30, 40, 50 Jahren errichteten Schulen sind nach längst veralteten Lernzielen des Industriezeitalters konzipiert, deren Stärke immer die Belehrung, das Stoffvermitteln und weniger das Lernen war, vor allem das selbständige Lernen, das dem Forschen viel näher ist als der herkömmliche Unterricht. Wir haben heute fast durchwegs Klassen, die in ihrer Größe und Gleichförmigkeit mehr an eine Batteriehaltung erinnern als an moderne Lernorte für Kinder. Vorne die Tafel, Lehrerpult, Schülertische, dazu lange Stiegenfluchten, die nur als Verkehrsflächen für die Schülerströme dienen und fertig ist die durchschnittliche österreichische Schule. So fungiert sie denn auch mehr als Aufbewahrungsort für eine gewisse Zeit als eine inspirierende Lernumgebung. Diese bedingt nämlich auch andere Räumlichkeiten.

Hier liegt wahrscheinlich das größte Problem. Die Bedeutung von Räumen für das Gelingen schulischer Bildung wird bei uns noch völlig unterschätzt. Es ist höchst an der Zeit, diese veralteten Normen der Schulbauordnung, pro Kind sind 2,5 Quadratmeter vorzusehen, ein Lehrer hat 60 Zentimeter des Konferenzzimmertisches zu bekommen, aufzubrechen. Schulische Tagesbetreuung braucht aber auch mehr als Mittagessen und einen Sportplatz. Bedingt

durch die Zeitspanne, die ein Kind in der Schule verbringt, kommt einem altersgerechten Ambiente, das auch auf die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den jeweiligen Entwicklungsstufen Rücksicht nimmt, ganz besondere Bedeutung zu. Es sind Rückzugsmöglichkeiten genau so wichtig wie Orte der Begegnung. Und ein abwechslungsreiches Raumangebot mit unterschiedlichen Raumdimensionen und -funktionen unterstützt die wechselnden Bedürfnisse der Kinder.

Bedingt durch die ganztägige Schulform kommt Aufenthaltsräumen für Schüler, aber auch für Lehrer eine ganz wesentliche Bedeutung zu. Genauso wichtig sind Freiräume und Bewegungsräume für den körperlichen Ausgleich. Ich behaupte, dass Schularchitektur immer auch ein Spiegel davon ist, wie wir Lernen sehen. Schularchitektur ist, glaube ich, gebaute Pädagogik. Und wenn wir uns die Futurumschulen des Nordens anschauen oder auch schon einige deutsche Schulen, die in den letzten Jahren positive Furore gemacht haben, dann sucht man in diesen Schulen das Klassenzimmer, die Klassenzimmer vergeblich. In diesen Schulen verteilt sich Lernen und Freizeit in einem neuen Rhythmus in langen Wellen über den Tag. Die Lernräume gleichen vielmehr Ateliers und Labors, in denen in Gruppen ohne Stundenplan, dafür aber mit einem individuellen Logbuch gelernt wird. Dort ist man auch davon überzeugt, dass der Raum an und für sich der dritte Lehrer ist nach den Kindern selbst; Kinder lernen ja sehr vieles von anderen Kindern und dem eigentlichen Pädagogen. Offene, moderne Raumkonzepte wirken sich nun einmal positiv auf Lern- und Sozialverhalten aus. Man muss die Schule an sich als pädagogisches Instrument wahrnehmen. Selbst organisiertes, individuelles Lernen erfordert eine andere Schule.

Unser Dringlichkeitsantrag mündet daher im Hinblick auf eine künftige flächendeckende Einrichtung von ganztägigen Schulen darin, einen qualifizierten Arbeitskreis aus Fachleuten, aus Schülervetretern, Elternvertretern einzurichten, der einen Kriterienkatalog für die notwendigen räumlichen, aber auch ausstattungsmaßige Erfordernisse erarbeitet, der auf den Erkenntnissen einer ganztägigen Schule des Wissenszeitalters basiert. Darum ersuche ich höflichst. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Kollege Hirz.

Abg. Hirz: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im nächsten Schuljahr soll es ein ganztägiges Betreuungsangebot an Österreichs Schulen geben. Ich halte das für gut so. Es haben sich ja auch die gesellschaftlichen Bedingungen verändert, vor allen Dingen, was die Rolle der Frau betrifft, die im Endeffekt notwendig macht, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf notwendig ist. Daher brauchen wir ganztägige Betreuungsangebote. Es gibt den Unterschied zwischen Ganztageschulen, und es gibt den Unterschied zwischen Schulen mit ganztägigem Betreuungsangebot. Ich möchte auf diesen Unterschied nicht eingehen. Ich denke, jeder weiß die Pro und Kontra und die Diskussionen, die sich darum bewegen.

Aber eines wird auf alle Fälle notwendig sein. Dass in beiden Bereichen die Schule nicht nur mehr ein Ort der Wissensvermittlung sein wird, sondern dass die Schule, das Gebäude zum integralen Lebensbereich für Schüler und Schülerinnen werden wird. Ich bin auch der Überzeugung, dass das ohne grundlegende Änderungen nicht so funktionieren wird wie wir uns das vorstellen. Es wird nicht funktionieren, vom Gebäude abgesehen, wenn Erziehungsberechtigte oder Eltern die Meinung haben, dass sie jetzt sozusagen die gesamte schulische und erzieherische Arbeit an die Schule abtreten können. Gleichzeitig wird es auch notwendig sein darüber zu diskutieren, welche Erziehungskompetenzen haben eigentlich die Betreuungspersonen. Ich bin auch fest der Meinung, dass es auch darum geht, dass die Kinder und

Jugendlichen regelmäßige Bezugspersonen brauchen, dass das nicht so gehen kann, dass da halt alle Stunden irgendwelche andere Personen hereinkommen und die Kinder sozusagen nur beaufsichtigen.

Ein ganz wesentlicher Bereich ist natürlich auch die Architektur. Wir haben, wenn man sich die Schularchitektur anschaut, sehr viele Schulen, die von der Architektur her den disziplinierenden Geist des 19. Jahrhunderts oder des ersten 20. Jahrhunderts haben. Also ein Gang, viele Klassen, wunderbar um Aufsicht zu halten und den Überblick zu bewahren. Ich glaube, dass eine Nachmittagseinrichtung nicht nur ein Lernort und Aufbewahrungsort sein soll, sondern dass es auch darum geht, dass man sich in dieser Schule wohl fühlt, dass es ein Lebensraum wird, dass es auch ein Raum wird, wo man aktiv seine Freizeit gestalten kann.

Und das ist ein pädagogisches Konzept und dieses pädagogische Konzept muss sich im Endeffekt im räumlichen Konzept widerspiegeln. Wenn man ein Tagesprogramm anschaut, dann wird es wahrscheinlich notwendig sein, dass in solchen Schulen, Garten, Biotop, Kreativräume, Musikraum, Werkraum, dass es auch unstrukturierte Flächen gibt, dass es Räume für Begegnung gibt, dass es Rückzugsmöglichkeiten gibt. Ganz etwas Wichtiges, wenn man ständig von Menschen umgeben ist, dass man sich einmal zurückziehen kann. Das heißt, dass es Lernräume gibt, wo man die Hausaufgaben machen kann. Bis zu dem, dass es eben ein Mehr an sportlichen Angeboten geben wird müssen, auch von den Sporträumen her. Es ist ja geplant, dass die außerschulische Betreuung am Nachmittag ja auch von Personen, die außerhalb der Schule tätig sind, gemacht werden kann. Das halte ich auch durchaus für sinnvoll, dass Sportvereine zum Beispiel auch anbieten können ihre Trainings abzuhalten bzw. die Musikschulen zum Beispiel entsprechende Möglichkeiten bekommen, die Stunden dort abzuhalten.

All das zusammen macht es sicher notwendig, dass man da sich etwas überlegt. Ich bin da überzeugt, dass wir in Zusammenarbeit mit Lehrern, Schülern, Architekten, Eltern gute Ergebnisse erzielen werden. Ich halte es auch für notwendig, dass wir die Qualitätskriterien für die oberösterreichischen Schulen definieren. Besonders im Hinblick und das ist ja schon erwähnt worden, auf die Modernisierungsinitiative im Pflichtschulbaubereich, die ja das Land Oberösterreich gestartet hat. Ich bin aber dafür, dass wir das im Ausschuss diskutieren. Ich bin auch dafür, dass wir im Ausschuss entsprechende Experten und Expertinnen einladen. Wo ich weniger davon halte ist der Arbeitskreis. Ich erinnere an die Aussagen von Klubobmann Karl Frais beim EU-Ausschuss, der da gemeint hat, ein Arbeitskreis ist kein Instrument des Landtages. Ein Arbeitskreis geht eigentlich an der Arbeit des Landtages vorbei. Und das nehme ich sehr ernst und schließe mich auch dieser Meinung an und glaube, dass wir diese Arbeit im Ausschuss machen sollen und dass es unsere Verantwortung ist, hier entsprechende Kriterien festzulegen. Und dass wir auch entsprechende Experten und Expertinnen dazu einladen. Prinzipiell bin ich bereit über die Vorgehensweise zu diskutieren. Das heißt, wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen und ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Kollege Aichinger.

Abg. **Dr. Aichinger:** Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten ja heute Vormittag alle miteinander lange genug Zeit, uns ein bisschen Gedanken zu machen, was denn die Dringlichkeitsantragsserie der SPÖ bedeuten sollte. Ich bin nicht ganz dahinter gekommen. Mir ist am ehesten eingefallen das Wort Beliebigkeit oder vielleicht, um es vornehmer auszudrücken, à la carte-Politik. Denn so schaut es ja wirklich aus. Als Antipasti quasi ein bisschen Ausverkaufsangst, als Primo Piati ein bisschen Förderungs-

neid und als Dolce dann eine Bildungskrise und zum Abschluss ein Käse ganz besonderer Qualität, die langsame Rückkehr eines der ausziehen wollte um die Welt zu erobern und nach Linz wieder zurückkommt.

Das ist so ein Degustationsmenü der Marke SPÖ, ein Bauchladen. Aber gut, ich rede ja über das Dolce, also über das Süße und süß ist der Antrag ja wirklich. Man möge sich den ersten Teil einmal zergehen lassen, was das bedeutet. Die Landesregierung wird ersucht, im Hinblick auf die künftige flächendeckende Errichtung ganztägiger Schulen einen Arbeitskreis aus Fachleuten sowie Eltern- und Schülervertreter/innen zu beauftragen. Ich stelle mir das wirklich lieb vor, wenn so sechs-, siebenjährige Kinder in diesem Arbeitskreis drinnen sind und da ihre Meinung sachlich begründet einbringen. Um nicht falsch verstanden zu werden. Ich halte etwas von Partizipation. Aber einen Arbeitskreis mit Schüler/innenvertreter aus Volksschulen, das finde ich doch etwas eigenartig.

Oder wenn man dann noch weitergeht bei der Begründung. Mit der flächendeckenden Einführung von ganztägigen Schulen stehen die österreichischen Pflichtschulen vor einem großen Wandel. Na bumm, das ist ein staatstragender Satz. Leider Gottes gibt es diese Möglichkeit schon seit 1994. Das ist nichts Neues. Es gibt diese Möglichkeit seit 1994. In Oberösterreich machen immerhin 43 Schulen davon Gebrauch, 9 Volksschulen, 28 Hauptschulen, 6 Sonderschulen.

Oder wenn man weitergeht. Die Schulen müssen im Hinblick auf die bestehenden räumlichen Gegebenheiten überprüft werden, inwieweit sie den neuen Anforderungen gerecht werden. Da frage ich mich, wer soll das jetzt machen? Irgendwelche Politikkommissare? Denn die Fachleute machen es schon. Das ist ja im Pflichtschulorganisationsgesetz drinnen, das ist überhaupt kein Problem, das wird ja gemacht. Aber sollen das jetzt neue, entsprechend geschulte Kräfte machen? Sollen das vielleicht Landtagsabgeordnete sein? Künftig wird es nicht mehr genügen den Schülern und den Schülerinnen nur einen Platz im Klassenzimmer zur Verfügung zu stellen, sondern es wird auf Erholungsbereiche und so weiter auch hingewiesen. Also meines Wissens gibt es auch andere Räume in den Schulen und die "Käfighaltung" bei den Schülern hat sich, glaube ich, nicht wirklich durchgesprochen, dass das so nicht mehr ist in den österreichischen und oberösterreichischen Schulen.

Und ganz klassenkämpferisch wird es erst dann, wenn es heißt, auch für Lehrer und Lehrerinnen sind angemessene Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist gut so und soll auch so sein. Nur eines ist sicher, dass wir einen dringlichen Antrag über diese Materie bei Gott nicht brauchen. Wir werden, es ist ja schon angekündigt worden, ich fürchte nicht im Ausschuss sondern im Unterausschuss, uns inhaltlich in aller Breite und mit dem gebotenen Ernst damit beschäftigen. Dann ist die Zeit dazu. Noch dazu wo wir, wie ich ja schon gesagt habe, für viele dieser Fragen, für viele dieser Punkte bestehende gesetzliche Regelungen in unserem Land schon haben. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Moser.

Abg. **Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörer auf der Galerie, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Antrag, Herr Kollege Dr. Aichinger, das ist auch meine Meinung, ist wie viele SPÖ-Anträge in manchen Dingen sehr verwaschen. Aber den Zynismus, den Sie jetzt hier an den Tag gelegt haben, der hat mich schon sehr emotionalisiert. Denn ich kann Ihnen genug Schulen nennen, wo kein Raum dort ist, um auch einmal außerhalb der Klasse in einem dementsprechenden Umfeld Zwischenstunden, Pausen zu verbringen. Also tun wir nicht so, als ob die Schulen alle Paläste wären. Die Kinder wissen oftmals nicht, wo sie zwei

Stunden Mittagspause verbringen. Abgesehen davon, dass vielleicht keine Aufsicht da ist, ist kein Platz und sie stehen am Gang oder sitzen in der Garderobe.

Also die Sachen, die Sie jetzt angesprochen haben, waren mir auch andererseits zu einseitig, weil ich denke es ist immer notwendig und da danke ich auch dem Kollegen Hirz, aber auch dem Kollegen Eidenberger, Raum ist auch Lebensraum. Und alle zitieren immer Pädagogen. Ich meine Maria Montessori war die erste und alle springen auf die Montessori-Pädagogik auf, die gesagt hat, Raum ist Lebensraum. Und jeder von uns schaut schon auch, dass er neben dem Arbeitsplatz Räume hat, wo er sich zurückziehen kann, wo er sich wohlfühlen kann und er nicht nur am Schreibtisch sitzen muss.

Er ist nur eines und da pflichte ich Ihnen bei, Herr Kollege Frais, es ist wieder einmal eine Mischung von verschiedenen Dingen, die Ihr in den Antrag eingebracht habt. Ich bin auch der Meinung, Schülerinnenvertreter, Schülervorteiler in einer Volksschule, die können ihre Vorstellungen äußern, aber die sind halt oft einmal realitätsfern. Ich kann sie in andere demokratische Entscheidungsprozesse einbinden, in die Ausgestaltung für offenes Lernen, dass sie sich beteiligen im Raum, in der Klasse, im Gruppenraum mitzuarbeiten.

Ich bin der Meinung, wir sollten wesentlich mehr Fachleute und da bin ich jetzt wieder bei euch, nämlich Pädagogen mit einbinden, nicht nur bei Schulplanungen, ich sage im gleichen Satz auch bei Kindergartenplanungen, weil wir haben genug Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, wo sich zwar Architekten verwirklichen können, schön für sie, es muss ein Erlebnis sein, ich bin es ihnen auch nicht neidig, aber die der Realitätsanforderung, die einfach das Leben an die Kinder, an die Lehrer stellt, nicht gewachsen sind.

Kriterienkataloge, da muss ich dir sagen, da habe ich Bauchweh dabei, weil wir kennen ja verschiedene Bauordnungen, Einrichtungsverordnungen und kommen drauf, dass die halt im Endeffekt in der Alltagssituation nicht für alle Bereiche, für alle unterschiedlichen Bedürfnisse anwendbar sind. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Aber für die ganztägigen Schulen!") Für die ganztägigen Schulen ist ein Unterschied im Raumbedarf, ja entschuldige bitte, wenn ich eine Schule habe mit vier Klassen oder eine Schule mit 20 Klassen habe und daneben vielleicht einen großen Sportplatz und, und. Also das gibt es nicht. Jede Schule hat unterschiedliche Angebote, hat unterschiedliche Notwendigkeiten vielleicht für eine Gestaltung.

Aber wir sind ja mit dir in einem Punkt d'accord, dass es uns wichtig ist, dass hier eine Diskussion beginnt. Und wir unterstreichen auch, dass es gut wäre, einmal ein Thema und da bin ich wieder sehr dankbar für eure Initiative, einmal ein Thema, das schon lange in Wien beschlossen worden ist, auch von der praktischen Seite her abzufragen, was ist machbar und was ist nicht machbar.

Und ich glaube ich habe hier heraußen schon oft genug Kritik an der Frau Minister Gehrler geübt, die uns immer wieder mit neuen Ideen kommt, aber nicht die Strukturen zuerst verändert, verbessert. Ich denke an Englisch in der ersten Klasse Volksschule, wir haben keine Nativspeaker da. Wir haben jetzt die frühere Schuleinschreibung, aber wir haben keine Lehrer, die jetzt Sprachförderprogramme machen. Die suchen wir einmal.

Also wir leiden darunter im Schulalltag, dass gute Ansätze einfach im Endeffekt dann an der Durchführung scheitern. Und daher Ja zu diesem Antrag. Wir Freiheitlichen werden natürlich und das sage ich auch gleich heute hier, die Diskussion sicher nicht so einseitig weiterführen. Denn man muss sich in dem Zusammenhang auch überlegen, wie schaut es jetzt mit Parallelstrukturen aus, wie schaut es mit dem Ausbau der Horte aus? Ist wirklich die Betreu-

ung im Schulgebäude das einzig Wahre für die Kinder, was ja bei eurem alten Antrag drinnen ist? Ich habe gar keine andere Alternative hier angesprochen. Deshalb stimmen wir zu, aber wir werden sicher die Diskussion, was die Qualität betrifft, auch weiterführen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Wir sind am Ende der Wechselrede und ich schließe diese. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Beilage 808/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden und ich weise die Beilage 808/2006 dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zu.

Ebenfalls wurde angekündigt, dass die Unterzeichner der Beilage 809/2006 im Rahmen Ihres Antrages vorschlagen, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 809/2006 handelt es sich um einen Initiativantrag betreffend ein Konzept über die unverzügliche Rückkehr des Linzer Polizeidirektors an die Linzer Bundespolizeidirektion. Es ist ein Geschäftsbeschluss des Landtages erforderlich und ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 809/2006 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Frau Magister Chansri.

Abg. Mag. Chansri: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, hohes Haus! Mit der Beilage 809/2006 fordert die SP-Fraktion die sofortige Rückkehr des Linzer Polizeidirektors Dr. Walter Widholm zur Linzer Polizeidirektion.

Mit Wirksamkeit 19. Dezember 2005 wurde der Linzer Polizeidirektor Dr. Walter Widholm, mittels Verfügung des Innenministeriums, bis zum 28. Februar dieses Jahres an eine Abteilung im Innenministerium dienstzugeteilt, die sich mit asyl- und fremdenrechtlichen Angelegenheiten befasst. Diese Dienstzuteilung ist ohne nachvollziehbare sachliche Gründe erfolgt, da der Linzer Polizeidirektor keine einschlägigen Ausbildungen und Erfahrungen im Bereich Fremden- und Asylrecht besitzt, sondern seine Stärken im Bereich des Managements liegen, wie er mit der professionellen Führung der Bundespolizeidirektion Linz über viele Jahre bis jetzt bewiesen hat. Der Verdacht liegt nahe, dass Widholm aufgrund seiner internen sachlichen Kritik strafversetzt wurde. Als SozialdemokratInnen lehnen wir eine derartige Vorgehensweise vehement ab. Wir bekennen uns zu einem Rechtsstaat, der demokratische Prinzipien und Grundrechte nicht nur gewährleistet, sondern auch lebt.

Dr. Widholm, der seit Jahrzehnten sein Engagement und seine Ausbildung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in den Dienst der Nation stellt, kann nicht wirklich mehr an einen Rechtsstaat Österreich glauben. Für uns ist Österreich immer noch ein Rechtsstaat. Das heißt, die Rechtsordnung ist inhaltlich genau bestimmt und die Einhaltung der Rechtsvorschriften wird im Gegensatz zu einem Polizeistaat durch Kontrolleinrichtungen gesichert. Dabei darf die staatliche Verwaltung nur auf Grund des Gesetzes ausgeübt werden und ein maßgebliches Zeichen eines Rechtsstaates ist, dass dabei keine Willkür ausgeübt werden darf.

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist des weiteren eine materielle Komponente des Rechtsstaatsbegriffes und dient dem Schutz vor übermäßiger oder unangemessener Beeinträchtigung der Rechte des Einzelnen. Das Gebot der Verhältnismäßigkeit gilt für alle staatlichen Maßnahmen. Eine staatliche Maßnahme ist nur dann verhältnismäßig, wenn sie geeignet, erforderlich und angemessen ist. Die Eignung ist an dem Ziel der staatlichen Maßnahme zu messen. Man muss also zunächst wissen, wozu die Maßnahme ergriffen werden soll.

Erforderlich ist eine Maßnahme, wenn kein gleich wirksamer schonender Eingriff in das Recht des Betroffenen möglich ist und die Maßnahme kein auffälliges Missverhältnis erkennen lässt. Diese Kriterien treffen bei der Widholmversetzung sicher nicht zu.

Ich bitte also alle hier anwesenden Abgeordneten, über alle Parteigrenzen hinweg, ein deutliches Zeichen gegen derartige Maßnahmen zu setzen. Eine derartige Vorgehensweise hat es noch nicht gegeben und ist bei Abwägung aller Kriterien auch nicht nachvollziehbar, geschweige denn in einer funktionierenden Demokratie akzeptabel und keinem Menschen in unserem Land würdig, denn es ist für uns unwürdig, wenn man einen Bürger, der kritisch die Dinge in seinem Beruf betrachtet und auch den Mut hat diese zu äußern, aus seinem gewohnten Arbeitsumfeld reißt und dann in ein Kämmerchen in eine andere Stadt abschiebt, wohl hoffend, dass dies ihm eine Lehre sei und dass in Zukunft derartig kritische, wenn auch wohl richtig getroffene Analysen und Äußerungen in die Zukunft für das Wohl der Republik zu unterlassen seien.

Weil für uns durch die Abwesenheit des Polizeidirektors die Führung der Linzer Polizeidirektion deutlich geschwächt ist, bitte ich alle hier Anwesenden unserem Dringlichkeitsantrag und dessen Inhalt zuzustimmen. Aus Gründen der Geschäftsordnung steht in unserem Antrag, dass die Landesregierung aufgefordert wird, ein Konzept für die Rückkehr des Direktors zu entwickeln. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: "Ich kann ihn nicht anstellen, höchstens bei einer Straßenmeisterei!") Gemeint ist und das ist wohl hier allen klar, geschätzter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, dass sich alle politisch Verantwortlichen, über alle Parteigrenzen hinweg, in Oberösterreich sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln sofort und unverzüglich dafür einsetzen sollen, dass eine derartige Vorgehensweise in unserem Bundesland und in unserer schönen Landeshauptstadt Linz nicht Praxis wird. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Frau Kollegin Chansri tut sich ja selber nicht ganz leicht mit diesem Antrag, und das ist ein Beispiel dafür, dass endlich bitte die Landtagsgeschäftsordnung geändert gehört. Es kann doch nicht sein, dass wir jetzt alle miteinander die Landesregierung - beauftragen wir den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl mit der Konzipierung des Konzeptes oder vielleicht macht es der Agrarreferent. (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: "Nein, der Hiesl ist da besser!") Ich nehme an, die eigenen Regierungsmitglieder wollten es nicht machen, weil sonst hätten sie es ja gemacht und dann hätten wir uns den Umweg über den Landtag ersparen können, weil dann hätte der Polizeireferent, beispielsweise Landesrat Ackerl, ein fertiges Konzept zur Abstimmung in die Landesregierung vorgelegt, dass also die Sicherheit wieder gewährleistet ist. Es wäre jedenfalls eine kürzere Version, bevor man die gesamte Landesregierung beschäftigt, dass die vielleicht zum Streiten anfängt, wer macht das Konzept, wie kommt der Widholm wieder heim? (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Was stört mich daran? Im Antrag, der auch in Linz diskutiert und dann mehrheitlich angenommen wurde, ist etwas, was uns zu denken geben sollte und deswegen stimmen wir auch nicht zu. Es gab einen Streit zwischen Polizeidirektor der Stadt Linz und Landespolizeidirektor. Punkt. Das wurde medial berichtet, mehr weiß ich nicht. Also da haben zwei Beamte, offensichtlich hohe Exekutivbeamte, miteinander ein Problem und dann gab es eine Maßnahme der Ministerin. Und ich kann mich ohne weiteren Fakten da jetzt nicht einmengen, vor allem ist es nicht unbedingt die Aufgabe der Gesetzgebung des Landes, sich zwischen zwei Bundesbeamte zu stellen, die also ein Problem miteinander haben.

Wenn wir so rasch etwa im Krankenhausbereich oder eigenen Beamtenbereich handeln würden und wollten, da hätten wir verschiedenste Maßnahmen sehr rasch zu treffen. Ich halte es einfach für falsch und es sollte der Anlass sein, bitte die Geschäftsordnung so schnell wie möglich zu ändern, damit auch die SPÖ derartige Krücken für die Zukunft nicht mehr braucht und nicht das Schmunzeln beim Vortragen eines Antrags, der auch von der Textierung selbst die eigenen unterschriebenen Abgeordneten ein bisschen zum Schmunzeln bringt, man kann also das dann durchaus anders machen. Nein, es ist ein charmantes Lächeln von der Frau Kollegin, aber wir werden dem Antrag nicht zustimmen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Trübswasser.

Abg. Trübswasser: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Im Speziellen richte ich meine Grüße an die Fraktion der SPÖ. Ich muss ehrlich sagen, ihr macht es mir nicht leicht, ihr macht es wirklich nicht leicht, insbesondere Kollegin Chansri. Mit der Begründung und mit dem Antragstext habe ich massive Probleme. Es geht mir um die Sache. Kollege Steinkellner hat es gesagt, dass wir froh sind, dass wir eine Geschäftsordnung dahingehend ändern, damit wir solche furchtbaren Anträge nicht mehr sehen, weil ihr werdet selber zugeben, dass ein Konzept erarbeiten in einer solchen Angelegenheit wirklich an den Haaren herbeigezogen ist.

Lassen Sie mich Folgendes sagen: Im Gegensatz zur Kollegin Chansri geht es mir nicht um die Person des Herrn Widholm, es geht mir nicht um die Person des Polizeipräsidenten, was er geleistet hat oder nicht geleistet hat. Mir geht es einzig und allein um die Transparenz, um die Objektivität von Personalmaßnahmen. Es ist nicht nachvollziehbar, was hier der eigentliche Grund ist, und wenn ich lese in einer Aussendung oder in einem Interview mit dem Sprecher des Innenministeriums, der gesagt hat, wir haben einen Praktiker für die Umsetzung der mit 1. Jänner kommenden Änderungen im Fremdenrecht benötigt, Polizeidirektor Widholm war dafür am besten geeignet, dann frage ich mich erstens einmal, wo hat die Auswahl stattgefunden, zweitens kenne ich in Linz mindestens fünf Beamte, die im Fremdenrecht wesentlich besser Bescheid wissen und drittens gibt es wahrscheinlich näher liegend in Wien auch Leute, die sich da auskennen. Also so eine, wie soll ich sagen, an den Haaren herbeigezogene Ausrede oder Begründung habe ich noch nicht gehört. Es müssen andere Gründe sein. Die kann man jetzt vermuten, da kann man sehr Schlimmes vermuten. Ich sage, was wir mit unserer Zustimmung zur Dringlichkeit und zu diesem Antrag sagen wollten, ist in keiner Weise das, was da drinnen steht in der Beilage 809, aber anders kann ich es eben nicht ausdrücken. Ich kann nicht einen Gegenantrag einbringen, ich halte es auch nicht für die ureigenste Landtagsmaterie, muss ich ehrlich dazu sagen. Ich halte überhaupt viele Anträge, die wir heute hier behandelt haben, nicht für unsere Aufgabe, als für die wir gewählt worden sind, sondern wir beschäftigen uns eigentlich seit der Früh mit Ausnahme der Anfragen weitgehend mit Problemen, die nicht hier zu lösen sind, sondern wo wir bestenfalls Meinungen abgeben können, Signale setzen, die Regierung zum Arbeiten auffordern, aber sozusagen Entscheidungen treffen tun wir in dieser Sache hier nicht.

Was ich sagen will, und da komme ich schon auch zum Schluss, weil die Sache in die Länge zu ziehen macht es ja auch nicht gewichtiger, unsere Zustimmung ist einzig und allein, geht in die Richtung, dass wir gegen Maßnahmen sind, die nicht nachvollziehbar sind. Gibt es ein Vergehen, dann gibt es das Disziplinarrecht. Die Begründung ist absolut nicht ausreichend, eigentlich höhnend. Und das dritte ist, wir wollen, dass solche Maßnahmen weder auf Gemeinde- noch auf Landes- noch auf Bundesebene stattfinden. Wir werden symbolhaft diesem Antrag, sowohl der Dringlichkeit als auch dem Antrag, sofern er eine Mehrheit be-

kommt, was ich nach der Wortmeldung von Kollegen Steinkellner bezweifle. Interessant ist nur, dass die FPÖ in der Stadt Linz eine Initiative gestartet hat, eine Rückholaktion vom Polizeidirektor, gut, ich habe deine Stellungnahme zur Kenntnis genommen. (Zwischenruf Abg. Moser: "Es ist ein anderer Antrag, anderer Inhalt!") Sie hat einen Wahrheitsgehalt, aber ich sage, ich kritisiere auch, aber ich will damit ein Zeichen setzen, ich will ein Zeichen setzen. Also die Wendungen, die du damit angedeutet hast, betreffen wahrscheinlich die eigene Partei. Wir werden sehen, wie der Kollege Aspöck abstimmt, aber ich glaube, er ist zur Vorsicht hinausgegangen. Aber Kollege Steinkellner, wir haben die Wendungen der FPÖ schon kennen gelernt, das überrascht nicht weiter. (Zwischenruf Abg. Moser: "Wenn du den Antrag liest, siehst du, dass er sich sehr wohl unterscheidet von dem, was die Roten eingebracht haben!") Eh, aber ich sitze nicht im Gemeinderat, sondern ich sitze im Landtag und habe hier diese Meinung geäußert, Kollegin. Ich danke Ihnen für Ihre Anteilnahme und rege Diskussion. Dankeschön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Stelzer.

Abg. **Mag. Stelzer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Wie es ja auch im Antragstext der SPÖ herausgearbeitet wird, handelt es sich bei der Maßnahme, die hier Gegenstand der Debatte über diesen Antrag ist, um eine so genannte Dienstzuteilung. Eine derartige Dienstzuteilung ist in den einschlägigen öffentlich-rechtlichen Materien für öffentliche Bedienstete ausreichend geregelt. Ich nehme an, das wissen daher auch alle, dass das eine vorübergehende Zuteilung an eine andere Dienststelle zur Dienstleistung ist. Zur Dienstleistung deshalb, weil dort Aufgaben anfallen, die in der Geschäftseinteilung vorgesehen sind. Und alleine im Rahmen des Bundesministeriums für Inneres kommt es im Jahr zu hunderten derartigen Dienstzuteilungen auf Grund der sachlichen und personellen Erfordernisse. Und überdies, darauf haben Vorredner schon hingewiesen, gibt es in keiner Form eine Zuständigkeit des Landes und auch nicht unseres Landtages.

Es ist daher im Bereich des Innenministeriums, wie glaube ich hinlänglich bekannt ist, im Bereich der Fremdenpolizei ein Engpass aufgetreten, weil sowohl die Abteilungsleiterin wie auch deren Stellvertreter sich in andere Bereiche weiterentwickelt haben, dorthin beworben haben und auch berufen wurden, weshalb der Linzer Polizeidirektor Dr. Widholm ins Bundesministerium für Inneres, Abteilung II/3 Fremdenpolizei und Grenzkontrollwesen, am 19. Dezember zugeteilt wurde, das sind ungefähr sechs Wochen bisher, und selbstverständlich von der Funktion her und von seinem Dienstgrad her Polizeidirektor von Linz geblieben ist in dieser Zeit. Währenddessen ist in Linz auch nicht, wie es suggeriert wird in diesem Antrag, der Notstand ausgebrochen, weil im Verwaltungsbereich, für den der Herr Polizeidirektor zuständig ist, dessen Stellvertreter ohnehin da war und für den Bereich der Uniformierten in der Landeshauptstadt Linz ja ohnehin der Herr Stadtpolizeikommandant oder dessen Stellvertreter zuständig ist.

Nichts desto trotz hat aber unser Landeshauptmann Dr. Pühringer in den letzten Tagen auch mit dem Innenministerium Kontakt aufgenommen und Gespräche geführt in der Sache Polizeidirektor Linz, Dr. Walter Widholm. Und ihm ist heute folgendes Schreiben zugegangen, das er mir gerade eben zur Verfügung gestellt hat, aus dem Kabinett der Frau Innenministerin. Ich darf es Ihnen zitieren: "Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Zu Ihrer Anfrage betreffend der Dienstzuteilung des Herrn Polizeidirektors Dr. Widholm darf ich berichten, dass die Sicherheitsdirektion Oberösterreich von der Personalabteilung des Bundesministeriums für Inneres in Kenntnis gesetzt wurde, dass die Dienstzuteilung von Herrn Dr. Widholm mit 27. Jänner 2006 endet." Ende des Zitats aus diesem Brief. Das heißt, das ist der morgige Tag. Aus diesem Grund ist Ihr Antrag für uns weder dringlich noch inhaltlich notwendig. (Bei-

fall. Unverständliche Zwischenrufe. Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "So, was tun wir jetzt mit dem Antrag?" Zwischenruf Abg. Prinz: "Hat unser Antrag schon Wirkung gezeigt?" Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Zieht ihr ihn zurück?" Unverständliche Zwischenrufe)

Dritte Präsidentin: Wünscht noch jemand das Wort? Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede, wir kommen zur Abstimmung. (Unverständliche Zwischenrufe) Können wir bitte abstimmen? Bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 809/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 809/2006 dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung zur Vorberatung zu.

Ich teile mit, dass schriftliche Anfragen eingelangt sind. Wir haben Ihnen Kopien der schriftlichen Anfragen und die zwischenzeitig eingelangten Beantwortungen auf Ihren Plätzen aufgelegt bzw. auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt. Weiters teile ich mit, dass am 12. Jänner 2006 die konstituierende Sitzung des gemischten Ausschusses, Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten und Sozialausschuss, stattgefunden hat. Das Ergebnis der Wahlen im gemischten Ausschuss finden Sie auf Ihren Plätzen vor.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und zwar zu der Beilage 796/2005, das ist der Bericht der Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Folgeprüfung "Straßenplanung des Landes Oö.". Ich bitte Herrn Abgeordneten Anton Hüttmayr, über die Beilage 796/2005 zu berichten.

Abg. **Hüttmayr:** Geschätzte Frau Präsidentin, hoher Landtag! Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Folgeprüfung "Straßenplanung des Landes Oö.". (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 796/2005.)

Der Kontrollausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen: 1. Der Bericht des Oö. Landesrechnungshofes über die Folgeprüfung "Straßenplanung des Landes Oö." wird zur Kenntnis genommen. 2. Dem Landesrechnungshof wird für seine Mühehaltung gedankt.

Dritte Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede, zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hüttmayr.

Abg. **Hüttmayr:** Geschätzte Damen und Herren! Straßen, Mobilität ist an und für sich ein Parameter für das Wohlergehen unserer Bevölkerung. Vieles entwickelt sich eben dort, wo auch die Straßen sind und hier wurde in den letzten Jahren ja wahrlich vieles bewegt. Viele von uns waren in den letzten Jahren dabei bei der einen oder anderen Straßeneröffnung, die viele Jahre umstritten waren, wo es große Proteste gegeben hat, aber unter dem Strich ist das Ergebnis, das zählt und so glaube ich können wir mit Fug und Recht behaupten, dass wir in der richtigen Richtung unterwegs sind. Ich möchte nicht noch einmal das zitieren, was im vorgetragenen Bericht des Kontrollausschusses dargelegt wurde. Er stellt ja einen ausdrücklichen positiven Bericht dar, was die Straßenplanung anlangt und das glaube ich kann man schon wirklich mit Fug und Recht behaupten, dass wir darauf eigentlich stolz sind bei einer so umfassenden Materie, dass hier mit Sorgfalt umgegangen wird.

Seit 2003 läuft eigentlich eine sehr umfangreiche Straßenbauinfrastrukturoffensive in unserem Land und das sichert unsere Arbeitsplätze, das sichert die Wirtschaftskraft und das er-

leichtert das Pendeln vieler Landsleute. Ich möchte hier an vorderster Stelle dem zuständigen Referenten Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl, dem Baudirektor und die nachgelagerten Organisationen, aber auch und ganz besonders den Dienststellen in den Straßenmeistereien, in den Autobahnmeistereien etc., etc. den großen Dank aussprechen für mich und meine Fraktion und würde mir wünschen, dass das, was in der letzten Zeit, in den letzten Jahren angefangen wurde oder überhaupt geleistet wurde, auch in Zukunft so weitergehen kann, dass Franz Hiesl weiterhin so engagiert sich hier als Baureferent einsetzt, dass er neben der Forcierung des öffentlichen Verkehrs eben auch den Straßenbau in seiner vielfältigen Ausprägung dementsprechend vorantreibt. Und ich wünsche mir, dass in Zukunft viel schwarzer Asphalt mit rot-weiß-roten Zebrastreifen in unserem Land gemacht werden. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Prinz.

Abg. **Prinz:** Geschätzte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Gleich einmal vorweg, wir Sozialdemokraten stimmen dieser Beilage 796 zu, eine Beilage, ein Bericht des Kontrollausschusses, wie wir gehört haben, betreffend den Landesrechnungshofbericht über die Folgeprüfung der Straßenplanung des Landes Oberösterreich. Diese Folgeprüfung wurde Oktober/November 2004 durchgeführt und es wurde vom Kontrollausschuss in seiner Prüfung eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen als relevante Punkte festgelegt. Weiters wurde vom Kontrollausschuss in dieser Folgeprüfung festgestellt, dass erfreulicherweise alle vom Kontrollausschuss angeregten Empfehlungen vollständig oder teilweise umgesetzt wurden bzw. sich noch in der Umsetzung befinden. In besagter Beilage 412 wird mehrmals das in nächster Zeit zu beschließende oberösterreichische Gesamtverkehrskonzept angesprochen. Es wird unter anderem empfohlen, dieses kommende Gesamtverkehrskonzept auch betreffend Straßenbau und Straßenplanung zu aktualisieren.

Ein vom Verkehrsausschuss eingesetzter Unterausschuss beschäftigte sich bereits in einer Sitzung mit diesem Thema. Leider wurden in der vorgelegten Verhandlungsgrundlage, die Beilage 678/2005, die oberösterreichischen Straßenbauprojekte der kommenden Jahre nicht mehr im Einzelnen angeführt bzw. aufgelistet. Im ersten Entwurf aus dem Jahr 2004 wurden noch 36 Straßenprojekte angeführt, Projekte aus allen Regionen und Bezirken, jene Ausbaumaßnahmen, für die eine Fertigstellung oder Baubeginn bis 2007 vorgesehen war oder ist. Wie schon erwähnt, im vorliegenden oberösterreichischen Gesamtverkehrskonzept, Entwurf 2005, werden diese oberösterreichischen Projekte nicht mehr einzeln angeführt, leider. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Straßenbauprojekte wieder angeführt werden, und dass wir über diese Straßenprojekte auch mit dem Gesamtverkehrskonzept diskutieren können. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Herr Abgeordneter Klubobmann Steinkellner bitte.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Da muss man sich schon zu Wort melden, wenn sich etwa der Kollege Hüttmayr beim Straßenreferenten dafür bedankt, was er alles gemacht hat, und wir diskutieren jetzt den Follow up-Bericht des Rechnungshofes, und da steht drinnen, dass es noch nicht fertig ist. Stell dir einmal vor, er hätte das wirklich gemacht, was du selbst beschlossen hättest, wie hättest du dich dann erst bedanken müssen. Du solltest mit dem Dank ein bisschen zurückhaltender sein, denn im Rechnungshofbericht, und das haben ja wir beschlossen, wir alle miteinander, steht genau drinnen, was fehlt. Nämlich, es steht dort drinnen, entgegen der konkreten Terminplanung liegt nach wie vor kein von der Oö. Landesregierung beschlossenes Gesamtverkehrskonzept Oberösterreichs vor. Es fehlt somit nach wie vor die Grundlage eines mittelfris-

tigen Maßnahmenprogramms bzw. eine Prioritätenreihung für den Straßenbau. Jetzt gibt es ein Verkehrskonzept, das im Unterausschuss diskutiert wird, wo keine Prioritätenreihung vorgesehen ist, wo der Dr. Höfler uns erklärt, dass der Individualverkehr, motorisierte Individualverkehr, zurückgedrängt werden soll, das als politische Vorgabe uns erklärt, und dann fragt man, wer diese politische Vorgabe gemacht hat. Da frage ich den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Erich Haider, der sagt, er ist für den öffentlichen Verkehr zuständig, verstehe ich. Dann frage ich den Straßenbaureferenten, ob er diese Vorgabe des Zurückdrängens des motorisierten Individualverkehrs vorgegeben hat, schüttelt den Kopf, nein, er war es nicht. Dann frage ich den Dr. Höfler selbst, als Planer ja, wer hat es denn dann gemacht? Und dann ist großes Schweigen. Und es gibt also in Oberösterreich politische Vorgaben, dass der motorisierte Individualverkehr zurückgedrängt wird, Kollege Hüttmayr. Der Beamte hat den politischen Auftrag, von wem auch immer, da brauchen wir wahrscheinlich noch tiefere Recherchen im Unterausschuss, ich wollte schon fast sagen Untersuchungsausschuss, weil das ist eine Untersuchung, dass wir irgendwann einmal rausbekommen, wer denn ein Konzept hier vorgelegt hat, wo der Individualverkehr - (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Du warst doch Umweltlandesrat!") - ja, Rudi Anschober, sag, warst du es? Hast du es beantragt in der Landesregierung? (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Du bist doch ein gesetzestreuer Bürger, du wirst doch dafür sorgen, dass die Umweltgesetze eingehalten werden!") Wir sind beide hoffentlich gesetzestreue Bürger, und ich habe auch, weißt du, Rudi Anschober, ich habe auch Sorge, dass wir in Oberösterreich möglicherweise Baumaßnahmen setzen, die also dann verkehrsbehindernd sind, damit wir dann den motorisierten Individualverkehr soweit einschränken, wie die Zielvorgabe des Dr. Höfler uns bekannt gegeben hat, und es gibt dann keine politisch Verantwortlichen. Ich möchte nur wissen, wenn ein Beamter sagt, (Zwischenruf Abg. Hirz: "Wo steht denn das?") er hat uns, alle, die im Unterausschuss waren, wissen, was der Dr. Höfler gesagt hat, und ich rufe alle Unterausschussmitglieder als Zeugen auf. Im Übrigen, Rudi Anschober war auch dabei, Gottfried Hirz war dabei, ich habe dreimal gefragt, danke, es gibt noch mehrere Kollegen, die dabei waren, ich habe dreimal gefragt, von wem kam der politische Auftrag, dass der Individualverkehr derart reduziert wird, wie vorgetragen, und es gab keine Antwort. Und genau das ist eine Vorgehensweise, (Unverständlicher Zwischenruf) Rudi, Rudi Anschober, du warst früher selbst einmal für den Kontrollausschuss mitverantwortlich. Dieses Haus hat beschlossen, was im Generalverkehrsplan drinnen stehen soll, nämlich unter anderem auch die Prioritätenreihung. Was haben wir heute? Ein Generalverkehrskonzept ohne Prioritätenreihung mit einer politischen Vorgabe, ohne dass wir wissen, wer diese Vorgabe gemacht hat. Das ist eigentlich für dieses Haus wirklich beschämend. So geht man mit einem Rechnungshofbericht, mit einem Follow up-Bericht, mit einstimmigen Beschlüssen, die selbst getroffen wurden, nicht um. Ich möchte mich beim Rechnungshof bedanken, dass er hartnäckig geprüft hat, und ich bedaure das Vorgehen aller Abgeordneten, die zuerst etwas beschließen, und dann nicht dafür sorgen, dass das, was sie beschlossen haben, auch umgesetzt wird. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zu Beilage 796/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 797/2005, das ist der Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Folgeprüfung "Förderungssystem des Landes". Ich bitte Herrn Abgeordneten Ing. Mag. Otto Gumpinger über die Beilage 797/2005 zu berichten.

Abg. Mag. Gumpinger: Beilage 797/2005, Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Folgeprüfung "Förderungssystem des Landes". (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 797/2005.)

Der Kontrollausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen:

1. Der Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Folgeprüfung "Förderungssystem des Landes" wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Landesrechnungshof wird für seine Mühewaltung gedankt.

Dritte Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede. Herr Klubobmann Steinkellner bitte.

Abg. Mag. Steinkellner: Ja, ich möchte mich wiederum beim Rechnungshof bedanken für die Mühewaltung aber auch für das Aufzeigen und für die Wortwahl. Dass es eben keine strategische Gesamtplanung im Förderbereich gibt. Und wer im Kontrollausschuss war, der weiß ja noch, was damals die Diskussion war, halt mal, alle Förderungen sind durchdacht, sind strategisch gesamthaft geplant, und der Rechnungshof irrt. Da gab es eine heftige Auseinandersetzung zwischen dem Herrn Landeshauptmann und dem Herrn Rechnungshofdirektor, und ich habe dann gesagt, ich werde ein bisschen mit beitragen, um die Thematik zu erhellen, indem ich mir ein paar unsinnige Förderungen herausgesucht habe. Es gibt ja einen Förderkatalog, der anonymisiert ist, wo man genügend Beispiele herauszitieren kann. Wir wollen es aber anonymisiert belassen, und es gibt aber auch andere Fördermaßnahmen, wo man glauben könnte, die sind ja wirklich nicht in Ordnung.

Weil ich gerade die Frau Kollegin Dr. Stöger vor mir sitzen habe. Etwa, war es wirklich so sinnvoll, und in welchem Gesamtförderkonzept war es denn inkludiert, dass man einen Gutscheine für die Katzenkastriation eingeführt hat? Da war zu lesen, dem Katzensglück ein Ende setzen, lässt sich das Land 2 Millionen Schilling kosten. Kastrierte Katzen sind gesünder und leben länger. Nun ja, ich weiß ja nicht, in welcher Gesamtstrategie das inkludiert war. Weil jetzt gerade die ÖVP lacht, ich sage zum Beispiel, es gibt aber ganz andere Fördermaßnahmen, da kauft man Tabletten, unterzeichnet einen Vertrag, und dann geht der Herr Landeshauptmann her und sagt, na, das ist ja ein Knebelungsvertrag. Ja, so kann ich auch die Industrie fördern, indem ich einen Vertrag selbst unterzeichne, um sehr viel Geld etwas kaufe, was ich nicht brauche, und damit Probleme bekomme und schlussendlich sage, als Land Oberösterreich wurde ich geknebelt.

Oder im Kulturbereich. Im Kulturbereich, ich muss einmal schauen, ja, das kann ich jetzt ansprechen. Wer erinnert sich im Jahr 2000 an das AEC-Festival? Was mitgefördert wurde? Der Sperm-race. Die Damen und Herren wissen, was das war? Es war ein Wettbewerb, wer hatte die schnellsten Spermazellen, wo die Männer quasi sie dort abgeben konnten, und die Damen konnten wetten. Mitgefördert im Rahmen des AEC-Festivals im Jahr 2000. Ich meine nur, wenn hier Kritik geübt wird vom Rechnungshof, dass es keine Gesamtstrategie der Förderpolitik gibt, dann denke ich, sollte man doch einmal überlegen, was gibt es denn da für Förderungen. Oder soll ich noch ein paar interessante Beispiele bringen?

Die Kanalrohre als Übernachtungsmöglichkeit für Touristen, hat immerhin auch 11.400 Euro gekostet an Förderung, vielleicht kann man sie jetzt aufmachen, wenn sie beheizbar sind, dass wir all jene, die noch kein Notquartier haben, dort auch wirklich unterbringen können. Oder die abgehackten Rinderhaxen am Freistädter Hauptplatz, auch das war eine sehr interessante, vom Land geförderte Kulturaktion. Aber ich kann weiter machen. Wir erinnern uns doch, auch im Kulturbereich, an die Errichtung eines Zaunes, wo es nur den Weg nicht gegeben hat. Es wurde in der Öffentlichkeit ordentlich darüber berichtet. Oder auch etwas an-

deres, es wurden Familienautos in einer gewissen Größenordnung gefördert, die sich eh nur dementsprechend wohlverdienende Familien haben leisten können. Die Förderung wurde in der Zwischenzeit zurück genommen. Es wurden Landesgelder für Unternehmen ausbezahlt, die bereits pleite sind, oder es wurden Gelder für Vereine ausbezahlt, obwohl der Bedarf gar nicht mehr gegeben war, und entsprechende Rechtsprobleme sogar mit dem Verein entstanden sind. Also, ich könnte da eine Tour d'Horizont durch das Vereins- und Förderwesen in Oberösterreich treffen, und sage, der Rechnungshofdirektor hat Recht, es fehlt an einer Gesamtkonzeption, was wollen wir fördern, und was wollen wir damit bezwecken? Ich bedanke mich nochmals beim Rechnungshof für die geleistete Arbeit. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist der Herr Dr. Gumpinger.

Abg. Mag. Gumpinger: Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich bin nur Magister, für Doktor hat es nicht gereicht bei mir. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Du kannst es ja machen wie ich, brauchst du nur heiraten!") Das ist bei mir der Fall.

So, ich wollte nur sagen, du hast das Tamiflu angesprochen. Ich wollte dich nur fragen, bist du der Meinung, dass man das nicht hätte ankaufen sollen? (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Der Herr Landeshauptmann hat das mit dem Vertrag behauptet!") Es gibt einen einzigen Anbieter weltweit, du weißt das, für die Arznei, der unter bestimmten Bedingungen diese Arzneimittel zur Verfügung stellt. Und da musst du dann auch einmal sagen, wie es anders hätte gemacht werden sollen, außerdem ist das auch im Zuge der Budgetdebatte ja auch ausführlich behandelt worden, und ist dieser Position mehrheitlich, oder ich weiß es nicht genau, wahrscheinlich sogar einstimmig zugestimmt worden. Also, das ist vielleicht nicht das passende Beispiel.

Was die Gesamtstrategie betrifft, würde ich sagen, die Gesamtstrategie gibt es natürlich im Lande Oberösterreich. Die tritt hervor durch die politischen Entscheidungen, weil es ist hier die Grenzfrage berührt, und das weißt du auch aus der Diskussion im Kontrollausschuss, was ist jetzt politische Aufgabe durch die entsprechenden Organe, sei es Landesregierung oder auch durch den Landtag, der ja durch das Budget auch Gesamtstrategien vorgibt, und durch die Ausformung des Budgets Gesamtstrategien vorgibt, und wie stellt man sich dann eine sozusagen jetzt verbal ausformulierte Form vor, die vielleicht in dieser Perfektion, wie es sich der Rechnungshof vorstellt nicht vorliegt, aber er auch nicht in der Lage ist, dafür Anregungen zu liefern. Wie sie aussehen sollte? Also, da sind wir in einem Bereich, wo ich meine, dass es nicht so ist, dass hier keine Gesamtstrategie und hier ein wüstes Durcheinander herrschen würde, sondern die Überlegungen werden ja, oder die treten hervor eben durch die politischen Entscheidungen der dafür berufenen Organe. Und im Übrigen hat der Landesrechnungshof ja selbst in die Folgeprüfung hineingeschrieben, dass er bestätigt, dass diese seine Anregungen in Umsetzung begriffen sind, und dass er auch damit zufrieden ist, dass diese Umsetzungen erfolgen, und dass keine weitere Folgeprüfung notwendig ist, sondern er in seiner eigenen Tätigkeit auch in Zukunft wieder dieses Thema aufgreifen kann. In diesem Sinn, glaube ich, besteht eine gute Voraussetzung, dass wir das hier einstimmig beschließen könnten, oder die Kenntnisnahme einstimmig beschließen könnten. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Makor-Winkelbauer.

Abg. Makor-Winkelbauer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen. Der vorliegende Rechnungshofbericht, also die Folgeprüfung des Rechnungshofberichtes wäre dem Grunde nach völlig unspektakulär. Wenn man ihn nur lesen würde, würde man ihn

einreihen in eine der vielen Prüfungen, die gemacht wurden, und die ja laufend gemacht werden, wo zu Recht und dankenswerterweise vom Landesrechnungshof Kritikpunkte aufgezeigt werden. Und im Nachfolgeprüfungsverfahren dann begutachtet wird, ob sie bereits umgesetzt werden oder in Umsetzung sind, was in diesem Fall ja ebenfalls der Fall ist. Ich sage, oder ich habe im Konjunktiv deswegen gesprochen, weil ein bisschen spektakulär ist es erst damals geworden, als im Kontrollausschuss Mitte Dezember sich der Finanzreferent des Landes, Landeshauptmann Dr. Pühringer, etwas auf den Schlips getreten gefühlt hat aufgrund einer Formulierung, oder mehrerer Formulierungen dieses Rechnungshofberichtes, also der Folgeprüfung. Etwa bei der Festlegung von akkordierten und aufeinander abgestimmten Förderschwerpunkten mit entsprechender zeitlicher Präzisierung auf politischer Ebene, und Zusammenfassung in einer mehrjährigen Gesamtstrategie, hat er daraus den Umkehrschluss gefolgert, dass es dies zur Zeit oder in der Vergangenheit nicht gegeben hätte, was auch der Rechnungshof nicht in dieser Schärfe gemeint hat.

Und damit sind wir in der Diskussion, die Kollege Steinkellner angefangen und Kollege Gumpinger fortgesetzt hat mit den Schwerpunkten. Ich glaube, dass sich in Wirklichkeit beide irren. Sowohl Klubobmann Steinkellner, die von dir angeführten Beispiele sind einige Beispiele, die man durchaus erklären kann, und die durchaus wirtschaftlich sinnvoll sind. Etwa die Katzenkastration, ich hatte gerade die Gelegenheit bei der zuständigen Landesrätin nachzufragen. Aufgrund der Kastration von rund 10.000 Katzen konnte man in den Tierheimen in der Folge wesentlich mehr sparen als die Kastration gekostet hat. Aber sei es drum. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Aber sie gibt es nicht mehr!") Aber die Frage ist, ob es nicht wieder notwendig würde, weil eine Einmalmaßnahme in diesem Zusammenhang? Weil was ist denn die Alternative, Kollege Steinkellner? Sie werden erschlagen, oder sonst irgend etwas, wollen wir auch nicht. Da willst du auch nicht zuständig sein. Aber, auf was ich hinaus will, Herr Klubobmann, ist ja das, es wird auch bei der besten und verbindlichsten Gesamtstrategie, weil du hast ja viele Beispiele vorgelesen, ich kenne sie im Detail nicht und kann sie auch nicht nachprüfen, aber selbst bei einer besten, durchdachtsten und von allen unterfertigten Gesamtstrategie wird es in Einzelfällen immer wieder vorkommen, wo halt auch einmal etwas falsch gemacht wird oder auch einmal ein Blödsinn passiert. Das wird mit einer Gesamtstrategie nicht zu verhindern sein. Was aber der Rechnungshof, glaube ich, meint, ist laufend permanent zu prüfen, ob es nicht Doppelförderungen, Förderungen, die sich widersprechen, gibt, und diese sind abzubauen und zu kontrollieren. Weil dass das Land sowohl in die eine Richtung als auch in die andere Richtung fördert, und die linke Hand das Gegenteil macht von dem, was die rechte Hand tut, das sind genau die Sachen, die man wesentlich effizienter machen könnte, und wo es durchaus Sinn macht, und wo ja das Land in Wirklichkeit bereits in Umsetzung begriffen ist.

Wie gesagt, das Spannende bei dieser Auseinandersetzung war eigentlich nur das, dass sich der zuständige Finanzreferent, aus meiner Sicht ohnehin zu Unrecht, aber ich bin da ja nicht der Experte, so auf den Schlips getreten fühlt bei einer Frage, die, bei der selbst der Rechnungshof sagt, sie ist eh in Umsetzung begriffen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke. Ich sehe niemanden mehr. (Zwischenruf Abg. Bernhofer: "Wir sind aber noch alle da!") Sie haben mich nicht ausreden lassen. Niemanden mehr, der oder die zu Wort gemeldet ist. Ich schließe die Wechselrede. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zu Beilage 797/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nur zur Beilage 798/2005, das ist der Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofs betreffend die Krankenfürsorge für die Beamten der Landeshauptstadt Linz, die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz GmbH. und das Landestheater Linz. Ich bitte Herrn Abgeordneten Alfred Frauscher über die Beilage 798/2005 zu berichten.

Abg. Frauscher: Beilage 798/2005, Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofs betreffend die Krankenfürsorge für die Beamten der Landeshauptstadt Linz, die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz GmbH. und das Landestheater Linz. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 798/2005.)

Der Kontrollausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen:

1. Der Bericht des Rechnungshofs in Bezug auf das Bundesland Oberösterreich wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Rechnungshof wird für seinen Bericht gedankt.

Dritte Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Frauscher.

Abg. Frauscher: Sehr geehrte Frau Präsidentin, hoher Landtag! Vielleicht kurz einige Anmerkungen zu den drei Bereichen. Zur Magistratskrankenfürsorge. Es werden dort hervorragende Leistungen geboten für die Versicherten, das schlägt sich natürlich aber auch in den Kosten nieder. Nachdem das Verhältnis dort der Pensionisten zu den Aktiven ungefähr zwei Drittel Pensionisten, ein Drittel Aktive ist, und dieses Verhältnis auch durch rückläufige Pragmatisierungen und zu erwartende Ausgliederungen immer schlechter wird, wird die finanzielle Lage mittelfristig natürlich angespannt werden. Es sind auch die Tarife, die den Ärzten, den Krankenanstalten von dieser Versicherung bezahlt werden, relativ hoch, sodass hier wirklich doch ein Handlungsbedarf ist. Speziell im Bereich der Zahnarzthonorare sind die Unterschiede sehr massiv. Es wird daher notwendig sein, dort Leistungen zurück zu fahren, und auch die Tarife abzusenken. Bei den Leistungen wurde das teilweise schon erledigt, bei den Tarifen ist man in Gesprächen, und man kann damit auch mit einer Konsolidierung der finanziellen Situation in Zukunft rechnen. Bei der GWG, die zu 75 Prozent der Stadt Linz und zu 25 Prozent 5 Gesellschaften gehört, die aus dem Bereich der Banken und Versicherungen kommen, und die zum Zeitpunkt der Überprüfung über 13.000 eigene Wohnungen und über 4.000 Wohnungen der Stadt Linz die Verantwortung hatte, hat es einige Kritikpunkte gegeben. Zum Einen, bei den Ausschreibungen wurden zu wenig Anbieter angeschrieben. Zum zweiten, es sind bei diesen Aufträgen sehr viele Aufträge an die Gesellschafter der GWG gegangen. Jetzt ist an sich das weil es sich bei den Gesellschaften ja um renommierte und leistungsfähige Firmen handelt, an sich ja nicht unlogisch, dass diese sehr viele Aufträge erlangen können. Aber nach dem die Stadt Linz doch gemeint hat, es könnte eine schiefe Optik auf Dauer entstehen, hat man sich entschlossen, auch die restlichen 25 Prozent wieder in das Eigentum zurückzunehmen. Es hat schon Verhandlungen gegeben, die wurden eingeleitet und es wurden auch teilweise schon Vorerledigungen, soweit ich sie lese, dass wir gesagt haben, Herr Landesrat, abgeschlossen. Das heißt die Landeshauptstadt Linz wird in Zukunft bei den Ausschreibungen mehr Anbieter anschreiben und eben diese Rückführung der 25 Prozent, ist ja schon angedacht.

Die ebenfalls geforderte Senkung noch der Eigenkapitalzinsen zugunsten der Mieter ist in Überlegung. Dem hat man aber noch nicht näher treten können. Beim Landestheater Linz war die hauptsächliche Empfehlung die Ausgliederung in eine GmbH. Dem sind wir sozusagen jetzt schon nachgekommen. Diese Ausgliederung ist erfolgt. Es wurde das Bruckner-

Orchester und das Landestheater in eine GmbH ausgegliedert und wird von zwei gleichberechtigten Geschäftsführern geführt. Kritikpunkte waren auch noch höhere Differenzen zwischen Höchst- und Mindestgagen und auch die Wohnungsvermittlung, die man für betriebs-eigene Mitarbeiter und für Auswärtige durchführt, sollte man auf Auswärtige beschränken, dass man hier kostendeckend arbeiten kann. Um eine bessere Planungs- und Finanzierungssicherheit zu erreichen, sollten womöglich mehrjährige Förderzusagen erreicht werden.

Meine Damen und Herren! Der Rechnungshofbericht ist in den Grundaussagen durchaus positiv. Und da es bei den vorgelegten Punkten, die ich jetzt erwähnt habe, bereits Erledigungen gibt oder solche in Umsetzung oder in Planung sind, darf ich Sie bitten, hier diesen Rechnungsbericht einstimmig zur Kenntnis zu nehmen. Dankeschön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Brunmair.

Abg. Dr. Brunmair: Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte auch noch ganz kurz oder ergänzend zu den bereits gesagten Ausführungen zu den Krankenfürsorgen der Landeshauptstadt Linz Stellung nehmen. Und es ist schon noch einmal zu betonen, dass die jährlichen Pro-Kopf-Einnahmen für diese Gruppe der Krankenversicherten um 50, also für die Magistratskrankenfürsorge um 50 Prozent höher ist als die natürlich vergleichbaren Bundesbediensteten, also der PVA und doppelt so hoch, also um 100 Prozent höher als bei den Paragraph-2-Krankenkassen, also bei den Gebietskranken. Das muss man sich schon einmal überlegen was das bedeutet, also doppelt so hohe Einnahmenbeiträge. Und gleichzeitig, es ist halt gleichzeitig dann dem gegenüberzustellen, dass durch die ungünstige Versichertenstruktur bei diesem hohen Leistungsniveau das also den Fortbestand der Krankenfürsorge der Stadt Linz gefährdet.

Es sind vom Rechnungshof die unerledigten Anregungen aufgeführt und die sprechen auch für sich, dass man sagt, man muss einsparen bei der Übernahme der Kosten für die Sonderklasse, man muss angemessene Patientenbeiträge für Leistungen der Zahnstation festsetzen, man muss die Anzahl der Zahntechniker auf der Zahnstation verringern, man muss Einsparungen bei der Übernahme der Kosten für Zahnbehandlung und Zahnersatz durchführen, man muss die Kostensätze für bestimmte Heilbehelfe und Hilfsmittel beziehungsweise Vereinbarung günstiger Tarife hierfür und die Durchführung von Ausschreibungen haben zu erfolgen. Und als letzter Satz, auch der ist noch hervorzuheben, Gewährung von Kostensätzen nur nach Vorlage eines Zahlungsnachweises.

Meine Damen und Herren! Alle Gelder, die hier verwendet werden und eingesetzt werden im Gesundheitssystem, sind Steuergelder. Und man kann sich einfach dem Eindruck nicht erwehren, dass hier für eine bestimmte Gruppe von Beamten doch eine Art Privilegium in der medizinischen Versorgung besteht, und dass man wirklich in der gesundheitspolitischen Diskussion auch auf diese Dinge eine Harmonisierung, das heißt einen Abbau möglicher, oft sehr schwer nachweislicher Privilegien in der Gesundheitsversorgung, dass man auf dieses Thema aufgrund dieses Rechnungshofberichtes in nächster Zeit mehr eingehen soll. Es ist einfach hervorzuheben, dass einerseits die Pro-Kopf-Einnahmen = die Zahlungen, und das sind ja alles Steuergelder, höher sind um 50 oder 100 Prozent im Vergleich zu den Paragraph-2-Versicherten, also Gebietskranken-kassenversicherten, und dass umgekehrt trotzdem dieses Versicherungssystem in Schwierigkeiten gerät, also hier eine Harmonisierung ähnlich wie es in der Pensionsvorsorge stattgefunden hat auf Bundesebene und auch auf Landesebene ist einer Harmonisierung einfach das Wort zu reden.

Dritte Präsidentin: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 798/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 800/2006, das ist der Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend die Erhöhung der Gesamtkosten und damit einhergehend des Gesamtzuschusses des Landes Oberösterreich für das Projekt "A7 Mühlkreis Autobahn; Bindermichl-Untertunnelung". Ich bitte Herrn Abgeordneten Arnold Weixelbaumer über die Beilage 800/2006 zu berichten.

Abg. **Weixelbaumer:** Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend die Erhöhung der Gesamtkosten und damit einhergehend des Gesamtzuschusses des Landes Oberösterreich für das Projekt "A7 Mühlkreis Autobahn; Bindermichl-Untertunnelung". (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 800/2006.)

Der Ausschuss für Finanzen beantragt, der hohe Landtag möge unter der Voraussetzung, dass auch die Vertragspartner des Bezuschussungsvertrages, d.s. die Stadt Linz einerseits und die ASFINAG andererseits, dieser Gesamtfinanzierung des Projektes zustimmen, die Erhöhung des Zuschusses des Landes Oberösterreich zum Projekt "A7 Mühlkreis Autobahn; Bindermichl-Untertunnelung" von bislang genehmigten 12.023.000 Euro um 7.084.360 Euro auf nunmehr 19.107.360 Euro genehmigen.

Dritte Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede, Herr Abgeordneter Sulzbacher.

Abg. **Ing. Sulzbacher:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Außer dass die Optik natürlich bei einer 50-prozentigen Überschreitung keine sehr schöne ist, sind an sich die Gründe im Wesentlichen plausibel, die zur Überschreitung geführt haben. Sehr positiv die kurze Bauzeit, sehr positiv, dass verhältnismäßig im Nachhinein sehr viel, und zwar fast 20 Prozent davon für Sicherheit vermehrt aufgewendet wurde.

Ich habe jetzt noch eine Unterlage bekommen, und zwar glaube ich, die ist aus deinem Büro Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Da habe ich jetzt eine kleine Ungereimtheit, also klein ist sie nicht, aber ich glaube, das lässt sich leicht aufklären, und zwar die Projektleitung gibt an, Steigerung der Gesamtbaukosten von 109 Millionen Euro auf 149,6 Millionen Euro. Und wir haben aber im Antrag drinnen 94,1 Millionen Euro auf 149,6 Millionen Euro. Ich glaube, das lässt sich sicher erklären. Dankeschön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schillhuber.

Abg. **Schillhuber:** Geschätzte Frau Präsidentin, hoher Landtag! Der Bericht des Finanzausschusses über die Baustelle Bindermichl, glaube ich, ist von allen Abgeordneten zu unterstützen. Sicherlich sind die Baukosten von 100 auf 150 Millionen Euro gestiegen. Ich glaube aber, dass gerade mit dieser Baustelle zwei Maßnahmen in der Region Linz verwirklicht wurden: Es wurde der Verkehrsfluss auf der Autobahn verbessert und es wurde die Lebensqualität in den Stadtteilen Bindermichl und Spallerhof erhöht.

Von dieser Sichtweise muss man sagen, dass, wenn man heute in die Stadt Linz hereinfährt, eigentlich ohne große Staumaßnahmen nach Linz kommt. Und ich glaube, dass diese Planungen und diese Bauausführungen auch während der Bauzeit sehr erfolgreich von den zuständigen Stellen geleitet wurden. Die Mehrkosten ergeben sich sehr oft bei solchen Bau-

stellen durch Auflagen beziehungsweise durch neueste Erkenntnisse. Und wir haben genau bei dieser Baustelle auch gesehen, dass vor allem Auflagen vom Wasserschutz, vom Naturschutz, Straßenrecht und Tunnelsicherheit, diese Kosten beträchtlich erhöht haben. Ich möchte daher darauf hinweisen, dass wir in Zukunft sicherlich auch vorsichtig sein müssen, wenn wir heute immer sagen Einhausungen, Untertunnelungen, dass hier die Kosten nicht explodieren, denn eine Einhausung und eine Untertunnelung verlangen natürlich höheren Sicherheitsstandard und diese Kosten müssen wir immer wieder tragen.

Ich hoffe, dass auch in Zukunft diese neue Anbindung und dieser Ausbau in Linz erfolgreich für unser Verkehrskonzept in Oberösterreich wirkt und ich stelle den Antrag im Namen der ÖVP zuzustimmen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Abgeordneter Sulzbacher! Die korrespondierende Zahl ist 94.174, das war die Preisbasis Jänner 2002. Ich kann momentan die Zahl 109 Millionen nicht genau zuordnen. Und die zweite Ziffer, die abzudecken ist, sind 149.626, also das Delta war zu finanzieren. Es hat eine Bundesrechnungshofüberprüfung gegeben. Der Bundesrechnungshof hat im vergangenen halben Jahr die Bindermichl-Baustelle sehr, sehr genau überprüft. Es hat dann vor dem Sommer ein Schlussgespräch gegeben im LDZ, an dem alle am Bau Beteiligten, ASFINAG, Stadt Linz und Land Oberösterreich, teilgenommen haben.

Der Bundesrechnungshof hat ein paar Aussagen gemacht. Er hat die Aussage getroffen, dass zu keiner Zeit der Bindermichl billiger baubar gewesen wäre als er jetzt gebaut wurde. Er hat die zweite Aussage gemacht, dass dort sicher kein Geld verschwunden ist, auch keine Misswirtschaft passiert ist, aber Fehler in der Projektvorbereitung passiert sind. Beispielsweise hat man die Kosten nie nachgeführt. Man hat aufgrund der damals vorhandenen Planung im Jahr 2001 eine Preisbasis bekannt gegeben und hat dann nimmer nachgezogen. Der Bundesrechnungshof hat uns eindringlich empfohlen, bei künftigen großen Projekten - wir haben ja schon mehrmals solche Situationen gehabt - einen Faktor Unbekanntes noch hinzugeben. Er hat den Faktor bewertet mit 25 Prozent, was man damals korrekterweise dazurechnen hätte müssen, weil der Planungsstand noch nicht so weit war, dass man die Endkosten wirklich abschätzen hätte können. Das ist eine dringende Empfehlung des Bundesrechnungshofes.

Wir haben bei der Straßenbahn das Thema gehabt, wir haben es bei der Sporthalle gehabt. Es werden Zahlen genannt zu einem Zeitpunkt, wo noch nicht alles bekannt ist und da musst du je nach Unbekanntem auch Unbekanntes vorsehen, eine dringende Empfehlung vom Bundesrechnungshof, was wir zukünftig tun werden. Bei der S 10 in das Mühlviertel hat man beispielsweise jetzt schon den Bauzeitraum 2009 bis 2014 vorausberechnet mit der wahrscheinlichen Annahme der Indexziffer. Und man hat sofort diese Zahl gesagt und nicht mehr eine andere Zahl, denn sonst musst du dich immer rechtfertigen, dass dir die Kosten explodieren, also erster Fehler. Zweiter Fehler war, den man nicht berücksichtigt hat, man hätte nach den Bauverhandlungen, die 2003 stattgefunden haben, im Herbst 2003 haben wir angefangen, hätte man bekannt geben müssen, dass alleine die Bauauflagen, die die Baubehörde, Wasserrechtsbehörde und dergleichen gegeben haben, acht Millionen Euro ausmachen, und man hat das auch wieder nicht gemacht, den Index hat man überhaupt nie weitergerechnet. Der spielt aber natürlich eine Rolle, wenn ich 2001 rechne und 2006 fertig werde. Heuer im Sommer wird es fertig, hat man nicht kommuniziert. Und dann ist noch dazuge-

kommen die erhöhte Tunnelsicherheit und weitere Aufträge, die die ASFINAG gegeben hat mit den Verkehrsbeeinflussungsanlagen und dergleichen.

Also zusammenfassend, es ist für uns alle eine Lehre. Es sind Fehler passiert auf allen Seiten. Es darf sich auch niemand herausreden, nicht die Stadt Linz und nicht das Land und nicht die ASFINAG. Und letzten Endes hat die Situation ja auch dazugeführt, dass letzten Endes jeder zur Kenntnis genommen hat, wir haben einen Prozentschlüssel ausgehandelt und den zahlen wir und ein jeder nimmt zur Kenntnis, dass wir aus dieser Baustelle lernen müssen und zukünftig diese Fehler nicht mehr machen dürfen.

Die ASFINAG hat ja geglaubt, sie hat die allerbesten Karten. Sie hat aber letzten Endes schnell zur Kenntnis nehmen müssen, dass jeder Auftrag über 30.000 Euro die Gegenzeichnung von der ASFINAG drauf gehabt hat, also wenn sie mitunterschieden haben, müssen sie auch mitzahlen. Aber Lehren haben wir gezogen. Wir sollen aber trotz dieser Situation nicht das Kind mit dem Bad ausschütten. Es war eine mustergültige Baustelle, in 27 Monaten so etwas abwickeln, da ziehe ich den Hut, vor denen, die die Verantwortung gehabt haben. Die Baufirmen haben Höchstleistung gebracht, sie haben auch draufgezahlt bei dieser Baustelle. Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Tunnelsicherheit halt wirklich sich sehr, sehr preistreibend entwickelt hat aufgrund der Entwicklungen. Wir haben auch gesehen, dass die Stahlpreisentwicklung uns hier auch mitgespielt hat. 20.000 Tonnen Stahl sind eingebaut worden und die Summe dessen ist das, was wir heute beschließen. Ich bedanke mich für die faire Diskussion und bitte um Zustimmung. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es ist niemand mehr zur Wort gemeldet. Ich schließe diese Wechselrede. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 800/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zur Beilage 801/2006, das ist die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Finanzierung von Hochbauvorhaben der Landes-Immobilien GmbH in Höhe von 105,5 Millionen Euro sowie die Übernahme einer Landeshaftung dafür. Ich bitte Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl über die Beilage 801/2006 zu berichten.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Finanzierung von Hochbauvorhaben der Landes-Immobilien GmbH in Höhe von 105,5 Millionen Euro sowie die Übernahme einer Landeshaftung dafür. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 801/2006.)

Die Oö. Landesregierung beantragt, der hohe Landtag möge beschließen: Von der Zuweisung dieser Regierungsvorlage an einen Ausschuss wird gemäß § 26 Abs. 5 der Landtagsgeschäftsordnung wegen der gegebenen Dringlichkeit abgesehen.

Die erforderlichen Mittel zur Bedeckung der finanziellen Verpflichtungen der Landes-Immobilien GmbH aus der Aufnahme von Drittmitteln in Höhe von 105,5 Millionen Euro werden vom Land Oberösterreich im Rahmen der jährlichen Voranschläge zur Verfügung gestellt.

Die Oö. Landesregierung wird ermächtigt, für die in Punkt 2. genannten Verbindlichkeiten eine Landeshaftung gemäß § 1357 ABGB zu Gunsten der Landesimmobilien GmbH zu übernehmen.

Dritte Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mayr.

Abg. Mayr: Sehr geehrte Landtagspräsidentin, geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Oberösterreich ist anders oder anders gesagt, Oberösterreich ist besser. Oberösterreich hat die geringste Arbeitslosigkeit unter allen neun Bundesländern und Oberösterreich war und ist in den letzten Jahren bestes Bundesland und das soll sich nicht ändern.

Wenn hier die Zwischenrufe kommen, möchte ich einige Tabellen zeigen, die unterstreichen, dass Oberösterreich tatsächlich seit Jahren das beste Bundesland ist und in der Auswertung 2005 mit Abstand auch das beste Ergebnis unter diesen neun Bundesländern gezeigt hat:

Arbeitslosenrate 2005 im Jahresdurchschnitt: Oberösterreich 4,7 %, Österreich 7,2 %, Wien 9,7 %. Weil gesagt wird, dass die Statistik verschönt ist, weil so viele Leute oder Personen in Schulungen sind, dann muss man auch sagen, dass auch diese Schulungen ein Teil der Arbeitsmarktpolitik sind und mit diesen Personen, die in Schulungen sind, Oberösterreich 5,9 % Österreich 8,5 % und Wien 11,6 % Arbeitslosigkeit hat. Und diese Zahlen lassen sich fortführen bei der Jugendarbeitslosigkeit, bei der Arbeitslosenquote über 50 Jahren, usw.

Wenn man die Nettoarbeitsplätze heranzieht, dann sieht man, dass Oberösterreich mit Abstand die meisten Nettoarbeitsplätze im Jahr 2005 geschaffen hat bzw. die Betriebe geschaffen haben mit 9.547 Arbeitsplätzen netto. Wenn man das Burgenland anschaut, ein deutlich kleineres Bundesland, aber mit 896 Netto-Arbeitsplätzen, obwohl es Ziel 1-Gebiet ist, dann glaube ich, ist das das beste Ergebnis, wenn man die Tabellen anschaut.

Jeder Arbeitsplatz ist uns viel wert. Und wir wissen, was es heißt, wenn jemand keine Arbeit hat. Wenn auch manchmal die Teilzeitjobs vernadert werden, so muss man grundsätzlich sagen, sie sind nicht gezwungen, sondern sie sind sehr oft auch erwünscht.

Um diesen allgemeinen positiven Trend weiter zu verstärken und nicht im allgemeinen Trend, der manchmal auch negativ hereinwirkt, mit zu schwimmen, gibt es die Initiative von Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer mit diesem Konjunkturpaket. Ich danke, dass alle Parteien hier mit diesem Konjunkturpaket mitgehen und es wurde in der Landesregierung ja bereits bestätigt. Es geht darum, dass wir heute im Landtag auch die dafür nötigen Mittel zur Verfügung stellen.

Wir haben in Oberösterreich eine sehr hohe Investitionsquote, fast 21 %. Das zeigt auf ein deutlich positives Budget hin. Andere Bundesländer können dies nicht in dieser Form tätigen. Durch dieses Konjunkturpaket, das dazu da ist, dass wir Investitionen, die in den nächsten Jahren bereits vorgesehen sind, vorziehen, haben wir die Möglichkeit, dass wir in Zeiten, wo die Arbeitslosigkeit höher ist, das heißt Herbst, Winter, hier gewissen Branchen, der Baubranche und auch den Professionalisten die Möglichkeit geben, dort Arbeit zu bekommen bzw. durchzuführen.

Ich danke noch einmal allen, dass wir hier Schwerpunkte setzen können, Schwerpunkte in Schule, in Bildung, in Sozialem, in Kultur und auch in anderen Bereichen. Die Durchführung erfolgt über die Landesimmobilien GmbH über Drittfinanzierung und für Rückzahlungen steht das Land Oberösterreich zur Verfügung.

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Stimmen sie dieser Initiative von Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer zu. Die Arbeitnehmer werden es Ihnen danken. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 801/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zu den Beilagen 802/2006 und 803/2006. Bei der Beilage 802/2006 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Resolution über notwendige Rahmenbedingungen und begleitende Maßnahmen für die Postprivatisierung. Bei der Beilage 803/2006 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Konzept gegen den Verkauf der Österreichischen Post AG. Aufgrund des sachlichen Zusammenhangs werden wir über beide Beilagen eine gemeinsame Wechselrede durchführen. Die Abstimmung erfolgt natürlich wieder getrennt. Ich bitte Frau Abgeordnete Ulrike Schwarz über die Beilage 802/2006 zu berichten.

Abg. **Schwarz:** Liebe Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren im hohen Haus! Beilage 802/2006. Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Resolution über notwendige Rahmenbedingungen und begleitende Maßnahmen für die Postprivatisierung.

Der Oö. Landtag möge die Resolution beschließen: Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass auch nach dem Börsengang der Post AG folgende Rahmenbedingungen und begleitenden Maßnahmen dauerhaft gewährleistet bleiben: die Versorgungssicherheit muss auch in ländlichen Gebieten seitens des Mehrheits-eigentümers Republik Österreich gewährleistet werden, es sind Maßnahmen für einen Erhalt der Versorgungssicherheit auch nach der Liberalisierung des Briefverkehrs 2009 zu treffen, es müssen die Angebotspalette und das Service laufend den Bedürfnissen der Bevölkerung angepasst werden, es sollen keine weiteren Postämter geschlossen werden, durch eine Evaluierung der Versorgungsqualität sollen jene Orte herausgefiltert werden, die bereits jetzt nicht optimal postalisch versorgt werden und für die gemeinsam mit den betroffenen Gemeinden individuelle Lösungen gefunden werden, die Erfüllung der oben genannten Aufgaben sind im Sinne einer Stärkung der Post aus den Verkaufserlösen sicherzustellen und die Republik Österreich soll bei etwaigen zukünftigen Kapitalerhöhungen der Post AG mitziehen, um so dauerhaft die 51 % Eigentümerschaft an der Post sicherzustellen.

Dritte Präsidentin: Ich bitte jetzt den Herrn Klubobmann Dr. Karl Fraiss, über die Beilage 803/2006 zu berichten.

Abg. **Dr. Fraiss:** Beilage 803/2006. Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Konzept gegen den Verkauf der Österreichischen Post AG.

Der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept zur Verhinderung des Verkaufs von Anteilen der Österreichischen Post AG zu erstellen und damit nachhaltig die flächendeckende Post-Versorgung in unserem Bundesland durch das österreichische Dienstleistungsunternehmen Österreichische Post AG zu sichern.

Dritte Präsidentin: Dankeschön. Ich eröffne die gemeinsame Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Ich möchte ergänzend zu dem, was vorher bei der Dringlichkeitsdebatte schon war, nur mehr bekräftigen, um was es uns Grünen in erster Linie geht. Das ist die Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen und ich glaube, die haben wir schon sehr oft begründet, in allen Regionen zu gleichen Preisen zu garantieren. Dabei ist eine Eigentümerkonstellation in einer AG wie immer nicht das große Problem. Es geht darum, wie wir das garantieren. Das war in Reden ja bei der Dringlichkeitsdebatte schon möglich. Eine starke Post AG und ein Staat kann dann diese Postdienstleistungen, die sie dort mehr oder minder bestellen. Es geht darum, diese Universaldienste, die von Österreich, von der Bundesregierung verabschiedet werden, hier anzuschauen, ob die noch den Gegebenheiten entsprechen und diese zu verstärken, damit genau diese Leistungen garantiert werden.

Es geht also darum, in einem Evaluierungsprozess eine allfällige Verbesserung dieser Universaldienstverordnung an die Marktbedingungen, die jetzt vorherrschen, zu ändern und diese hier auch an die EU-Gegebenheiten anzupassen. Das ist unser dringlicher Appell an die Bundesregierung, hier das genau anzuschauen, ob die Universaldienstverordnung noch dem entspricht, was wir brauchen, um diese Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Dankeschön. Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe diese Wechselrede. Wir kommen zur Abstimmung. Bei der Abstimmung werden wir so vorgehen, ich ersuche um Ruhe bitte, dass wir zunächst über die Beilage 802/2006, das ist der von den Abgeordneten der ÖVP und der Grünen eingebrachte Initiativantrag, Beschluss fassen werden. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 802/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass die Beilage 802/2006 mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beilage 803/2006. Das ist der von den Abgeordneten der SPÖ eingebrachte Initiativantrag. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dieser Beilage zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass die Beilage 803/2006 mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist.

Wir kommen nun zu der Beilage 810/2006. Das ist der Initiativantrag betreffend Lärmvermeidung im Straßen- und Schienenverkehr. Ich bitte Herrn Landtagsabgeordneten Makor-Winkelbauer über die Beilage 810/2006 zu berichten. Lieber Christian, würdest du bitte berichten.

Abg. **Makor-Winkelbauer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich entschuldigen, die Postdiskussion hat noch eine Nachwirkung gehabt. Es mussten noch einige Details im kleinen Gespräch geklärt werden. Beilage 810/2006. Das ist der Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Lärmvermeidung im Straßen- und Schienenverkehr.

Der Oö. Landtag möge die Resolution beschließen: Die Oö. Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern, alle Vorschläge und Initiativen für eine Verringerung der Verkehrslärmemissionen im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft konsequent weiter zu verfolgen und mit Nachdruck für eine europäische Gesamtlösung einzutreten.

Dritte Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Daher schließe ich diese Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 810/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zu Beilage 805/2006. Das ist der Initiativantrag betreffend den "Global Marshall Plan". Ich bitte Herrn Klubobmann Dr. Karl Frais über die Beilage 805/2006 zu berichten. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Dr. Frais: Beilage 805/2006. Das ist der Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend den "Global Marshall Plan".

Der Oö. Landtag möge folgende Resolution beschließen: Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung zu ersuchen, den "Global Marshall Plan" zu unterstützen und im Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 konkrete Strategien, Projekte und Maßnahmen auf europäischer Ebene zur Umsetzung der im "Global Marshall Plan" festgelegten Ziele zu initiieren sowie mit Ablauf der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft im Sommer 2006 den Oberösterreichischen Landtag über konkrete Umsetzungsschritte auf europäischer Ebene hinsichtlich der im "Global Marshall Plan" festgelegten Ziele zu informieren.

Zweite Präsidentin: Ich bedanke mich für die Berichterstattung. Ich eröffne darüber die Wechselrede und darf als Erstes Frau Präsidentin Eisenriegler das Wort erteilen.

Abg. Präsidentin Eisenriegler: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem "Global Marshall Plan" geht es nicht nur um das Erlassen von Schulden gegenüber den armen Ländern der Welt, es geht auch nicht nur um die entsprechende Anhebung der Entwicklungshilfegelder, die schon längst fällig wäre. Es geht insgesamt darum, die neoliberale Entwicklung zu stoppen, die die Polarisierung in Arm und Reich nicht nur in den Ländern des Südens, sondern auch des reichen Nordens vorantreibt.

Eine Absage an den Neoliberalismus bedeutet auch ein Bekenntnis zum Sozialstaat. Das heißt auch, dass die Befriedigung lebensnotwendiger Bedürfnisse nicht dem freien Markt überlassen werden darf. Eine Wirtschaft, die nur mehr Profitmaximierung und nicht mehr die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern betreibt, muss hinterfragt werden und durch soziale Absicherung und weltweite Umverteilung der erwirtschafteten Reichtümer korrigiert werden.

Es ist nicht akzeptabel, dass alleine Oberösterreich für eine Minderheit um 6,2 Millionen Euro Tamiflu ankauft, das ist inzwischen mein Lieblingsthema, damit sich eine multinationale Pharmafirma goldene Nasen verdienen kann, während in Afrika die Generation der Zwanzig- bis Vierzigjährigen an Aids stirbt und Kinder verhungern oder an Malaria zugrunde gehen, weil wirksame Medikamente fehlen.

Ich begrüße den Vorstoß Oberösterreichs zur Verabschiedung dieser Resolution für eine gerechte Welt und ich hoffe sehr, dass dieser Resolution wirksame Taten folgen werden und es nicht bei einem bloßen Lippenbekenntnis bleibt. (Beifall)

Die einstimmige Annahme dieses Antrags nährt die Hoffnung, dass von Oberösterreich ausgehende Politik hier Verantwortung für ein gerechtes und soziales Wirtschaften übernimmt

und es gelingt, die Wende in Richtung ökosoziale Wirtschaft zu bewerkstelligen. Letztendlich wird eine Änderung des ökonomischen Gleichgewichts die Basis für dauerhaften Frieden in der Welt sowie einen schonenden Umgang mit der Umwelt und unseren Lebensgrundlagen sein. Ich bin sehr dafür, dass wir alle dafür eintreten. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich schließe somit die Wechselrede und ich lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die dem Antrag zur Beilage 805/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

Wir behandeln die Beilage 806/2006. Ein Initiativantrag betreffend die Stärkung der regionalen Selbstbestimmungsmöglichkeiten im Sinne des europäischen Subsidiaritätsprinzips und ich bitte Kollegen Kapeller darüber zu berichten. (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Abg. **Kapeller:** Beilage 806/2006. Ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend die Stärkung der regionalen Selbstbestimmungsmöglichkeiten im Sinne des europäischen Subsidiaritätsprinzips.

Der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird ersucht, ein Konzept zur Stärkung der regionalen Selbstbestimmungsmöglichkeiten innerhalb der Europäischen Union sowie einen Katalog jener Aufgaben zu erarbeiten und dem Oö. Landtag vorzulegen, die im Sinne des europäischen Subsidiaritätsprinzips von nationalen und regionalen Ebenen besser wahrgenommen werden können.

Dritte Präsidentin: Danke. Ich eröffne die Wechselrede, zu der sich niemand zu Wort gemeldet hat. Daher schließe ich diese Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 806/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist.

Wir kommen nun zu der Beilage 807/2006. Das ist der Initiativantrag betreffend die Sicherung von öffentlichen Interessen in Förderungsrichtlinien. Ich bitte Herrn Landtagsabgeordneten Arnold Schenner über die Beilage 807/2006 zu berichten.

Abg. **Schenner:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beilage 807/2006. Das ist der Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend die Sicherung von öffentlichen Interessen in Förderungsrichtlinien.

Der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, die Förderungsrichtlinien derart zu ändern, dass Förderungen für land- und forstwirtschaftliche und infrastrukturelle Flächen an freie Zugangsmöglichkeiten für die Allgemeinheit für Sport- und Erholungszwecke in freier Natur gebunden werden.

Dritte Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede, zu der niemand gemeldet ist. Daher schließe ich diese Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 807/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der

Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist.

Wir kommen nun zu der Beilage 811/2006. Das ist der Geschäftsantrag betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 426/2005, Initiativantrag betreffend die Senkung des Ausländeranteils in Pflichtschulklassen. Ich bitte Frau Landtagsabgeordnete Helga Moser über die Beilage 811/2006 zu berichten.

Abg. **Moser:** Bericht der Beilage 426/2005 des Initiativantrags zur Senkung des Ausländeranteils in Pflichtschulklassen. (Liest auszugsweise Beilage 811/2006).

Der Oö. Landtag möge beschließen: Der Oberösterreichische Landtag setzt dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorlage eines Ausschussberichts zur Beilage 426/2005 - Initiativantrag betreffend die Senkung des Ausländeranteils in Pflichtschulklassen - eine Frist bis zum 9. März 2006.

Dritte Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede, zu der niemand gemeldet ist. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 811/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist.

Ich teile mit, dass im Verlauf der heutigen Sitzung noch folgende Anträge eingelangt sind: Beilage 812/2006, Initiativantrag betreffend einen Bericht der Oberösterreichischen Landesregierung zur Kaufkraft in Oberösterreich. Beilage 813/2006, Initiativantrag betreffend eine Änderung des Oberösterreichischen Grundverkehrsgesetzes 1994. Diese Beilagen werden dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen. Beilage 815/2006, Initiativantrag betreffend eine Novelle des Oberösterreichischen Objektivierungsgesetzes. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung zur Vorberatung zugewiesen. Beilage 816/2006, Initiativantrag betreffend die Abschaffung des Oberösterreichischen Lustbarkeitsabgabengesetzes 1979, Beilage 817/2006, Initiativantrag betreffend eine Änderung des Oberösterreichischen Gebrauchsabgabengesetzes 1967, Beilage 818/2006, Initiativantrag betreffend das Oö. Polizeistrafgesetz, diese Beilagen werden dem Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen. Beilage 819/2006, Initiativantrag betreffend den Bau von Brücken in Linz, diese Beilage wird dem Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen. Beilage 814/2006, Initiativantrag betreffend die Pragmatisierung im Landes- und Gemeindedienst, diese Beilage wird sowohl dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung als auch dem Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen. Beilage 820/2006, Initiativantrag betreffend gendergerechter Sprache in der Landesverfassung und der Landtagsgeschäftsordnung, diese Beilage wird sowohl dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung als auch dem Geschäftsordnungsausschuss zur Vorberatung zugewiesen. Beilage 821/2006, Initiativantrag betreffend einen Bericht über die Integration von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache in Oberösterreichs Pflichtschulen, diese Beilage wird dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zugewiesen. Diese Sitzung ist damit geschlossen.

(Ende der Sitzung: 15.27 Uhr)